Geschichte

# Die Osnabrücker Presse

## von der Märzrevolution 1848 bis zur Gegenwart

*

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster in Westfalen.

Vorgelegt von

Conrad Henke

aus Oesede.

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Mai 1927.
Dekan: Herr Prof. Dr. v. Salis.
Referent: Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Spannagel.

Druck von Meinders & Elstermann, Osnabrück
1927

Große Beweggründe . . . . müssen einen jeden reizen, seine Provinz zu erleuchten, um sie dem großen Geschichtsschreiber in dem wahren Lichte zu zeigen.

Justus Möser, Osnabrücker Geschichte, Vorrede 1, XXI.

Meinem Vater!

# Vorwort.

Es besteht ein Verhältnis von Aktion und Reaktion zwischen Zeitung und Zeit. Die Presse übt Einfluß auf ihre Zeit aus und wird selbst wieder von ihr beeinflußt. So bildet ihre Geschichte gleichzeitig einen kulturgeschichtlichen Ausschnitt aus dem Leben der Zeit.

Wir brauchen eine Geschichte der deutschen, der europäischen Presse. Sie wird aber nur möglich sein, wenn ihr die Kenntnis der bunten Mannigfaltigkeit in der Zeitungsgeschichte der einzelnen Städte und Landschaften, die nie so blühte wie im 19. Jahrhundert, zugrunde gelegt werden kann. Dieser kommenden größeren Arbeit möchte die vorliegende bescheidene Bausteine bieten.

Dem Charakter der Presse entsprechend, der in der Zeit von 1848 bis 1870 mehr originaler Art, seitdem jedoch ausgeglichener war, mußten im ersten Teile mehr Selbsterzeugnisse aus den Zeilen der einzelnen Blätter geboten werden, während es im zweiten Teile auf knappe Charakteristik der einzelnen Parteipresse ankommen mußte.

An der Wiege der Osnabrücker Presse stand Justus Möser, der größte Sohn Osnabrücks. Mösersche Tradition weht bis heute in der Osnabrücker Presse. In Möserschem Geiste sei diese Arbeit aufgenommen, wie sie zu seinem Andenken geschrieben ward.

Aufrichtigen Dank Herrn Geheimrat Professor Dr. Spannagel in Münster, der mit nie ermüdendem Interesse das Zustandekommen der Arbeit gefördert hat. Meinen Dank auch den Osnabrücker Männern, die dabei halfen, mögen sie im Archiv, im Rathause, in der Redaktionsstube tätig sein. Besonders verpflichtet bin ich schließlich Herrn Professor D'Ester in München, dem ich neben Herrn Redakteur Dr. R. Lenzing in Hamburg die Anregung verdanke.

# Quellen und Literatur.

## A. Quellen.

1. Osnabrückische Anzeigen, 1848—1866, Preußisches Staatsarchiv, Osnabrück. 1867 bis 1. Okt. 1871, Bibliothek des Osnabrücker Rathauses.
2. Osnabrücker Tageblatt von und für Jedermann, 1848—1851, Bibliothek des Osn. Ratsgymnasiums (Jahrg. 1851 im Staatsarchiv).
3. Osnabrücker Volksblatt, 1848—1853, Ratsgymnasium.
4. Beiträge zur Belehrung und Erholung, 1848—1849, Staatsarchiv.
5. Kirchen- und Volksbote, 1863—1879, Bischöfl. Kanzlei.
6. Osnabrücker Geschäftstelegraf, 1852 (Nr. 1—17 und 30—35), Staatsarchiv.
7. Osnabrücker Telegraph, 1853 (Nr. 45), Staatsarchiv.
8. Osnabrücker Zeitung (Liesecke), 18. Mai 1864 bis 16. Juni 1866, Rathaus.
9. Osnabrücker Sonntagsblatt (Liesecke), 1871 (Nr. 210—249), Univ.-Bibl. Göttingen.
10. Neue Volksblätter, seit 1. 1. 1874 Osnabrücker Volkszeitung, seit 1868, Verlag der Osnabrücker Volkszeitung.
11. Osnabrückische Anzeigen (Liesecke), 1. Oktober 1871 bis 31. Dez. 1885, Rathaus.
12. Kislings Osnabrückische Anzeigen, seit 1876 (6. Mai) Osnabrücker Zeitung, seit 1. Oktober 1871, Rathaus.
13. Haupt-Annoncenblatt für Osnabrück, Ende 1884, nicht vorhanden.
14. Osnabrücker Tageblatt, seit 1. Oktober 1884, Verlag Meinders u. Elstermann.
15. Osnabrücker Morgenzeitung (Liesecke vom 1. 1. 1886 bis 1. 7. 1886, im Auftrage des deutsch-freisinnigen Vereins bei B. Scholten, Osnabrück, jetzt Ibbenbüren, bis 1. 10. 1887), nicht vorhanden.
16. Osnabrücker Volksblatt (Wehberg), 1. 1. 1888 bis 1. 4. 1920, nur ein Exemplar vorhanden (Nr. 14 vom 2. April 1910).
17. Osnabrücker Sonntagsbote (Liesecke), seit September 1887, Rathaus und Verlag Liesecke.
18. Osnabrücker Abendpost (als Kopfblatt des Hannov. Volkswillens), 22. Oktober 1912 bis 31. März 1920, Rathaus; selbständig als:
19. Freie Presse, seit 31. März 1920, Rathaus und Verlag.
20. Osnabrücker Landeszeitung, Februar 1920 bis 31. 12. 1921, nicht vorhanden.
21. Osnabrücker Tageszeitung, 1. 7. 1920 bis 31. 12. 1921, nur Beilagen vorhanden.

22. Allgemeine Osnabrücker Zeitung (Kopfblatt), seit 1. August 1925, Verlag.
23. Flugblätter und Flugschriften der 1848er, 1864er und 1866er Zeit, Staatsarchiv.
24. Aktenabschnitte, Staatsarchiv.

### Jubiläumsausgaben.

Festschrift zur Feier des 200jährigen Bestehens der Buchdruckerei J. G. Kisling zu Osnabrück (1909).

Fünfzig Jahre Osnabrücker Volkszeitung 1868—1918 (Sonderabdruck aus der Festnummer der Osnabrücker Volkszeitung vom 12. September 1918).

Vierzig Jahre Osnabrücker Tageblatt 1884—1924 (Festnummer vom 1. Oktober 1924).

Fünfzig Jahre Parteibewegung (Festnummer der Freien Presse vom 16. Mai 1925).

---

## B. Literatur.

W. Bauer: Einführung in das Studium der Geschichte. Tübingen 1921 (§§ 25—28).

W. Bauer: Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Tübingen 1914.

L. Bergsträsser: Studium zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. Tübingen 1910.

Carl Bücher: Das Zeitungswesen (Kultur der Gegenwart 1, 1). Leipzig 1912 (2. Aufl.).

H. Diez: Zeitungswesen (A. N. u. G. 328). Leipzig 1919.

W. v. Hassel: Geschichte des Königreichs Hannover. Leipzig 1898/1901. 3. Band: 1813/66.

Gebhard-Meister: Handbuch der deutschen Geschichte. Stuttgart/Leipzig 1923 (6. Aufl.), Band 3.

L. Hoffmeyer: Chronik der Stadt Osnabrück. 2 Bde. 1918 und 1925.

G. Huperz: Die Anfänge katholisch-politischer Vereinsbildung in Westfalen. Münstersche Diss. 1926 (als Manuskript).

O. Kuntzemüller: Das Hannöversche Zeitungswesen vor dem Jahre 1848. Pr. Jahrb. 94, Jahrg. 1898.

R. Lenzing: Von Möser bis Stüve. Osnabrück 1924.

E. Löbl: Kultur und Presse. Leipzig 1903.

Kl. Löffler: Geschichte der kath. Presse Deutschlands. München-Gladbach (Volksvereinsverlag) 1923.

E v. Meier: Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680 bis 1866. 2 Bde. Leipzig 1898/99.

H Onken: Rudolf v. Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. 2 Bde. Stuttgart/Leipzig 1910.

L. Salomon: Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. 3 Bde. Oldenburg 1900/06.

H. Schlüter: Die politische Tagespresse der Provinz Hannover. Bad Essen 1919.

K. Schottenloher: Flugblatt und Zeitung. Berlin 1922.

Stüve-Detmold: Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold 1848—1850. Mitt. d. Hist. Vereins 28, S. 327 ff.

P. Wentzke: Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—51. Halle 1911.

G. Wolf: Einführung in das Stadium der neueren Geschichte. Berlin 1910. § 35: Aufgaben der wissenschaftlichen Zeitungskritik, S. 314 bis 324.

H. Wuttke: Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Leipzig 1875 (2. Aufl.)

# Inhaltsangabe.

# I. Teil.

# Die Osnabrücker Presse von der Märzrevolution 1848 bis zum deutsch-französischen Kriege 1870-71.

## 1. Kapitel.

## Einleitung.

Die erste Zeitungsgründung in Osnabrück fällt in die Zeit von Justus Möser. Am 4. Oktober 1766 war auf seine Anregung hin die erste Nummer der „Wöchentl'chen Osnabrückischen Anzeigen“ erschienen. Möser hatte dabei einen großen Zweck verfolgt. Er wollte dem Volke durch sein Blatt nicht etwa lediglich „landesherrliche Verordnungen und Ausschreiben, welche Vorschriften für die Untertanen enthalten“, unterbreiten, über stattfindende „Citationes Edictales — Sachen, so zu verkaufen — Verpachtungen — Capitalien, so gesucht werden — Sachen, so gestohlen“ . . . auf dem Laufenden halten. Was die „Anzeigen“ weit über die Intelligenzblätter anderer Städte hinaushob, war der für das 18. Jahrhundert mit seiner Neigung zum Weltbürgertum so geniale Gedanke Mösers, das Volk durch sein Blatt zu Staatsbürgern zu erziehen.

„ . . . Möser glaubte die Zustimmung seiner Landsleute für die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit seiner Urteile und Anordnungen zu bedürfen. Er wollte, bevor er endgültig Beschluß faßte, seinen Landsleuten alle wichtigen Landesangelegenheiten durch die Blätter zur Prüfung unterbreiten, ihnen „aus dem Ton, womit der Herr zu seinen Ständen spricht und diese ihm antworten; aus den Gründen, warum dieses bewilligt und jenes verworfen wird; aus der Sorgfalt, womit auch die kleinsten Sachen im Staate behandelt werden; aus der Art und Weise, wie man mit den gemeinen Auflagen verfährt und überhaupt aus jeder Wendung der Landesregierung und Verfassung die vollständigste Kenntnis, und aus dieser eine wahre Liebe für ihren Herrn und diejenigen, so ihm raten und dienen, ein sicheres Vertrauen auf ihre Geschicklichkeit und Redlichkeit und einen edlen Mut beibringen. Jeder Landmann sollte sich hierin fühlen, sich heben und mit dem Gefühl seiner eigenen Würde auch einen hohen Grad von Patriotismus bekommen; jeder Hofgesessene sollte glauben, die öffentlichen Anstalten würden auch seinem Urteil vorgelegt, der Staat gäbe auch ihm Rechenschaft von seinen Unternehmungen, und zu den Aufopferungen, die er von ihm forderte, würde auch seine Ueberzeugung erfordert; die Gesetze und ihr

Geist sollten lebhaft in seine Seele dringen." „Es schien mir nicht genug," fügt er hinzu, „daß ein Land mit Macht und Ordnung beherrscht wird, sondern es sollte dieser große Zweck auch mit der möglichsten Zufriedenheit aller derjenigen, um derentwillen Macht und Ordnung eingeführt sind, erreicht werden . . ." Die meisterhafte Art, wie er die Idee in seiner Schöpfung durchführte, hat das Osnabrücker Intelligenzblatt turmhoch über alle anderen hinausgehoben und dem weitblickenden Staatsmann für alle Zeiten einen Ehrenplatz unter den großen Publizisten gesichert."[1])

So waren Mösers „Anzeigen" im eigentlichen Sinne kein reines Intelligenzblatt mehr, da diese, gemäß ihrem Ursprunge aus Renaudots „bureau d'adresse et de rencontre" in Paris, eigentlich nur Anzeigenblätter waren[2]), während Mösers Blatt mit dem Charakter des Intelligenzblattes den der moralischen Wochenschriften mit ihren stark betonten Erziehungszwecken aufs glücklichste zu vereinigen wußte, allerdings ohne den sonst beliebten moralisierenden Ton, den Möser nicht leiden konnte. In den „Wöchentlichen Anzeigen" erschienen — als „Nützliche Beylagen zum Osnabrückischen Intelligenz-Blate", seit 1773 als „Westphälische Beiträge zum Nutzen und Vergnügen", von 1809 bis 1810 als „Gemeinnützige Aufsätze" — die meisten jener unübertrefflichen „Patriotischen Phantasien", die Goethe und andere Zeitgenossen geradezu entzückten. Man merkt den Psychologen aus diesen Aufsätzen heraus, und fast möchte man sagen den Reklamefachmann. Denn jedes Wort derselben ist bewußt und überaus gewandt auf den Leser als Bildungs- und Erziehungsobjekt eingestellt. Der heimatliche Charakter wird betont und so Liebe zur angestammten Heimat gepflegt. Der Gesichtskreis der Leser wird erweitert, freimütig werden Schäden getadelt, wie es zu jener Zeit eigentlich nur in England geschehen konnte. Vor allem richtete Möser sein Augenmerk auf die soziale Lage des Volkes, gab Vorschläge zu ihrer Verbesserung und Anregungen aller Art zu sozialen Einrichtungen; endlich pflegte er den Sinn für Vergangenheit und Geschichte. Auch Gelehrte und Gebildete aus anderen Gegenden wurden zur Mitarbeit gewonnen, sodaß die Beilagen sogar auswärtigen Intelligenzblättern als Einlage empfohlen werden konnten. Selbst auf die Inserate verwandte Möser großen Fleiß; manche sind voll Geist und Humor, manche würden auch in einem modernen Witzblatte noch hervorstechen. Bekannt sind seine „Unmaßgeblichen Vorschläge zur Verbesserung der Intelligenzblätter", die zeigen, daß er bereits die Zeitung selbst zum Objekt der Betrachtung zu machen wußte.

Doch hat die mit der Revolution von 1789 einsetzende Zeit der Ueberschwemmung Deutschlands mit fremden Ideen und fremdem Volk die schönen Ansätze zum Stillstand, ja zum Rückschritt gebracht. Möser selbst hatte die „Anzeigen" noch zu einer eigentlichen politischen Zeitung ausbauen wollen, als er 1794 aus dem Leben schied, nachdem er 1792 noch vor den Einflüssen der französischen Revolution warnend seine Stimme erhoben hatte. Die Beilage ging 1810 ganz ein; die Anzeigen

[1]) Professor Dr. Runge: „Möser als wahrer Freund des Volkes". Osnabrücker Zeitung 14. 12. 1920.

[2]) Diez a. a. O. Seite 23.

selbst gerieten seit der 1803 erfolgten französischen Besetzung des Osnabrücker Landes immer mehr unter den Druck der fremden Zensur; sie waren nur noch eine Art Publikationsorgan in deutscher und französischer Sprache, wennschon sie seit 1810 zweimal wöchentlich erschienen. Zwangsabonnement wurde eingeführt, Zeitungsstempel und -taxe lasteten auf ihnen; vorzüglich mußten sie jetzt französischer Propaganda dienen.

Auch nach 1813 ist bis zur Märzrevolution 1848 ein wesentlicher Fortschritt in den Anzeigen nicht zu verzeichnen. Das Intelligenzblattwesen war veraltet, und die Anzeigen wären gewiß zugrunde gegangen, falls sie nicht ein Unternehmen der Regierung gewesen wären, die gerade damals mehr als je am Althergebrachten festzuhalten sich abmühte, gegen eine neu aufstrebende Zeit.

Einige andere Unternehmen tauchten in der Restaurationszeit auf und suchten auf dem von Möser bereiteten Boden weiterzubauen; allein ohne anhaltenden Erfolg. Die „Beiträge zum Nutzen und Vergnügen“, die Rektor Abeken herausgab, hielten sich nicht einmal zwei Jahre (Juli 1819 bis Oktober 1820); ihre Fortsetzung, das sehr minderwertige, hausbackene „Osnabrückische Bürgerblatt zum Nutzen und Vergnügen“, erschien von Februar 1822 bis Ende 1831, um seinerseits von den „Neuen Beiträgen zum Nutzen und Vergnügen“ abgelöst zu werden, die es nur auf den Jahrgang 1832 brachten. Alle drei Unternehmungen suchten bewußt an Mösersche Traditionen anzuknüpfen; doch lag es vielleicht mehr an der Ungunst der Zeit, daß alle drei scheiterten, als an dem Unternehmen selber. Ein viertes Blatt, die „Erholungsstunden“, seit Ende 1837 „Osnabrückische Unterhaltungsblätter“, trat noch 1832 ins Leben; vielleicht verdient es deshalb einige Beachtung, weil C. B. Stüve an den letzten Jahrgängen mitgearbeitet hat. Neben dem seichten Unterhaltungsstoff, der damals allein zu interessieren schien, werden hier ernste Verwaltungs- und Verfassungsfragen erörtert. Jedenfalls ein erfreulicher Versuch. Aber auch er mußte wieder aufgegeben werden, als der König am 1. November jenes Jahres 1837 den berüchtigten Staatsstreich beging. Nach vierjähriger Unterbrechung erschien das Blatt aber wieder bis 1843. Ein Jahr später wurde durch Stüve der „Osnabrückische Hausfreund zur Beförderung der Landeswohlfahrt“ begründet, der bis in die Märztage 1848 hinein erschien, dann aber einging, da er sich als Repräsentant einer untergegangenen Epoche, als echter Biedermeier, unter der neu aufsprießenden „Volksraisonnirpresse“ nicht mehr wohlfühlen konnte.

So stellten in Osnabrück die Verbindung zwischen Ueberlieferung und Neuem eigentlich nur die „Oeffentlichen Anzeigen“ her, die allerdings ihrerseits selber Mühe hatten, den Anschluß an die neue Zeit zu finden.

2. Kapitel.

## Die Revolution von 1848.

Wenn auch die Umwälzung von 1848 nicht ohne die französische Februar-Revolution zu denken ist, so war sie anderseits doch auch die notwendige und längst vorauszusehende Reaktion auf die Vorgänge der

„Versumpfungsperiode", in die die Erfolge und Hoffnungen der Befreiungskriege unrühmlich eingemündet waren. Anders als 1830 und besonders als 1789 waren jetzt beide Teile, Volk und Regierung, sich ziemlich bewußt, was nach Verwirklichung verlange und was zu gewähren sei. Die Regierungen suchten durch den Bundestag bereits nach Wegen zu Kompromiß und Verständigung, da kam vom Westen her der Anstoß und der gewaltsame Umschwung.

In Hannover hatte die Regierung, fast ebenso, wie es in den anderen deutschen Staaten meist geschehen war, in ihrem Drängen nach reaktionärem Absolutismus, die Erwartungen ihrer Untertanen verletzt. Graf Münster, der aus Osnabrück gebürtige hannoversche Minister, war ein zweiter Metternich. Ganz wie jener suchte er die Vorrechte des Adels mit allen Mitteln zu bewahren, nur ihm die hohen Staatsämter zu öffnen, von den öffentlichen Lasten ihn jedoch ganz frei zu halten. Die drakonisch gehandhabte Zensur ließ keine Opposition laut werden, nicht einmal eine leise Kritik der öffentlichen Zustände, wie das Beispiel des Göttinger Staatsrechtslehrers Schlözer zeigt, den man unter Zensur stellte, weil er Mängel der Postverwaltung zu rügen gewagt hatte. Kein Wunder denn auch, wenn es vor 1848 im ganzen Königreiche nur eine einzige politische Tageszeitung, die „Hannoversche Zeitung" (seit 1832) gab.[1]) Wegen der Zollschranken und der schlechten Verkehrswege konnte ein gesundes Gemeinwesen nicht aufkommen. Wenn auch infolge der Ereignisse von 1830 Graf Münster zurücktreten mußte, und wenn auch durch Ernennung des Vizekönigs Adolf Friedrich der Schwerpunkt der Regierung zum Segen des Landes nach Hannover verlegt wurde, so rief die gleich nach der Thronbesteigung Ernst August's erfolgte Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von 1833 doch höchsten Unmut und bitterste Enttäuschung hervor. Besonders in Osnabrück, das einst als freies Fürstbistum große Vorrechte genossen hatte, mußte man die Reaktion bitter empfinden. Der Magistrat opponierte denn auch freimütig, indem er an seinem Verfassungseid festhielt. Stüve schrieb damals seine berühmte Verteidigung des Grundgesetzes. Die Wahlen zur Ständeversammlung wurden in Osnabrück abgelehnt; und als der König 1838 nach Osnabrück kam, wurde er mit pfeifendem Lärm empfangen. Man verweigerte sogar die Steuern, reichte Beschwerden ein, die nichts nützten und einfach ad acta gelegt wurden. Die Regierung anderseits antwortete mit Repressalien, sie untersagte die Osnabrücker Magistratswahlen und hinderte den liberalen Stüve an der Ausübung seiner Abgeordnetenpflicht, indem sie ihn unter nichtigen Vorwänden in Rechtshändel verwickelte. So stieg die Mißstimmung aufs höchste. — Dieser Zeit der reaktionären 30er und beginnenden 40er Jahre bereits gehört die Bildung der eigentlichen politischen Parteien an, wennschon sie erst während der Märztage zur vollen Entwicklung gelangen konnten.

Den Auftakt der ganzen Bewegung bildete für Osnabrück eine Peti-

---

[1]) S. Kuntzemüller a. a. O. — Die erste politische Zeitung in Hannover waren die seit 1793 viermal wöchentlich erscheinenden „Hannoverschen politischen Nachrichten". Außerdem gab es bis 1848 zwei politische Zeitungen in Hildesheim und eine in Emden. Doch war die „Hannoversche Zeitung" die einzige politische Tageszeitung. Sie wurde von G. H. Pertz auf Veranlassung der Regierung herausgegeben, und zwar infolge der Unruhen wegen des Grafen Münster.

tion, die der Magistrat am 10. März im Namen der Bürger an „Königlich-Hannoversches Ministerium des Innern“ absandte und in der hauptsächlich Pressefreiheit, Versammlungsrecht und Volksbewaffnung gefordert wurden. Interessant ist, daß diese Petition nicht in Osnabrück, sondern in Bremen, für die damalige Zeit also im Auslande, gedruckt wurde, weil ja die Preßfreiheit noch nicht erlangt war. Sie wurde am 18. März proklamiert. Auf die Kunde davon wurde die ganze Stadt festlich erleuchtet. Am gleichen Tage wurde ein Aufruf „Freie Männer, deutsche Brüder“ von den Osnabrücker Bürgern erlassen, der folgende 14 Forderungen enthielt: Bewaffnung aller wehrhaften Männer, Freiheit in Rede, Schrift und Druck, deutsches Parlament, Gleichstellung aller Konfessionen, Sicherung der Arbeit und des entsprechenden Lohnes, allgemeines Wahlrecht, Recht auf möglichst freie und vollkommene geistige Ausbildung, Aufhebung des Schulgeldes, Besoldung der Lehrer aus der Staatskasse, Versammlungsrecht, Abschaffung aller Privilegien und Exemptionen, freie Gemeindeverfassung und -verwaltung, Oeffentlichkeit der Sitzungen in Gemeinde und Staat, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Beteiligung des Volkes durch Geschworenen-Gerichte, Verantwortlichkeit der Staats- und Gemeindebeamten, namentlich der Minister, endlich Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. — Zu Ausschreitungen scheint es bei aller Erregung nicht gekommen zu sein. Wie der damalige Landdrost Lütken bezeugte, wurde „eine solche Liebe für Ordnung bewahrt, daß es jeder Stadt für alle Zeiten als Muster aufgestellt werden kann“.

Den Glanzpunkt bildete wohl der 20. März, an welchem die erste freie Volksversammlung stattfand. Ausrufer gingen durch die Straßen und luden zum Schützenhofe ein, wo diese stattfinden sollte. Tausende strömten herbei. In kurzer Zeit war der ganze Schützensaal gefüllt. Herr Noelle, Direktor des Handelsinstituts, stieg als erster auf die Tribüne und „redete mit kräftiger Stimme die ersten freien Worte zu unserer ersten freien Volksversammlung“. „Er trug das Sündenregister des sog. deutschen Bundes vor und schloß — nicht mit einem „Pereat“ für den Bund, denn der Deutsche schlägt dem gefallenen Feinde nicht ins Gesicht —, sondern mit einem „Vivat!“ für das freie einige Deutschland“. Die Begeisterung muß groß gewesen sein; denn frohlockend heißt es weiter: „Wir haben schon oft ein sogenanntes „dreifaches donnerndes Hoch“ gehört. Aber es ist ein Anderes, wenn einige hundert Leute mit allergnädigster Bewilligung der hochlöblichen Polizei, und unter dem Schutze von wohlbewaffneten Gensdarmen ein „Hoch“ ausbringen — ein Anderes, wenn tausende in der ersten freien Volksversammlung, nach der ersten freien Rede das erste „Hoch“ zurufen dem wiedererstandenen großen Vaterlande“.

Als zweiter redete Advokat Detering. Er sprach über die wiedererlangten Rechte des Volkes. Aber als echter radikaler Demokrat zeigte er, wie das bisher Erlangte: Preßfreiheit, Redefreiheit und Freiheit der Volksversammlungen nicht das Ziel sei, sondern nur das Mittel zur Erlangung aller noch ausstehenden gerechten Forderungen. Darauf folgte die Ansprache des Altermanns Breusing, der das Volk u. a. fragte,

ob es wolle, daß der König von Preußen sich an die Spitze des einigen freien Deutschlands stellen solle, wie er es in Aussicht gestellt habe. Tausende riefen ihm zu: „Nein!“ mit einem Schrei der Wut und des Hasses, daß „Osnabrücks friedliche Häuser“ erzitterten.

Die nun folgenden Ereignisse sind hinreichend bekannt und dargestellt worden.[1]) So wenden wir uns füglich der neuen Osnabrücker Presse zu.

## Die Anzeigen.

Bis zu den Märztagen waren die Anzeigen das einzige Organ der Oeffentlichkeit, das Osnabrück besaß. Denn Stüves „Osnabrückischer Hausfreund“, der sich bis in die Märztage hinein erhalten hatte, gab nun plötzlich sein Erscheinen mit der Begründung auf, daß er „im Gewühl und Gedränge der frisch emporgeschossenen und zeitig gährenden Rede- und Pressefreiheit, der andrängenden po- und unpolitischen literarischen Bestrebungen ..... seinen Rundgang nicht mehr ruhig und bequem genug machen“ könne. Die Anzeigen gingen zwar mit Genehmigung der Landdrostei am 1. Januar 1848 zu dreimaligem Erscheinen über (am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, „mit Ausnahme der einfallenden Festtage“). Sie erhöhten ihren Bezugspreis infolgedessen auf 20 ggr. für das Quartal, die Insertionsgebühr auf 8 statt 6 Pf. pro Zeile. Und doch konnten sie als offizielles Regierungsorgan, das immer noch den eigentlichn Intelligenzblatt-Charakter, d. h. Anzeigen- oder öffentlichen Publikations-Charakter an sich trug, den Anforderungen jener gärenden Tage nicht genügen. Denn auch jetzt noch, wo allen plötzlich über Nacht das Interesse an staatlichen Dingen gekommen zu sein schien, durften sie sich mit der hohen Politik nicht befassen. Hätten die Anzeigen nicht im Laufe der Bewegung die Entschlüsse und Erklärungen der Regierung zu veröffentlichen gehabt, so würden wir in ihren Zeilen von der ganzen Revolution kaum das mindeste merken. Nur Inserate deuten vereinzelt die Zeitlage an. Etwa, wenn wir (in Stück 34) lesen: „Da die großen politischen Ereignisse die Aufmerksamkeit des Publikums ausschließlich in Anspruch nehmen, so halten wir es für geeigneter, das für Donnerstag, den 23. d. M., angekündigte Konzert noch mindestens acht Tage hinauszuschieben“.[2]) Auch Buchinserate, wie „Die neuen Weltbegebenheiten“, „Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung“, „Das deutsche Parlament“, „Die Berliner Revolution, geschrieben von Mitkämpfern und Augenzeugen, mit dem Bildnis des Barrikadenhelden Hesse“, „Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes“ und zahlreiche andere werden gebracht, die wenigstens auf das erwachte politische Interesse hindeuten.

Im allgemeinen jedoch beschränkten die Anzeigen sich auf die amtlichen Erlasse und Bekanntmachungen, für die sie natürlich eine schätzenswerte Fundgrube sind. So veröffentlichten sie, allerdings erst am

---

[1]) Hoffmeyer a. a. O. I, Seite 419 ff.

[2]) Man vergleiche damit etwa das Zeitungswesen der Nachbarstadt Bremen. Eine Bekanntmachung in den Osnabrückischen Anzeigen vom 23. März 1848 berichtet, daß die Weserzeitung von diesem Tage ab „ein tägliches Beiblatt als zweite Ausgabe“ ausgeben werde, „um auf diese Weise die mit dem Nachmittags-Zuge eintreffenden politischen Nachrichten unverzüglich zur Veröffentlichung zu bringen“.

25. März, die Proklamation Ernst August's, welche Osnabrück mit der „Aufhebung der Zensur, Amnestie und Rehabilitation der wegen politischer Vergehen Verurteilten, Assoziationsrecht, Öffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, Vereinigung der Königlichen und Landes-Kassen, sowie Verantwortlichkeit der Minister gegen das Land“ bekannt machte. Am 6. April brachten die Anzeigen eine „Warnung des K. Gesamt-Ministeriums, betr. Ruhestörungen“; am 11. April luden sie zur Volksversammlung auf dem Friedenssaale ein, wo besonders über die Verfassung der Stadt beraten werden sollte; am 18. April folgte die K. Verordnung zur Berufung einer deutschen Nationalversammlung.

Die Schleswig-Holsteinische Frage, die damals alle Gemüter in Deutschland erregte und bis 1864 stark im Vordergrunde der ganzen nationalen Bewegung in Deutschland stand, ließen die Anzeigen seltsamerweise fast gänzlich unberücksichtigt. Zwar fordern sie gelegentlich auf, „alte Leinwand, Binden, Charpie, Kleidungsstücke und Schuhe zu sammeln und den verwundeten Brüdern in Schleswig-Holstein . . . . zuzuschicken“; auch wird bisweilen eine „Karte der Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg“ angepriesen, aber die nationale Begeisterung mußte das Publikum aus anderen Blättern schöpfen. Es nimmt deshalb auch nicht Wunder, wenn die Anzeigen, vielleicht in der Einsicht eigener Unzulänglichkeit, sehr oft und ohne im geringsten Konkurrenzangst zu zeigen, für Blätter außerhalb Osnabrücks Reklame machten, wie für die „Vaterlandsblätter, von den Gebr. Jänecke“, das „Hannoversche Landtagsblatt“ vom Präsidio der beiden Ständekammern, „welches die Verhandlungen durch Schnellschreiber möglichst getreu wiedergeben wird“, die „Hannoversche Morgenzeitung“ (Verlag C. F. Kius) u. a. Am 30. März machen die Anzeigen das Osnabrücker Publikum sogar auf das eben begründete „Osnabrücker Volksblatt“ aufmerksam.

Wie wenig kritisch und konsequent die Anzeigen damals überhaupt waren, mögen außerdem noch folgende Beispiele zeigen, die auf uns heute wegen ihrer Zusammenstellung ganz eigentümlich wirken. Neben dem „Leben des Erzherzogs Johann von Oesterreich“ werden das „Handbüchlein für Wühler . . . von Peter Struwwel (Demagog)“, Prophezeiungen wie „die rote Fahne wird über ganz Europa wehen!“, auch Bilder von Hecker und anderen Radikalen „als Zimmerschmuck“ angepriesen. Dann folgt gelegentlich wieder ein Inserat für das Buch „Heinrich von Gagern, ein öffentlicher Charakter“ usw. Ein andermal wird als „Unentbehrlich für Jedermann“ eine „Sammlung und Erklärung von 6000 fremden Wörtern und Ausdrücken als: Ammendement — Aristokratie — Anarchie — Kommunismus — Proletarier — Insurgent — Reaktion“ usw. angepriesen.

### Osnabrücker Tageblatt von und für Jedermann.

Schneller als die übrigen Parteien hatten die radikalen Demokraten die veränderte Zeitlage erfaßt. Drei Tage, nachdem die Zensur aufgehoben war, erschien bereits die erste Nummer ihres „Osnabrücker Tageblattes von und für Jedermann“ — für Osnabrücker Verhältnisse erstaunlich modern aufgemacht und erstaunlich kühn. Es wurde das

Sprachrohr der Hauptvertreter der Demokraten in Osnabrück: des Lehrers C. Rosenthal, der Advokaten Detering und Brickwedde I und des Dr. med. Fr. Stüve. Die letzteren drei übernahmen selbst die Redaktion. Es geschah durch folgende Adresse „An das Publikum. Die Pariser Ereignisse vom 23. und 24. Februar d. J. erweckten endlich Deutschland aus seinem 30jährigen politischen Schlummer . . . . Die prophetischen Worte des deutschen Mannes Welcker: „Bevor noch an der Frühlingssonne das Eis der Hochgebirge taut, wird an der Sonne des Völkerfrühlings das Eis der Reaktion zerschmelzen", sind somit für alle deutschen Länder zur Wirklichkeit geworden . . . Für unsere Stadt und unser Land konnte wegen der Fesseln der Zensur kein Organ zur Besprechung der uns zunächst nötigen Reformen aufkommen; nun aber diese gebrochen, werden wir nicht länger damit säumen und ersuchen jedermann, uns kräftigst hierzu die Hand zu-reichen".

Das Tageblatt war die erste Tageszeitung in Osnabrück. Es erschien sechsmal wöchentlich, außer Sonntags (Ab Nr. 17 außer Montags), in Quart von durchschnittlich vier Seiten. Der Preis betrug 18 (bezw. 25) ggr. vierteljährlich. Gedruckt wurde es bei J. F. L. Lüdecke; Herausgeber war der Buchhändler und Domchoral F. L. Fredewest. Die ersten vier Nummern waren als Probenummern gedacht. Seit Nr. 65 unterzeichneten nur noch Brickwedde I und Detering als verantwortliche Redakteure; Dr. Fr. Stüve mußte nach Hannover in den Landtag. Ab Nr. 82 schied, dem Impressum gemäß, auch Brickwedde aus, und Detering zeichnete allein. Schließlich, als Detering im Oktober 1849 bezw. Anfang November zur Ständeversammlung nach Hannover kam, lautete das Impressum: „Gedruckt, verlegt und herausgegeben unter Verantwortlichkeit von J. F. L. Lüdecke in Osnabrück". Doch ist man wohl zu der Annahme berechtigt, daß der eigentliche geistige Leiter des Tageblattes der Lehrer Rosenthal war. Das geht auch aus einer Kritik des Tageblattes in der hannoverschen „Neuen Zeitung für Stadt und Land" vom 22. September 1849 hervor, in der es heißt: „Es ist mit der Preßfreiheit wie mit der Sonne. Wer ihre volle Wirkung erkennen will, muß neben dem Licht und der Wärme . . . auch das Ungeziefer ansehen, das sie hervorlockt. In Hinsicht auf das letztere kann das Tageblatt als ein instar omnium dienen . . . das Tageblatt reißt nieder, was sich aus den Trümmern gestalten will . . . das Tageblatt verwandelt diese Freiheit in Frechheit, in dem Maße, daß dem Redlichen, Gesitteten der Zweifel kommt, ob die Preßfreiheit wirklich ein Gut sei . . . wenn aber Männer, die Jugend des Bürgerstandes zu bilden berufen, ein solches Blatt mit ihren Lästerungen füllen . . . dann scheint es an der Zeit . . . daß die Obrigkeit einschreite".

Die Zeit vor 1848 schildert das Tageblatt also: „Die alte Welt war die Welt der Privilegien, die Welt der Ausbeutung der einen durch die anderen. Der eine war reich, der andere war arm! Der eine hatte das Privilegium der Bildung, der Gesittung, des Wissens — der andere die Last der Roheit, der Ignoranz und des Glaubens. Dem einen war der Genuß zugedacht, dem anderen die Arbeit . . . der eine

befahl, der andere gehorchte; der eine schwelgte im Ueberfluß, der andere mußte seinen eigenen Leib selbst feilbieten, um ihn erhalten zu können. Einen Schleier, einen dichten Schleier über die alte Zeit — ihre Freuden waren düster, ihre Hoffnungen waren Trug, ihr Glaube Unsinn!"

Ganz von diesem Standpunkte aus ist denn auch das Programm des Tageblattes gehalten, welches der Nr. 16 beigelegt war. Es führt unter anderem an: „Zu dieser Partei der Befriedigten gehören wir nicht. Wir glauben: die Preßfreiheit, das Recht der Volksversammlung, das in Aussicht gestellte Parlament sind nur die Mittel zur Erfüllung unserer Wünsche, sind nur die Waffen, womit eine bessere Zukunft erobert werden soll. Wir glauben, der eigentliche Kampf beginnt erst jetzt, der Kampf, der ausgefochten werden wird durch die unwiderstehliche Gewalt des freien Wortes und der freien Presse . . . Durch die vielen Täuschungen, welche wir erfahren, sind wir so mißtrauisch geworden, daß wir fürchten, der ausgetriebene Teufel könne zurückkehren und noch sieben Genossen mitbringen, die ärger sind als er. Daher wollen wir kämpfen mit der Waffe der Preßfreiheit, kämpfen gegen die Rückkehr des ausgetriebenen Teufels, gegen die Reaktion, wo immer sie ihr giftiges Haupt wieder erheben mag". — „Ein Fehler ist's, zu einem Neubau altes Material zu benützen", sagte das Tageblatt Anfang 1849. Dieses Wort könnte geradezu seine Devise sein.

Bezeichnend ist die psychologisch gewandte Einstellung des Blattes, die geradezu frappiert. Es arbeitet stark mit Witz, Satire und Ironie. So etwa, wenn es, unzufrieden mit den augenblicklichen Ministern, im Stile des Simplizissimus fragt: „Sagen Sie einmal, Lisette, wie kömmt es, daß die Eier so rar sind? — Wissen se det nich, Madamken, det kömmt von de Ufköfer, de haben se nach Hannover geschickt, wel de Börger sick heeser geschrien haben be de Vivats, de den Ministern gebracht sind". Einmal überschreibt es die Titelseite ganz groß mit „Die deutschen Errungenschaften . . ." Doch läßt es zum Zeichen, daß diese gleich Null seien, die ganze übrige Seite leer. Ein andermal arbeitet es mit folgender Anzeige:

Neueste Nachrichten.

Unerhörte Begebenheit, o merkwürdiges Naturwunder:

Detmold Reichsminister!

Ein Ministerium Grävell — Detmold!! Die Nationalversammlung berstet vor Gelächter. Detmold hat sich ins Ministerium geschlafen.

Die Abberufung der Preußen ist für unverbindlich erklärt.

Das Tageblatt hat ständige Rubriken äußerst satirischer Art, wie den „Briefwechsel zwischen Herrn Ernst Heuler und Fröhlich Wühler (Briefwechsel zweier schöner Seelen)" — „Aus der Wachtstube" — „Motten" und andere. Auch brachte es überaus viel politische Poesie. Außer Gedichten der führenden Köpfe der 48er Bewegung, die das Tageblatt jedenfalls aus größeren Blättern abdruckte, finden sich zahlreiche, die auf Osnabrücker bezw. Hannoversche Verhältnisse zugeschnitten sind. Ich nehme an, daß sie wohl sämtlich vom Lehrer Rosenthal herrühren. So etwa die Spottverse auf den „kleinen Detmold", die ausklingen:

„Odysseus solltest du uns sein am Maine . . .[1])
Kehr' um und bleib Thersites an der Leine!" . . .[2])

Das Tageblatt hatte einen überaus reichen Stab an Mitarbeitern. Man kann z. B. öfters darin Artikel von Hecker finden; auch von R. Blum, der ein persönlicher Freund Deterings war; selbst Frauen arbeiteten mit.

## Osnabrücker Volksblatt.

Das eigentliche Blatt der 48er Bewegung, die ja im Grunde von den bürgerlichen Kreisen ausging, war jedoch nicht das Tageblatt, sondern vielmehr das Volksblatt: das Blatt der Liberalen in Osnabrück. Einige Tage später als das Tageblatt, am 29. März, trat dieses zweite politische Blatt Osnabrücks mit einer Probenummer an die Öffentlichkeit; die eigentliche erste Nummer folgte am 1. April.

Das Programm in der Probenummer (als Nr. 0 bezeichnet) gibt folgende Richtlinien für das Volksblatt an: „Man wird uns fragen," so heißt es nach einem Lobhymnus auf die erlangte Preßfreiheit und einem geschichtlichen Überblick über die Zeit der Reaktion, „welche Politik wir befolgen werden. Die Antwort, meinen wir, ist bei den gegebenen Verhältnissen einfach. Die bisherige Regierung hatte das Vertrauen des Landes nicht; und vorzugsweise aus den Häuptern der bisherigen Opposition ist ein Ministerium von S. M. dem Könige ernannt. Das Programm dieses Ministeriums liegt uns vor. Wesentliche, recht wesentliche Wünsche und Bedürfnisse des Volks sind bereits erfüllt, andere harren ihrer Erfüllung, sobald die Stände ihre Tätigkeit beginnen werden. Sollten wir da nicht der jetzigen Regierung vertrauen? . . . Natürlich aber sind einer freien Besprechung dieser Dinge auch im entgegengesetzten Sinne unsere Spalten immer geöffnet . . . Indeß, wir wiederholen es, soll unser Vertrauen nicht leicht sich erschüttern lassen . . in Männer, unter deren Zahl wir zwei und gerade mit so wichtigen Pflichten betraute finden, die, aus dem Kreise unserer Mitbürger hervorgegangen, für Osnabrück nicht bloß genaue Kenntnis der Verhältnisse besitzen, sondern auch ein warmes und volles Herz sich bewahren werden". — Die beiden Osnabrücker Mitbürger sind C. B. Stüve und Lehzen.

Das Volksblatt bezeichnet sich selbst als liberal. Als Mitarbeiter werden in Nr. 2 eine stattliche Reihe Osnabrücker Liberaler angeführt: Abeken, Arendt, Bode, Breusing, Brück, Buddenberg, A. Droop, Dürfeld, F. Esche, Graff, Gruner, Hartmann, Jaques, Kerkfieg, D. Meyer, Ohnewehr, Raven, J. Rudloff, Schmedes, Sell, Staffhorst, A. Stüve, Sudendorf und H. W. Westerkamp. Anfangs erschien das Volksblatt zweimal wöchentlich, Mittwochs und Sonnabends. Von Nr. 9 ab jedoch dreimal, Mittwochs, Freitags und Sonntags. Der vierteljährliche Abonnementspreis betrug 12 ggr. Gedruckt wurde es wie die Osnabrückischen Anzeigen bei Kisling (Gr. Hamkenstraße 17). Die Redaktion übernahm W. Tiemann. „Für Aufsätze und Beiträge", betonte es gleich anfangs, „wird ein angemessenes Honorar zugesichert", was bis

[1]) d. h. in der Frankfurter Nationalversammlung.
[2]) d. h. in Hannover.

dahin kaum oder nur wenig erst üblich war. Eine Reminiszenz an die bisherigen Intelligenzblätter bildet die Rubrik „Gemeinnützige Angelegenheiten", worin neben den Ereignissen in Osnabrück und Hannover die der ganzen Zeit überhaupt behandelt werden sollten, da ja, wie das Volksblatt eingestand, „die Verhältnisse unseres engeren Vaterlandes vielfach nur der Widerhall sind von den Bewegungen Deutschlands und der Nachbarstaaten".

Das Volksblatt wollte dem Wiederaufbau dienen. Es ist erstaunlich, wie vorsichtig es in seiner ganzen Einstellung vorging. Man glaubt, das bedächtige Wesen Stüves, des jedenfalls hervorragendsten Mitarbeiters des Volksblattes aus jeder Stellungnahme herauszufühlen.[1]) „Aber ehe etwas Neues an die Stelle des Veralteten und Schlechten gesetzt wird, ist reichliche Erörterung nötig, damit nicht durch kostspieliges Versuchen am Ende Lust und Liebe ausgeht, und die Besserung gänzlich unterbleibt". Natürlich war das Blatt deshalb auch den radikalen Bestrebungen durchaus feindlich. „Es gehört jetzt kein Mut dazu," heißt es in Nr. 14, „radikal zu sein, an allem Bestehenden zu zausen und mit vollen Backen bei jeder Gelegenheit in die Lärmtrompete zu blasen, wohl aber gehört Mut und wahre Vaterlandsliebe dazu, mitten durch die tobenden Wellen, ungeirrt durch die Brandung, durch keine Anstrengung erlahmend, die sichere Hand am Steuer, das schwankende Schiff wohlbehalten in den Hafen der Freiheit zu führen".

Im Gegensatz zum Tageblatt brachte das Volksblatt oft sehr gut durchdachte Aufsätze, über die Sonderinteressen der einzelnen Staaten, über Wahlberechtigung, Ein- oder Zweikammersystem, Reaktion usw. Auch „Amerikanische Briefe" werden gebracht, worin die Eindrücke des neuen Jahres in Amerika geschildert werden. Politische Gedichte brachte das Volksblatt im Gegensatz zum Tageblatt nur äußerst selten. Die Osnabrückerin Mathilde Beckmann schrieb allerdings ab und zu in gebundener Sprache, jedoch nahm sie mehr Stellung zu den konfessionellen Kämpfen jener Tage. Es ist bezeichnend, daß sie, eine geborene Katholikin, gegen den Reichtum der Geistlichkeit und andere kirchliche Schäden auftrat. Dieselbe Dame trat damals auch schon für Frauenemanzipation ein.

Das Volksblatt war an sich königstreu. „Bist doch eine recht gute, ehrliche Haut, du alter deutscher Michel!" ruft es einmal aus (Nr. 79) .. „du ein Republikaner! du altes ehrliches Fell hast noch, glaub es nur, keine republikanische Ader in deinem Leibe . . . trau, schau, wem!" Doch war es anderseits auch offen und freimütig gegenüber der Regierung und tadelte, was zu tadeln war. Als z. B. der König den Beschluß faßte, außer Landes zu gehen, wenn man in Frankfurt zu viel von ihm verlangen werde, rief es ihm entrüstet zu: „Für die Einheit Deutschlands kann niemals zu viel verlangt werden".

---

[1]) Bereits 1828 hatte Stüve seine politische Einstellung folgendermaßen charakterisiert: „Das Treiben aufs Unbegrenzte ist der Fehler unserer Zeit. Ich möchte, wenn einmal ein Prinzip sein soll, dem der Freiheit das der Sammlung der Kräfte entgegenstellen. Auf ihr beruht alles Gemeindewesen und was dem ähnlich ist. Ist eine solche Sammlung von Kräften mit der Ungebundenheit vereinbar, so will ich mich dieser nicht widersetzen. Geht das aber nicht, so ziehe ich die Sammlung vor."

Als etwas Neues brachte das Volksblatt auch ständig schon seitenlange Berichte des Schwurgerichtes, das ja ebenfalls eine Errungenschaft der Märzrevolution darstellte. — Hervorzuheben ist vielleicht auch die damals schon im Volksblatt herrschende Auffassung, daß bei den Unruhen in Berlin und anderswo polnischer Einfluß und polnisches Geld eine große Rolle spielten.

## Politische Vereine.

Es ist hier wohl der Ort, auch bei den politischen Vereinen einmal zu verweilen, die sich gleichzeitig mit den Märzereignissen zu entwickeln begannen und mit der Preßgeschichte aufs engste verknüpft sind. Von ihnen gingen immer wieder die schier endlosen Adressen an Regierung, Parlament und Nationalversammlung aus, wie sie uns in den Zeitungen und Flugblättern der Zeit zum großen Teil erhalten sind. In Osnabrück war das Vereinsleben besonders umfangreich und ist heute fast unübersichtlich geworden. In den Versammlungen herrschte Uneinigkeit in den Ansichten; erst allmählich haben sich feste Anschauungen und Richtlinien ergeben.

Anfangs kamen alle politisch Interessierten zwanglos im Berkemeyerschen Hause zusammen. Altermann Breusing, ein Freund Stüves, führte meist das Präsidium. Von hier ging eigentlich alles aus, was Politisches in Osnabrück vor sich ging. Eine Folge dieser Zusammenkünfte waren jene auf dem Friedenssaale des Rathauses. Dort wurde am 28. März der Wunsch ausgesprochen, regelmäßige allgemeine Versammlungen einzuführen. Da die Alterleute gerade nicht anwesend waren, verhandelte man unter sich lange hin und her, ob man das Recht habe, selbständig und ohne die Alterleute solche Versammlungen einzuberufen. Man entschied sich für letzteres und berief die nächste Versammlung auf den 2. April, als ein Plakat in den Straßen auftauchte, worin die vier Alterleute gleichfalls eine Versammlung der „großjährigen selbständigen Einwohner" beriefen. Das war der Ausgangspunkt der Trennung. Die erstere Versammlung, von „Niemand" berufen, tagte im Pfeffermannschen Hause und konstituierte sich bald als Volksverein. Lange Zeit herrschte die Ansicht, daß die Trennung aus konfessionellen Gründen geschehen sei und daß die vom Pfeffermannschen Saale die katholischen Vereinsmitglieder gegenüber den „magistratisch-protestantischen" seien. Präsident der Versammlung bei Pfeffermann wurde der Direktor der Realschule Noelle. Seiner Aufforderung an die andere Versammlung, mit ihm gemeinsam einen „allgemeinen Volksverein" zu bilden, folgte schließlich nur ein einziger, obschon bereits ein großer Teil vorher unterschrieben hatte. So tagte der neue Volksverein seit dem 12. September in der Realschule. Er fand sich wöchentlich einmal zu einer Sitzung zusammen. Unter dem Demokraten Noelle wurde er mehr und mehr radikal. Er konstituierte sich am 21. Nov. als „demokratischer Verein", später im Anschluß an die Zentrale in Frankfurt als Märzverein. Das Tageblatt wurde zum „Organ des Zentralvereins" bestimmt, der seit dem 18. März 1849 die demokratischen Vereine der Osnabrück benachbarten Ortschaften vereinigen sollte;

Detering wurde dessen erster Präsident. Der demokratische bezw. Märzverein war politisch sehr tätig. In der vierten Versammlung (3. Okt.) legte er z. B. eine Petition an die Nationalversammlung vor mit der Bitte, sie „möge sich auflösen, da sie nicht mehr das Vertrauen des Volkes besitze“.

Die Gegenpartei unter den Alterleuten war seit dem 11. April, wo sie sich auf dem Friedenssaale den Namen „Vaterländischer Verein“ beilegte, politisch nicht mehr sehr hervorgetreten. Doch wurde sie zu Anfang des Jahres 1849 durch einen Aufruf aus Hannover wieder angeregt, in dem es u. a. hieß: „Als die denkwürdigen Märztage des Jahres 1848 gewaltsam die Schranken zerbrachen . . ., da legten wir den Grundstein zu dem hehren Gebäude echter deutscher Freiheit . . . ., aber die gemächliche Ruhe des Alltagslebens steht manchem höher, als der Aufschwung geistiger Freiheit, und diese geht schmählich unter in dem gänzlichen Verkennen und Mißachten der Staatsbürgerpflicht . . . Andere sind unersättlich in den Errungenschaften der Freiheit; sie finden ihr Heil nur in der Verworrenheit aller Gesetze und Ordnung. Mißtrauen überall, Stillstand in Handel und Gewerbe . . . die Zeit am Ende des Jahres 1848 ist dumpfer und schwerer als sein Anfang, der das Licht der Freiheit anzündete . . . Darum wacht auf, ihr hannoverschen, ihr deutschen Männer! . . . Vereinigt euch mit uns zu einem Bunde, der den Schwachen kräftigt, den Starken ermutigt, uns allen aber eine Macht verleiht, die fest und erfolgreich jedem Angriffe entgegentritt, der die Früchte der errungenen wahren Freiheit uns verkümmert, komme er, von welcher Seite er wolle“.

Der Osnabrücker Ausschuß des Vaterländischen Vereins setzte sich fast ausschließlich aus den Mitarbeitern des Volksblattes zusammen; sein offizielles Organ war ja auch das Volksblatt.

Dem Märzverein stand mehr oder weniger nahe der Handwerkerverein, wie denn die Demokraten auch besonders die Interessen des Handwerkerstandes vertreten wollten. Daneben gab es einen Arbeiter-Bildungsverein, einen Sonntagsverein, einen Handelsverein und zahlreiche andere, die zwar im Gefolge der Märzereignisse ins Leben traten, doch nicht ausgesprochen politisch waren.

Als dritter größerer politischer Verein bildete sich der Piusverein, der die Interessen des katholischen Teiles der Bevölkerung wahren sollte. Er nannte sich auch „Verein für die Erstrebung und Sicherung echter religiöser und kirchlicher Freiheit“. Am 25. Oktober wurde er in Osnabrück errichtet. Seine Gründer waren vor allem Oberlehrer Dr. Wilken und Domchoral Fredewest. Seine erste Generalversammlung hielt er am 5. November. Zahlreiche Zweigvereine im Bezirk der Landdrostei, in Laer, Hagen usw. schlossen sich ihm bald an.

## Beiträge zur Belehrung und Erholung.

Neben den beiden ausgesprochen politischen Zeitungen Osnabrücks, den Parteiblättern der Demokraten und Liberalen, trat seit dem 3. Juni 1848 ein drittes auf, das mehr den Uebergang von der Zeitschrift oder sagen wir von den einstigen moralischen Wochenschriften zur Zeitung

vermittelte. Aus den Mitarbeitern ersieht man bereits den Charakter und die Tendenz dieses vierten Blattes in Osnabrück. Es waren: Succentor Meurer am Carolinum, Domkaplan Schade, Domvikar und Gymnasiallehrer (seit 1849 Domprediger) Conrad Schmeißer und Oberlehrer am Carolinum Dr. Wilken. Mehr noch erhellt die Richtung des neuen Blattes aus dem Motto des französischen Theatiners Ventura in seiner Rede auf O'Connel: „Die Freiheit vermag nichts ohne die Religion und die Religion nichts ohne die Freiheit".

Die Beiträge erschienen anfangs jeden Sonnabend. Eine Probenummer war bereits am 20. Mai herausgegeben worden. Die Nummer erschien in Stärke eines Bogens; bei dem Oktavformat machte das jedesmal 16 Seiten aus. Seit Januar 1849 wurden die Blätter jedoch zweimal wöchentlich ausgegeben, Mittwochs und Sonnabends, in halber Bogenstärke. Der Abonnementspreis betrug halbjährlich 15 ggr. Den Druck übernahm anfangs der Drucker des Tageblattes J. F. L. Lüdecke; schon deshalb wohl, weil dieser und Kisling bis dahin die einzigen leistungsfähigen Drucker in Osnabrück waren. Ab Nr. 27 wurden sie bei J. H. Evering gedruckt; den Verlag hatte L. J. Fredewest (Alte Münze 38, später Domsfreiheit 20); Redakteur war Meurer (Kleine Domsfreiheit 11).

Die Beiträge sind das erste Blatt in Osnabrück, das ausgesprochen katholische Interessen vertritt.[1]) In dieser Tendenz wandten sie sich besonders an die ländliche Bevölkerung, um sie zu politischem Denken zu erziehen. Diese Absicht spricht sich deutlich in der Probenummer aus, in welcher es heißt: „Nun noch ein drittes Blatt! sagt wohl mancher . . . und meint, es wäre an den zweien, die hier bereits erscheinen, übergenug. Wir sind anderer Ansicht und vertrauen, daß auch dieses neue Blatt noch von vielen werde gern beachtet und beifällig aufgenommen werden — namentlich von dem schlichten Bürgers- und Landmann, welchem wir vorzugsweise unsere „Beiträge" widmen. In ihm beruht so eigentlich der Kern und die Kraft des Volkes; er ist vor allen mit berufen, an den großen staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten unserer Zeit in bedeutsamem Maße mitzuraten und mitzuwirken . . . daß er selber klar und gründlich wisse, worum es sich bei diesem und jenem recht handle und welchen Einfluß es auf sein und seiner Mitbürger Wohl und Wehe habe — dazu dem schlichten Bürgers- und Landmann durch die Presse zu verhelfen, tut wahrlich not, und tut umsomehr not, als ihm bis dahin alle selbständige Teilnahme daran gänzlich fremd war". In diesem Sinne wird den Mitarbeitern empfohlen, darauf zu achten, „daß die Form und die Sprache eine möglichst populäre (volkstümliche) sei". — Auswärtige Expeditionen des Blattes bestanden in Meppen, Lingen, Cloppenburg, Sögel und anderswo.

Die Beiträge waren in unserm Sinne mehr ein Unterhaltungs- als ein politisches Blatt. So werden in ihnen unter der Rubrik „Wochenzeitung" (seit 1849 hieß dieselbe einfach „Zeitung") die jeweiligen politischen Ereignisse in knapper Uebersicht einfach zusammengestellt. Bezeichnend ist auch die Rubrik „Lückenbüßer", worin vorzüglich Anekdoten

[1]) Vor 1848 wäre ein solches in Osnabrück noch gar nicht möglich gewesen.

und ähnliches untergebracht waren. Jeder Nummer ging eine „Uebersicht“ voraus.

Und doch wollten die Beiträge kein reines Unterhaltungsblatt sein. Wir werden, heißt es in Nr. 28, in der Abonnementseinladung für 1849, „imstande sein, die Zeitungsnachrichten so frisch und so vollständig zu bringen, daß unsere Beiträge, namentlich für den schlichten Landbewohner, vollkommen die Stelle einer großen Zeitung vertreten können, wozu sie sich auch durch den ungemein billigen Preis noch besonders empfehlen“.

Die Beiträge waren das Organ des Piusvereins, der sich „für die Erstrebung und Sicherung echter religiöser und kirchlicher Freiheit“ am 25. Oktober gebildet hatte. Wie dieser, traten sie entschieden für die Erledigung der Bistumsangelegenheiten ein, die damals trotz seit Jahren schon erfolgten Versprechens immer noch nicht geregelt waren. Es handelte sich um Dotierung des Kathedralgottesdienstes, des Domkapitels und des Seminars, welche infolge des Reichsdeputationshauptschlusses durchaus begründet und bereits seit über 20 Jahren verheißen worden war.[1] Der Piusverein sandte dieserhalb des öfteren Petitionen an das Ministerium, sogar mit dessen Umgehung direkt an den König, lange jedoch ohne den erwünschten Erfolg.

In ihrer Nr. 1 hatten die Beiträge gemeint: „Das einzige, was uns bei aller dieser Verwirrung noch in etwa trösten kann, ist dieses, daß in Deutschland wenigstens nirgends die Religion mit in den Streit hinein gekommen ist. Wer da sagt, es würde in Deutschland einen Religionskrieg geben, der lügt oder ist in einem großen Irrtum“. Doch mußten sie in Nr. 3 bereits einen Artikel über „Trennung der Schule von der Kirche“ bringen. Allerdings blieben sie auch in dieser wie in anderen religiös gerichteten Fragen durchaus tolerant. So standen sie im Juli 1848 auf seiten jener Bürger, die einen „Antrag auf Unabhängigkeit der Kirche vom Staate“ einbrachten. Darin wurde gefordert, „daß die bestehenden und neu sich bildenden Religionsgesellschaften als solche unabhängig von der Staatsgewalt und befugt sein sollen, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten“. Sehr duldsam bemerkten dazu die Beiträge: wir verlangen „für alle Religionsgesellschaften eine gleiche Freiheit, und wir wissen, daß uns in dieser Forderung viele Protestanten, die sich in gleichem Drucke befinden, beistimmen“.

Im übrigen war der Ton der Beiträge ganz auf ländliche, ungebildete Volksschichten abgestimmt; so etwa, wenn sie im Biedermeierstil der vormärzlichen Periode einen Artikel über die Nationalversammlung beginnen: „Es gibt noch viele Leute, die da meinen, die ganze Geschichte mit der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt sei dummes Zeug, und würde doch nichts dabei herauskommen“; oder wenn sie ein Zwiegespräch bringen zwischen einem Landmann (Ich) und dem „Kalender für Zeit und Ewigkeit“ u. ä.

Es lag im Charakter der Beiträge, daß ihnen Geschäftsanzeigen fast vollständig fehlten. Den ganzen Anzeigenteil bildeten meistens Bücher-Annoncen; häufig aber fehlten auch diese.

---

[1]) Das Osnabrücker Bistum wurde endgültig erst am 20. April 1858 (Bischof Paul Melchers) wieder hergestellt. Weihbischof Lüpke war 1855 gestorben.

## Polemik.

Unter den einzelnen Blättern der Märztage setzte von Anfang an eine starke und oft geradezu erheiternde Polemik ein. Sie war an sich wohl grundsätzlicher Natur, doch wurde sie besonders von seiten des Tageblattes oft stark persönlich. So, wenn es das Volksblatt „Tante Volksblatt“ — „Alte Schachtel“ — „Lügentante“ — „Tante aller Schlafmützen und verschiedener Magistratsmitglieder“ — „gute, fromme, gottesfürchtige Tante“ — „Das hiesige Volks- oder richtiger Untertanenblatt, Organ der Hundetreue“ — „Onkel Tiemann“ . . ., die Beiträge aber mit „Beiträge zur Zeittötung und Einschläferung“ oder „Beiträge zur Beteerung und Verkohlung“ titulierte, oder auch, wenn es Gedichte brachte mit der Überschrift: „Tante Volksblatt im Stadio der Tollheit“, oder ein Frage-und-Antwort „aus der Wachtstube“ wie:

Wachtmeister: Was hältst du denn vom Volksblatt?
Heulmeier: Das halte ich garnicht, das wird mir umsonst zugeschickt.

Wie das Tageblatt die Polemik überhaupt auffaßte, hat es einmal selbst dargelegt. Nachdem es davon gesprochen, daß viele die Polemik dahin verständen, daß sie ihre Gegner bis zur unerträglichsten Intoleranz und offensten Feindschaft befehden, fährt es fort: „Am bemerkenswertesten ist in dieser Beziehung ein Teil der konstitutionellen Richtung; nur, wer mit ihr übereinstimmt, findet Gnade vor ihrem Auge, wer mit ihr nicht übereinstimmt, ihren Zweck nicht verfolgt, ihre Mittel nicht wählt, der ist ein Wühler, Wütender, Anarchist, Terrorist, Egoist und was weiß ich. Metternich hat diese Verdächtigungen seinerzeit als geeignete Mittel zur Reaktion, gern und mit Nutzen gebraucht, auf dem Karlsbader und Wiener Kongresse waren diese Beschuldigungen und Verleumdungen der Anfang und das Ende seiner Reden . . . Bei den freien Nationen kennt man dieses ehrenhafte Getriebe, diese nichtswürdigen Hetzereien nicht, politische Gegner bekämpfen ihre Ansichten kräftig und oft mit derberen Ausdrücken, als ein deutsches Gemüt bis jetzt vertragen kann, den Privatcharakter aber lassen sie unangetastet. — Warum tuen wir das nicht auch? Warum legen wir die beregte Untugend nicht ab? Bei vielen Deutschen trifft die von Diplomaten und deutschen Gelehrten entworfene Charakterisierung zu, sie lieben keine Sprünge, sondern nur den leisen gemäßigten Fortschritt. An der Hand der Polizei aufgewachsen, machen diese politischen Mäßigkeitshelden, von ihrer Führerin verlassen, allerlei ergötzliche Fehltritte; die Polizeiherrschaft noch tief in ihrem Blute tragend, erschrecken sie vor jeder freien Richtung; von der Zensur geistig geknechtet, können sie aus ihrer idealen Welt in der wirklichen sich noch nicht finden, jeder wahrhaft große, freie Gedanke, jedes freie Wort macht sie erbleichen“.

Am heftigsten war die Feindschaft zwischen Tageblatt und Volksblatt. Vor allem das Tageblatt ließ sich keinen möglichen Seitenhieb auf seine Gegnerin entgehen. Interessant ist da etwa folgende Stelle: „Was ist Arbeits-Organisation? — Wenn kein fleißiger Arbeiter mehr verhungern oder, wie das Osnabrücker Volksblatt meint, wenn der Staat für alle faulen Trunkenbolde und liederlichen Dienstmägde sor-

gen muß. Was ist Querköpfig? — Wenn die Köpfe nicht alle unter einen Hut gehen und das Volksblatt lesen wollen" usw. Auch sei hier folgende Stelle angeführt: „Letzte verbürgte Nachrichten. Auch haben seit einigen Monaten die Fälle des wirklichen Blödsinns sich gemehrt. Wegen seiner unverkennbar aufreizenden Tendenz soll das Volksblatt wiederum unter Zensur gestellt werden. Dieses hat in den Worten „Verantwortliche Redaktion" das „d" sofort gestrichen. Das Blatt will nach Australien übersiedeln, um dort als Reichsmoniteur zu erscheinen. In Australien ist ein Aufstand losgebrochen. Börsenkurse und Stand der Papiere: Volkspapiere sehr gesucht — zu Tüten. Sonst wenig Umsatz."

Im übrigen hatte das Tageblatt die Taktik, alle Aufsätze und Nachrichten des Volksblattes, die es kritisieren und lächerlich machen wollte, frischweg abzudrucken, wie später Liesecke es tat; was die Leser dankbar anerkannten, da sie nun nicht mehr genötigt seien, auch das Volksblatt zu halten, um der Polemik folgen zu können. Zwar suchte sich das Volksblatt dem Tageblatt gegenüber zu wehren, doch gelang es ihm meist nur zum Teil. Nüchtern ist seine Polemik gegenüber der oft ohne Zweifel überaus geistreichen des Tageblattes. „Ja, in Fäuste legen sie ihre Ideen oder stopfen sie in geladene Gewehre, um uns allen auf solche Weise ihre „wahre Freiheit" zu bringen" — so wehrt es sich einmal. Und ein andermal läßt es sich von einem Landmanne schreiben: „Ein Tageblatt aus Osnabrück scheint recht viele Schnurren und unnütze Witze zu enthalten, doch wir Bauern sind heute vernünftigerweise nicht mehr mit Witzen abzufinden; es ist eine ernste Zeit für uns und unsere Nachkommen". Daß man in diesem Stile natürlich wenig Wirkung erzielen konnte, ist klar.

Auch die Beiträge werden nicht geschont. In Nr. 184 vom Jahre 1849 meint das Tageblatt: „Die bislang unter dem Titel: „Beiträge zur Beteerung und Verkohlung" erschienene Zeitschrift, welche auf die ungebildete Leserwelt, wider alles Erwarten, einen so segensreichen Einfluß geübt hat, daß selbst die Einfalt vom Lande dadurch ins unendliche vervielfältigt worden ist, wird von Mitte des Monats an unter dem ihrer Charakterlosigkeit mehr anpassenden Titel: „Organ des für den Landdrosteibezirk Osnabrück konstituierten ultramontanen Seelenhirteninstituts" zu erscheinen fortfahren und zwar mit dem Motto: „Die Domsfreiheit vermag nichts ohne die Reaktion und die Reaktion nichts ohne die Domsfreiheit".[1]) Dem tiefgefühlten Bedürfnisse unserer überhellen Zeit, sowie der erhabenen Bestimmung des Menschen entsprechend, wird die Tendenz des Blattes auch ferner vorzugsweise dahin gerichtet sein, durch Versimpelung des Geistes und Vergimpelung des Gemüts das wahre Seelenheil des Menschen zu fördern".

Die Polemik gegen die Anzeigen ist jedoch äußerst selten. Das allein zeigt vielleicht am besten, daß die Anzeigen amtliches Publikationsorgan waren und mit Politik soviel wie nichts zu tun hatten. Nachdem das Tageblatt einmal „für jeden dieser jungen Drillinge unsrer vaterstädtischen Presse" folgende Charakteristik entworfen hatte:

1) Anspielung auf das oben (S. 24) angeführte Motto.

T: Jck wühle! und T: Vorwärts!
V: Jck hüüle! V: Halt!
B: Jck müüle! B: Rückwärts! . . .

und die Anzeigen als „das älteste Produkt der guten periodischen Presse Osnabrücks, sich schmerzlich hintangesetzt gefühlt, daß sie bei der Mottenverteilung von der Wachtstube gänzlich übergegangen sind“ — gab das Tageblatt gemäß den Wappensprüchen der Anzeigen folgendes zum Besten:

„Sie tragen aber im Wappen schon zwei hübsche zeitgemäße Mottos:

1. Nec aspera terrent, zu deutsch: Bange machen gilt nicht.
2. Suscipere et finire, zu deutsch: 1837 und 1848.

Dazu geben wir noch das alte:

Hony soit qui mal y pense, zu deutsch: Gott segne dieses glückliche Land“.

Wie schon angedeutet, wurde in den politischen Streit auch vielfach der religiöse hineingezogen. Seit den unseligen Bestimmungen des westfälischen Friedens bezüglich der Besetzung des bischöflichen Stuhles[1]) war in Osnabrück der Boden dafür überhaupt wie geschaffen. Erst 1833 wurde die Bestimmung aufgehoben, daß Katholiken vom Magistratskollegium ausgeschlossen sein sollten, und damit die lange ersehnte Parität erreicht. Das 1803 aufgelöste Bistum Osnabrück wurde, trotz der ursprünglich anders lautenden Versprechungen, erst 1858 wieder hergestellt.

Anfangs zwar wurden die religiösen Streitigkeiten bei dem hochgehenden politischen Wellenschlag übersehen, wie die Beiträge auch in ihrer ersten Nummer bezeugten. Ebenso hielten die anderen Blätter sich anfangs tolerant. Ein Spottgedicht aber, „Parität“ überschrieben, das im April als Flugblatt in Osnabrück kreiste, stellte den Auftakt zur konfessionellen Polemik dar. Seitdem entbrannte sie bald aufs allerheftigste. Im April 1848 noch sagte das Tageblatt: „Wir wollen nicht, daß die Religion untergraben werde, wir wollen vielmehr, daß dieselbe in höherem und reinerem Glanze strahle“. Und ein andermal: „Der Religionsunterricht soll darum keineswegs unterbleiben“. Doch zeigen manche bereits angeführte Ausfälle gegen die Beiträge und manche hier und da eingestreute Bemerkungen einen völligen Wandel.

Vor allem aber geriet Stüve in das Kreuzfeuer der Polemik, besonders in das des Tageblattes. Dieses bezeichnet seine Politik etwa mit „diplomatischer Unbestimmtheit“, nennt ihn spöttisch „Möser II.“ oder erzählt, wie ein Regierungsrat in Lüneburg sein Knäblein in der Taufe „Stüve“ genannt habe. Ein andermal heißt es: „Stüves Freunde verbreiten die Nachricht, der König wolle abdanken, Stüve werde Regent; Stüve wird und kann darin nicht willigen, er darf doch nicht dazu beitragen, daß Hannover den von ihm entdeckten „unersetzlichen Schatz“[2]) verliert“. Oder es kommentiert einen Artikel des Volksblat-

[1]) Nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens wurde der bischöfliche Stuhl zu Osnabrück abwechselnd von einem katholischen und einem protestantischen Bischof aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg besetzt.
[2]) Damit ist natürlich der König gemeint.

tes über Stüve also: „Das Volksblatt verglich in einem „Stüve" überschriebenen Aufsatze diesen Vater des Vaterlandes mit einem Steuermanne, der in gewaltigem Sturme der Zeit das Staatsruder mit kräftiger Hand ergreift und das schon fast verlorene Staatsschiff sicher in den Hafen der Glückseligkeit führt. Jetzt ließe sich der Mann wohl ebenso gut mit dem göttlichen Dulder Odysseus vergleichen, der sich am Mastbaume des Schiffes festbinden ließ, um nicht den Lockungen der Sirenen nachzugeben. Stüve hört die Stimme des Volkes, welches ihm durch die freie Presse täglich zuruft, er möge seine Stellung aufgeben; aber er klammert sich fest am Ministersitze und denkt: Schreit nur zu! Es wäre ja zu bedauern, wenn die Regierung auf die Stimme des Volkes hören müßte!"

Das Volksblatt dagegen suchte die Anwürfe des Tageblattes gegen Stüve lächerlich zu machen, wenn es etwa sagte: „Im Tageblatt wird gefragt, welche Autorität in der Verfassungsfrage mehr gelte, Dahlmanns oder Stüves. Nach dem Studium der gründlichen Kritik des Tageblattes sieht sich Einsender zu der Erklärung veranlaßt, daß weder der eine noch der andere als Autorität gelten kann, sondern allein — das Tageblatt."

Die Polemik des demokratischen Tageblattes wurde besonders in jenen Tagen heftig, als die Lage in Frankfurt sich verschärfte, als Barrikaden errichtet wurden und sich ein regelrechter Kampf entspann,[1]) wo also die ganze demokratische Bewegung von 1848 bereits überall zurückging; sie nahm überhaupt an Heftigkeit bis zum Untergange des Tageblattes ständig zu.

## Flugblätter und Flugschriften.

„In den Jahren 1848 und 1849, wo das Staatsrecht von allen Dächern gepredigt wurde, war die deutsche Journalistik verhältnismäßig minder einflußreich als vorher, obgleich sie zum Erschrecken in die Länge und Breite gewachsen war". In diesen Worten H. W. Riehls[2]) kommt indirekt der Gedanke zum Ausdruck, daß die Flugblätter und Flugschriften der 48er Tage den Geist jener Zeit noch besser zur Anschauung bringen als die periodische Presse. Dem gleichen Gedanken gibt P. Wentzke in seiner „Kritischen Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848/51"[3]) Raum, wenn er sagt: „Die Zeitungen genügen nicht, all den Stimmen, die sich vernehmlich machen wollen, Raum zu geben . . . Ihren durchdachtesten Ausdruck fand die öffentliche Meinung jedenfalls damals in den Flugschriften."

Die Flugschriftenliteratur der 48er Tage war denn auch überaus reich. Das Staatsarchiv in Osnabrück bewahrt für das Osnabrücker Gebiet allein an die zwanzig. Wie viele mögen aber der Zeit zum Opfer gefallen und spurlos verschwunden sein!

Das erste dieser Art zirkulierte bereits am 7. März 1848 in den Osnabrücker Straßen. Da jedoch in Osnabrück wie überhaupt in Han-

[1]) 18. September.
[2]) „Land und Leute" 2. 1855.
[3]) Halle 1911.

nover die Preßfreiheit erst zehn Tage später gewährt wurde, war dieses erste Osnabrücker Flugblatt im benachbarten Bremen bei C. Schünemann gedruckt worden, für die damalige Zeit also im Auslande.[1]) Es war an „den hochlöblichen Magistrat hieselbst!" gerichtet und enthielt die „Bitte von seiten der unterzeichneten Alterleute, Bürger und Einwohner der Stadt um Mitwirkung zu zeitgemäßen Reformen für ganz Deutschland in gesetzlichem Wege, zur Abwendung großer Uebel in der gefahrdrohenden nächsten Zukunft". Das Blatt enthielt 16 Forderungen, u. a. die der Preßfreiheit, Aufhebung des Verbotes der Volksversammlungen, Volksbewaffnung, Schutz der persönlichen Freiheit, Öffentlichkeit der Rechtspflege, Freiheit des religiösen Bekenntnisses usw. Zuletzt wurde schon „Sicherung der Arbeit und entsprechender Lohn" gefordert. Bezüglich der Preßfreiheit heißt es: „Die Presse liegt unter der Fessel der Zensur, von der nur zu wahr gesagt wird, was der Deutsche nicht ohne Schamröte wiederholen mag, daß sie eine Schmach sei, welche das besonnenste und gesittetste Volk Europas nur noch mit seinem rauhesten im slawischen Osten teile".

Ein zweites Flugblatt, datiert vom 10. März, unterzeichnet von Dr. Pagenstecher, ist beachtenswert durch die Worte: „Die Presse freizugeben wird nichts hindern. In keinem deutschen Lande hat auf derselben so schwerer Druck gelastet. Selbst die Geltung der Karlsbader Beschlüsse wäre für uns Freiheit gewesen. Proben und Wirkungen des Zwangs hier zu erörtern ist so überflüssig, als die Unausführbarkeit guter Zensur zu beweisen."

In einem dritten Flugblatt vom 18. März, das die Ueberschrift „Freie Männer, deutsche Brüder!" trägt, werden 14 Forderungen aufgestellt. Die zweite derselben lautet: „Wir glauben, daß es das Recht jedes Menschen ist, seine Ansichten und Wünsche frei auszusprechen, zu schreiben und drucken zu lassen, verlangen deshalb Aufhebung der Zensur, Freiheit in Rede, Schrift und Druck". — „Viele Einwohner Osnabrücks" haben dieses Flugblatt unterschrieben. Der Drucker desselben ist nicht angegeben.

Äußerst interessant ist ein vom Landdrosten Lütcken unterm 19. März verbreitetes Flugblatt. Sein seltsam freundlicher Ton zeigt, daß die Regierung sich in den ersten Tagen der Revolution auch in Osnabrück durchaus nicht mehr als Herrin der Lage fühlte. „Mit dem lebhaftesten und aufrichtigsten Dankgefühle erkenne ich die Freundlichkeit aller hiesigen Einwohner, womit dieselben während reichlich zwei Jahren in jeder Beziehung unausgesetzt mir entgegengekommen sind; ich habe das umsomehr erkannt und empfunden, als ich hier, wie in dem ganzen mir anvertrauten Verwaltungsbezirke völlig unbekannt war. Die Beweise, welche ich dafür gesammelt habe, daß hier der regste Sinn für Wahrheit und Recht herrsche, haben mich ebenso sehr erfreut als meinen Dienst erleichtert. Das bei der gestrigen Illumination von allen Einwohnern ohne Ausnahme gewählte und beobachtete Verfahren hat eine solche Liebe für Ordnung bewahrt, daß es jeder Stadt für alle Zeiten als Muster aufgestellt werden kann. Indem ich hiermit jedem einzelnen

---

1) Ebenso wie die Petition des Magistrats vom 10. März; s. Seite 15.

meinen besten Dank aus vollem Herzen darbringe, kann ich nicht unterlassen, die Ueberzeugung auszusprechen, daß, was auch die Zeit des Fortschrittes nach Gottes weiser Fügung für Deutschland bringen möge, zum dauernden Segen für unser Vaterland gereichen werde, wenn es in Ordnung und Eintracht aufgenommen und gepflegt wird". Man vergleiche damit den Ton eines Flugblattes desselben Landdrosten vom 24. März. „Warnung" lautet die Ueberschrift. Nach einem Hinweis auf „die ruchlosen Exzesse, welche in den letzten Tagen und Nächten im Preußischen in der Nähe von Hoyel stattfanden, wobei ein Fremder den Tod auf der Stelle fand, andere schwer verwundet sind", führt der Landdrost zur Warnung eine Reihe Artikel des Strafgesetzbuches vom 8. 8. 1840 an, unter Androhung von schweren Strafen im Uebertretungsfalle.

Interesse verdienen ferner zwei Wahlflugblätter, die im Dezember 1848 und Januar 1849 „in alle Häuser unserer Stadt und auch in Tausenden von Exemplaren auf dem Lande verbreitet worden" sind. Das erste ging von der demokratischen Partei aus und war bei Lüdecke, dem Verleger des Tageblattes von und für Jedermann gedruckt worden. „Ein Wort über die Wahlen", lautete seine überschrift. Es begann „Wir werden jetzt bald Abgeordnete für Hannover wählen, damit diese dahin wirken, daß es besser werde im Lande". Nach diesem Flugblatt sollten keine Reichen, keine Beamten und keine Geistlichen, sondern nur solche Leute gewählt werden, „die da von ihrer Arbeit leben, die wissen, was es heißt, im Schweiße seines Angesichtes sein Brot zu verdienen . ." Denn, so heißt es weiter, nur „diese werden dafür wirken, daß es besser werde". — Gegen dieses demokratische Wahlflugblatt richtete sich nun ein liberales, das bei Kisling erschien und die Ueberschrift trug: „Ein anderes Wort an die Wähler". Darin steht die Aufforderung: „ . . . schenket den verleumderischen Worten jenes Zettels keinen Glauben. Laßt euch nicht betrügen durch Leute, die Frieden und Wohlfahrt im Munde führen und nichts bewirken als Unruhe, Umsturz und Verwirrung. Denket einmal nach; was wollen sie durch ihren Zettel? Sie wollen, daß ihr diejenigen Männer in die Kammer wählet, die immer in den Volksversammlungen das größte Wort haben . . ." Hatte das erste dieser zwei Wahlflugblätter die Unterschrift getragen: „Viele Wähler, welche wollen, daß es besser werde", so war dieses unterzeichnet: „Mehrere aufrichtige Volksfreunde". — Der „Vaterländischen Korrespondenz" Nr. 4 zufolge[1]) war dieses letztere Flugblatt in 8000 Exemplaren verteilt und von „katholischen Geistlichen, wahrscheinlich im Auftrage des Piusvereins" verbreitet worden. Bei dem demokratischen Wahlflugblatt aber ist propagandistisch noch die darauf sich befindende hinweisende Hand bemerkenswert, sowie die daneben stehende Bemerkung: „Wer dies gelesen hat, der gebe es an seine Freunde".

Von den anderen Flugblättern jener Tage mögen ferner Erwähnung finden eine „Obrigkeitliche Bekanntmachung und Warnung" vom 28. November 1848, worin sich u. a. die Bestimmungen finden, daß ledige Dienstpersonen nach 8 Uhr abends nicht „geschäftslos" auf der Straße sein, die Haustüren um 10 Uhr abends verschlossen werden

[1]) Sie erschien bei Culemann in Hannover.

sollen, und daß truppweises Umherziehen, Lärmen usw. untersagt sei; ferner eine sechsseitige „Extra-Beilage zur Osnabrückischen Anzeige“, die sich an „alle freien Männer Deutschlands, welche reinen Herzens sind“, richtet; ein Flugblatt der Landbevölkerung an die Nationalversammlung, um „Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der freien Veräußerlichkeit des Grundeigentums“ (vom 16. November 1848); eine „Vorstellung und Bitte des vaterländischen Vereins in Osnabrück, betreffend die Verkündigung der deutschen Reichsgesetze“; schließlich ein bei Lüdecke gedruckter und von Detering, Dreinhöfer und Kruse, den Führern der Osnabrücker Demokraten unterzeichneter „Hülferuf“ für die „von Deutschland verlassenen Brüder“, die in der Verbannung leben mußten.

Nicht zu übergehen sind schließlich die poetischen Flugblätter, wie sie namentlich eine Mathilde Beckmann verbreitet hat. Neben den Gedichten „Katzenkonfession“ und „Parität“[1]), die religiöser Polemik dienten, mag der Dialog „Die Illumination“ gewirkt haben. Da er meines Wissens sonst vergessen ist, sei er hier als Beispiel wiedergegeben:

Die Illumination.

Großvater, ich setze die Lampe
Ans Fenster zur Illumination.
Sieh, alles glänzt, die Minister,
Sie stürzen mit Spott und mit Hohn.

Laß dunkel, mein Kind, die Fenster,
Das macht mich nicht traurig, nicht froh;
Ob diesen Minister, ob jenen,
Das Volk liegt hungernd auf Stroh.

Großvater, hörst du nicht schallen
Den jubelnd freudigen Ton?
Gefallen ist Louis Philipp
Von seinem entweiheten Thron.

Fünf Könige schon sah ich fallen,
Das macht mich nicht traurig, nicht froh;
Auch unter dem sechsten König
Liegt hungernd das Volk auf dem Stroh.

Nein, nein! Zerbrochen auf ewig
Hat Frankreich das Königsjoch.
Hörst du? Sie rufen die Freiheit,
Die Republik lebe hoch!

Die Republik und die Freiheit,
Das macht mich nicht traurig, nicht froh;
Auch unter dem Wohlfahrtsausschuß
Lag hungernd das Volk auf dem Stroh.

---

1) s. auch oben Seite 28.

Großvater! Sieh leuchten die Inschrift
Am Schloß der Tuilerien:
„Hotel der invaliden
Arbeiter“ künftighin.
Und dort, sieh nur, dort funkelt:
„Die Arbeit wird garantiert!“
Arbeiter! Des Königs Millionen
Sind euer, wie sich's gebührt!

Da trägt mit zitternden Händen
Das Lämpchen ans Fenster der Greis,
Und über die faltigen Wangen,
Da rollen die Tränen ihm heiß.
Er schließt mit erhobenen Augen
Ans Herz den Enkelsohn
Und ruft mit gebrochener Stimme:
„Es lebe die Revolution!“

Bei Wentzcke findet man außerdem noch folgendes Osnabrücker Flugschriftenverzeichnis:

a) Festgruß und Wünsche eines deutschen Reformers. Als Manuskript. Osnabrück. Kisling, 1848. 7 Seiten. 8°. — Es datiert vom 18. Mai und erwartet von der Nationalversammlung Selbständigkeit und einheitliche, kräftige Entwicklung des deutschen Vaterlandes; er wendet sich gegen die Bürokratie und tritt für eine freie Gemeindeverfassung, für Gleichmäßigkeit der Wehrverfassung und der Steuern, sowie für Einheit von Münze, Maß und Gewicht ein.
b) O. Klopp, Gymnasiallehrer: Die Grundrechte des deutschen Volkes mit allgemein faßlichen Erläuterungen, nebst der deutschen Reichsverfassung. Osnabrück 1849, Rackhorst. 12 Seiten. 8°. — Diese Erklärung der Grundrechte interessiert vor allem durch den Gedanken: Widerstreben gegen die Reichsverfassung als den gesetzlichen Ausdruck der Freiheit und Einheit des deutschen Volkes ist Ungesetzlichkeit und Willkür, ist Anarchie.
c) Zusammenstellung der einzelnen Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volkes mit den im Königreich Hannover geltenden Gesetzen. Osnabrück. Kisling, 1849. 27 Seiten. 8°. — Die Flugschrift will zeigen, wie die Grundrechte vielfach keine Verbesserung, sondern teilweise sogar eine Verschlechterung der hannoverschen Grundgesetze darstellen.
d) Hermann Abeken, Osnabrück: Die Republik in Nordamerika und der Plan einer demokratisch-republikanischen Verfassung in Deutschland. Berlin, Nicolai, 1848. 39 Seiten. 8°. — Eine weitere Flugschrift von dem Osnabrücker Abeken lautete: „1789. 1848. Mirabeau über das königliche Veto“, die ebenfalls 1848 in Berlin erschien.
e) Von C. B. Stüve seien aus jener Zeit drei Flugschriften angeführt, die ebenfalls nicht in Osnabrück selbst erschienen sind:

1. Das Bündnis der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849. Ein Wort zur Beherzigung und Verständigung von A. E. (Jedenfalls Pseudonym Stüves). Leipzig, F. A. Brockhaus, 1849. 94 Seiten. 8°. — 2. Deutschlands Bedürfnisse. Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstagsdeputierten. Jena. Frommann. 1850. 45 Seiten. 8°. — 3. Ein Sendschreiben Stüves an seine Wähler in Osnabrück. Frankfurt a. M. 1849. 48 Seiten. 8°. — Die letzte Flugschrift richtet sich gegen Gagern und seine „Souveränität der Nation" und spricht den Gedanken aus, daß die einheitliche Entwicklung Deutschlands nur langsam vor sich gehen dürfe, nicht sprunghaft, wie die Erbkaiserpartei sie erzwingen wolle.

Sehr viele der aufgeführten Flugblätter und Flugschriften waren den betreffenden Nummern der damaligen Zeitungen beigelegt. Ihrer bedienten sich die Oppositionellen zu Petitionen und Spottliedern, doch ebensogut die Regierung selbst zu Warnungen vor Exzessen und zu Publikationen, schließlich auch die Wahlmänner zu Worten an ihre Wähler, wie das Beispiel Stüves zeigt.

3. Kapitel.

## Die Reaktionsperiode.

Die Erhebung von 1848 hatte unbewußt bereits den Keim der Reaktion in sich getragen, da man sich auf keiner Seite zu energischer, rascher Tat hatte aufraffen können. Auch hatte es von vornherein an klar bestimmten, konsequent verfolgten Zielen gefehlt. Die Regierungen der Bundesstaaten hatten sich dem Frankfurter Parlament nicht unterwerfen wollen, und der Reichsverweser, auf den man gehofft hatte, war machtlos, da weder Preußen noch Oesterreich ihm ihr Militär unterstellten. Stüve erklärte, nur eine solche Einigung Deutschlands anerkennen zu können, die vom Volke und den Fürsten zusammen herbeigeführt worden sei. Der König aber drohte abzudanken, wenn durch die deutsche Einheitsverfassung die Fürsten zu Untertanen eines gemeinsamen Monarchen (des Reichsverwesers) herabgewürdigt würden.

So war die Lage kritisch. Friedrich Wilhelm IV. wies die Kaiserkrone zurück; das Frankfurter Parlament ging nach und nach auseinander; der Dreikönigsbund zwischen Preußen, Hannover und Sachsen löste sich schon bald nach seinem Zustandekommen wieder auf.

Männer wie Stüve wären vielleicht imstande gewesen, eine Einigung herbeizuführen, wenn die Macht auf ihrer Seite gewesen wäre und sie die Zeichen der Zeit besser verstanden hätten. Denn Stüves Gedanken, der eine „Beschränkung der Staatsverwaltung auf ihre notwendige Tätigkeit, und Sammlung aller im Volksleben vorhandenen Kräfte unter natürlicher Führung der aus dem unnatürlichen Gegensatz zu den Gemeinden befreiten Aristokratie zu einem den Behörden auf allen Stufen organisch angeschlossenen System der Selbstverwaltung" vorsah, waren durchaus gesund, wenn Stüve selbst nur fortschrittlicher gewesen wäre. Aber es zeigte sich hier wie so oft, daß der Weg der Mitte fast immer

der gefahrvollste ist, da ihm auf zwei Seiten Feinde gegenüber stehen. Den Demokraten war der liberale, kompromißfreundliche Stüve stets ein Dorn im Auge gewesen, beim König anderseits begann nun das Spiel der Einflüsterungen, das Stüves Idee als demokratisch verschrie. Waren nach der Wahl vom 1. Februar 1849 fast alle Adligen aus der ersten hannoverschen Kammer verschwunden, so wurde das Verlangen nach Wiederherstellung der Adelskammer bald immer lauter. So lagen die Dinge, als der blinde König Georg V. im Jahre 1851 den hannoverschen Thron bestieg. Bald schon berief er, auf seinen Adel gestützt, das reaktionäre Ministerium von Borries und hob mit seiner Hilfe die Verfassung von 1848 einfach wieder auf. Die Preßfreiheit wurde dadurch wieder erheblich eingeschränkt.

---

Diese Lage der Dinge konnte für die junge Osnabrücker Presse, die während der Märztage erst zu einiger Freiheit und zu einer ersten Blüte gelangt war, nur verhängnisvoll werden.

Die Verhältnisse wurden zunächst vor allem für das Osnabrücker Tageblatt schwierig. Anfang 1849 hatte es zwar gehofft, daß die Politik sich noch immer in demokratischem Sinne würde gestalten lassen. Und tatsächlich gewann damals die demokratische Partei infolge der Reaktion noch an Anhängern, sodaß sie „bei der nächsten Bürgervorsteherwahl siegte und einen ihrer Führer, den Advokaten Detering, in die Stelle eines besoldeten Senators brachte“.[1]) Noch durchaus optimistisch klingen daher die Neujahrsgedanken des Tageblattes, in denen es auffordert: Die „Schuld des Jahres 1848 muß das Jahr 1849 zahlen; die in dem verflossenen Jahre lebhaft angeregten Hoffnungen müssen in diesem Jahre in Erfüllung gehen. Das Jahr 1849 muß das Jahr der Tat sein, und deswegen halten wir es für bedeutend; mit dem Eintritt in dieses neue Jahr sind wir von dem Worte zur Tat, von unbestimmter Hoffnung zur Erfüllung, von phrasenhaften Versprechungen zur Wirklichkeit fortgeschritten . . .“

Wurde auch die Stimmung des Tageblattes in Wirklichkeit immer angriffslustiger, so war das doch wohl nur übernervöse Gereiztheit. Es brachte nun öfters auf der Titelseite groß aufgemachte, schwarz umränderte „Erinnerungstafeln“ für die demokratischen „Märtyrer deutscher Freiheit und Einheit“. Auch sagte es Ende 1850 eine größere Vollständigkeit der politischen „Rundschau“ zu, „sobald der politische Himmel, wie in der letzten Zeit, sich verfinstert“. Es ironisiert die Gebildeten, die gegen die „Greuel“ der Revolution jammerten und die Ruhe um jeden Preis herbeiwünschten, und faßte den Entschluß: „Die Bestrebungen der demokratischen Partei und ihrer Führer werden jetzt dahin gerichtet werden müssen, die politische Agitation auf das Land und unter das Landvolk herüber zu spielen“.[2]) Noch mehr aber kann vielleicht die folgende Stelle als Symptom der bereits abebbenden demokratischen Bewegung und des untergehenden Tageblattes angesehen

---

[1]) s. Hoffmeyer a. a. O. I, Seite 446.

[2]) Es ist das vor allem in Bramsche, wo damals bereits bedeutende Webereien bestanden, und in Bersenbrück gelungen. S. auch Hoffmeyer a. a. O. I, Seite 427.

werden. Auf eine Anfrage, warum denn die humoristischen Sachen im Tageblatt immer seltener würden, gab die Redaktion die lakonisch bittere Antwort: „Wer über gewisse Dinge nicht den Verstand verliert, der hat gar keinen zu verlieren. Vom Humor läßt sich vielleicht dasselbe sagen. Wird aber schon wieder wachsen!" — Auch mehrten sich die Klagen darüber, daß man im Tageblatt so wenig Nachrichten aus der Provinz lese. Ob nichts mehr passiere? fragte man wohl. Wie das Volksblatt 1851 (Nr. 27) mitteilte, wurde Lüdecke, der damals als Redakteur des Tageblattes galt, wegen eines beleidigenden Artikels gegen den Osnabrücker Militärstand vor Gericht zitiert. Und im Dezember 1851 ging das Tageblatt schließlich ein. Nur eine kleine Notiz im Volksblatt gibt uns davon Kunde, wenn es (1852, Nr. 5) erwähnt, daß „das Tageblatt das neue Jahr nicht erlebt hat".

---

Auch das Volksblatt fühlte sich durch die Entwicklung der Dinge nicht befriedigt. „Wenn man das Jahr 1848 das der Erhebung und leider bald auch der Ueberhebung nennen muß, dem dann mit 49 ein Jahr der Zerrissenheit, des Blutvergießens und Elends folgte, so kann in vielfacher Beziehung das jetzt geschiedene Jahr das der Erniedrigung Deutschlands heißen" — so schreibt das Volksblatt in dem Rückblick, den es dem Jahre 1850 widmet. Und „einen Blick auf die Angelegenheiten in unserm Heimatstaat" werfend, fährt das Blatt fort: „Den größten Teil des Jahres war das Staatsruder in den bewährten Händen, die das Schiff durch die Stürme der Revolutionsjahre so glücklich und geschickt in einen sicheren Hafen geführt hatten . . . Handel und Gewerbe erlitten bei uns keine Störung, Krieg und Soldatenspielen verursachten keine Kosten, keine der sogenannten Errungenschaften wurde irgendwie nur geschmälert, und was das wichtigste war, der Ausbau der Verfassung in echt konstitutionellem Geiste, wobei Fürst und Volk das ihm gebührende Recht ungekränkt bewahrt sahen, fast vollendet. Darum fanden auch die Demokraten in unserem Lande so wenig Raum für ihre Tätigkeit, so wenig Anhang im hannoverschen Volke, und sahen sich einfah auf Tadeln und Schreien beschränkt . . ."

Bedeuteten diese Worte eine letzte Apotheose des Politikers Stüve, so hat sich der Ton in dem Rückblick auf 1851 vollkommen geändert. Eine Art fin-de-siècle-Stimmung weht uns entgegen, wenn es darin heißt: „Ruhe, wenn nicht Erschlaffung herrscht überall, der alte Bund ist wieder ins Leben getreten, vorzüglich durch die Sünden derer, die ihn am bittersten haßten . . . Was dem deutschen Volke im Jahre 48 und teilweise 49 zu erreichen so leicht war, das sind jetzt Gegenstände der Sehnsucht geworden; und es fragt sich, wie bald eine und welche Gelegenheit zur Verwirklichung dieser Wünsche sich wieder darbieten wird, nachdem wir die so günstige unkluger Weise von uns gestoßen haben".[1])

---

[1]) Die damals herrschende Ratlosigkeit in der liberalen Partei hat Bennigsen tief empfunden, wenn er am 19. 6. 1849 von Osnabrück aus an seine Mutter schrieb: „Du hoffst noch immer das beste von der liberalen Partei. Wenn man aber die fürchterliche Ratlosigkeit in ihren Blättern sieht, so weiß ich doch wahrlich nicht, was ich noch eben von einer Partei erwarten soll, die schon seit einem Jahre — der einzige Gervinus ausgenommen — dieselbe Politik des fait accompli befolgt hat wie die

Die äußere Wandlung des Volksblattes in dieser Zeit ist kaum von Bedeutung; immerhin ist für das damals schon merkliche Abebben auch der liberalen Bewegung bezeichnend, daß es seit dem 1. April 1849, wo der zweite Jahrgang begann, nur noch zweimal wöchentlich, Mittwochs und Sonnabends, erschien. Zugleich wurde der vierteljährliche Abonnementspreis von 12 auf 6 ggr. herabgesetzt, wozu allerdings 2 ggr. Botenaufschlag kamen. Das Format blieb bis zum 1. Juli 1852 das Quart, und es bedeutet lediglich einen scheinbaren Aufschwung, wenn es von da ab zu dem für eine Zeitung ansprechenderen Folioformat überging; gleichzeitig erschien es nur noch einmal wöchentlich.

Damit war das Volksblatt nicht nur äußerlich, sondern auch dem Inhalte nach fast zu einer Wochenschrift im üblichen Sinne geworden. Der Jahrgang 1851 weist bereits kaum mehr Politisches auf. Dafür nehmen Schwurgerichtsverhandlungen und Aehnliches einen großen Raum ein; es entsteht eine Rubrik „Unpolitische Wochenschau“, die besonders Lokalnachrichten aus der ländlichen Umgegend aufweist, ferner eine mit dem Titel „Mannigfaltiges“, worin man Ernstes und Heiteres wie in einem gewöhnlichen Familienblatte finden kann. Freudig begrüßen dürfte man vielleicht die nun bescheiden erst hervortretende Tendenz, die Heimatkunde zu pflegen, wenn — man sich nicht in so engen Grenzen gehalten hätte. und wenn diese heimatkundlichen Aufsätze eben nicht nur offensichtliche Lückenbüßer gewesen wären für die mehr und mehr verpönte Politik. Diese scheidet 1852 fast, 1853 vollständig aus. In Nr. 55 des Jahrgangs 1852 liest man die bescheidene, aber wenig überzeugende und nur aus der Reaktionsluft heraus zu verstehende Begründung: es sei das „durch die Mängel an bedeutenden politischen Ereignissen veranlaßt“.

Auch die Anzeigen im Volksblatt hatten sich immer mehr verringert. Manche Nummer enthält davon lediglich eine Tabelle der jeweils gültigen Kornpreise. Der Grund liegt jedenfalls in dem 1852 auftretenden ersten Osnabrücker Geschäftsanzeiger, dem sog. „Osnabrücker Geschäfts-Telegraf“[1]), der fast das ganze Anzeigengeschäft an sich riß. So war das Volksblatt ebenso der wirtschaftlichen wie der politisch-geistigen Grundlagen beraubt und stellte Ende des Jahres 1853 sein Erscheinen ein, ohne diesen Schritt äußerlich zu begründen oder sich von seinen Lesern irgendwie zu verabschieden.

---

Auch die Osnabrücker Anzeigen weisen in dieser Zeit kaum eine innere Entwicklung auf. Gerade in diesen 50er Jahren sind sie äußerst dürftig. Sie enthalten fast nur Publikationen von Amts wegen, wie Ruhestandsversetzungen, Auszeichnungen, Steckbriefe, Strafen usw.; ferner Reklamen über Auktionen, Hausverkäufe, Lotterien, kleine Inserate über Familienereignisse, sowie beginnende große Geschäftsreklamen. Solche sind zuweilen wagerecht statt senkrecht gedruckt und ziehen sich

vormärzlichen Diplomaten traurigen Angedenkens. Die Führer der Bewegung ... sind sie nach dem 24. Februar 1848 auch keine 6 Wochen mehr gewesen. Hier im Lande steht freilich allem Anschein nach die Partei der Frankfurter Verfassung weit besser als die des Radowitzschen Projekts.“

[1]) s. unten den betreffenden Abschnitt.

über zwei vollständige Seiten hin.[1]) Auch fängt man an, fleißig mit Bildreklame zu arbeiten. Bei einem Hausverkauf steht ein kleines Haus als Blickfang daneben, bei der Anzeige eines Mühlenwerkes eine Mühle, bei anderen eine hinweisende Hand usw. Man benutzt zur Belebung des Seitenbildes verschiedenen Schriftsatz; neben Antiqua und Fraktur gebraucht man etwa die regelrechte Kursivschrift; auch durch wechselnde Buchstabengröße sucht man zu wirken oder durch ganze auf dem Kopfe stehende Inserate. Die schwarzumrahmte Todesnachricht begegnet etwa seit 1854; vorher hatte bereits das ganze Blatt eine Zeitlang schwarze Umrandung getragen. Kurz, die ganze Einstellung des geschäftlichen Teiles wird mehr psychologisch. Man denkt unwillkürlich an Mösers „Vorschläge zur Verbesserung der Intelligenzblätter", worin er u. a. vorschlug: man sollte bei jedem Intelligenz-Artikel gleich vor den ersten Buchstaben einen kleinen Buchdruckerstock oder Holzschnitt anbringen. „Ladungen gegen Gläubiger, welche kommen, hören und sehen, und nichts empfangen sollen . . . könnten . . . wenn sie nichts besonderes enthielten, mit einer großen Nullen, worin eine Schelle aufgehängt wäre, bezeichnet werden" usw. Vielleicht könnte man sogar geneigt sein, direkte Fortsetzung und Verwirklichung Möserscher Anregungen anzunehmen, wenn diese mehr psychologisch auf Blickfang gerichtete Reklame nicht allgemein in der Zeit gelegen hätte.

Den Anzeigenkreis erweitern die Fahrpläne der ersten Eisenbahn in Osnabrück, ebenso wie der Fahrpost, die Wochenmarktsberichte der Stadt mit Preislisten (eine erste Art lokal beschränkten Wirtschaftsanzeigers). Den Textteil vermehrten (man kann fast sagen: schufen erst) die „Gemeinnützigen Mitteilungen" — eine Art feuilletonistischer Beilage, für die um Beiträge gebeten wird mit dem Bemerken, daß man „nach beschaffter Redaktionseinsicht für deren baldige und natürlich gebührenfreie Aufnahme Sorge tragen" werde. Honorare gab es also noch nicht; es war schon viel, wenn man nicht zuzahlen mußte.[2])

Sonst jedoch sind die „Anzeigen" gerade in dieser Zeit besonders dürftig. Politik durften sie als Regierungsblatt von vornherein nicht bringen, wenigstens keine Innenpolitik. Und von einer Außenpolitik sehen wir erst jetzt die ersten Keime sich entfalten. Sie sind aber äußerst erfreulich. Hatte man über den bevorstehenden Zollanschluß aus den Anzeigen bisher nur indirekt und zufällig etwas erfahren können, etwa durch die Anzeige über den Verkauf eines Wohnhauses, „welches wegen . . . des baldigen Zollanschlusses sich besonders gut zur Führung eines Ladengeschäftes" eigne, so tritt uns in der durch den Tod Friedrichs VII. von Dänemark[3]) abermals sich zuspitzenden schleswig-holsteinischen Frage zum ersten Male und fast spontan eine echte vaterländische Begeisterung entgegen, wenn es in einem Aufruf vom 29. Dez. an alle Hannoveraner heißt: „Wenn Schleswig-Holsteins Recht jetzt wirklich, wo Gott vor sei, zertreten, deutsche Sitte, deutsche Sprache, deutscher Glaube, deutsches Recht dänischer Herrschbegier und dem Be-

---

1) s. z. B. Nr. 45, 1859.
2) s. oben, 2. Kapitel, den Abschnitt über das Volksblatt, Seite 20 f.
3) Gest. 15. November 1863.

lieben der europäischen Großmächte gebunden ausgeliefert wird, so ist Deutschlands Ehre verloren, Deutschland aus der Reihe der Mächte gestrichen; so ist kein Recht in keinem Lande mehr heilig, sondern der Willkür, dem frevelhaften Rechtsbruch überall freie Bahn gelassen". Kurz vorher hatten die „Anzeigen" folgenden von Osnabrück selbst ausgehenden Aufruf gebracht: „Die Wiedergewinnung der echt deutschen schleswig-holsteinischen Länder ist nicht allein eine Frage der Ehre der deutschen Nation, sondern eine Interessenfrage für Norddeutschland insbesondere. Ohne die genaueste Verbindung dieser Küstenländer mit Deutschland wird weder eine deutsche Flotte entstehen, noch wird der segensreich wirkende Zollverband seine natürliche Ausdehnung bis an die Grenzen des Meeres erreichen. Wir fordern deshalb alle Bewohner der Stadt wiederholt und dringend auf, sich einmütig mit uns zur Erreichung dieses großen und herrlichen Zieles zu verbinden".

Waren diese Aufrufe auch gleichsam offiziell beeinflußt, so sind sie doch der unwillkürliche Eindruck eines echt deutschen Gefühles, das sich am Ausgang der Reaktionszeit langsam abklärt und in dessen Geiste die „Anzeigen" zum ersten Male seit Mösers Zeit sich betätigen.

Als Gesamterscheinung genommen genügten die Anzeigen den sich steigernden Anforderungen Osnabrücks nicht mehr, zumal sie seit dem Untergange von Tageblatt und Volksblatt überhaupt die einzige Zeitung Osnabrücks waren. Da sie aber als Regierungsblatt keine Konkurrenz zu fürchten hatten, konnten sie unbesorgt folgende Anzeige der „Hannoverschen Tagespost" bringen: „Osnabrück entbehrt eines eigenen Preßorgans. Je empfindlicher dieser Mangel zahlreichen Angelegenheiten und Fragen gegenüber sich stets von neuem fühlbar macht, desto erfreulicher ist die Aussicht einer erwünschten Abhilfe desselben". Höchst beachtenswert heißt es dann weiter: „Ein neues Blatt hier zu gründen, ist seit langer Zeit von vielen Seiten gewünscht, aber dasselbe ist mit so viel Schwierigkeiten verbunden, daß daran kaum zu denken ist. Die Redaktion der „Hannoverschen Tagespost" ist uns bereitwilligst entgegengekommen und wird unseren Angelegenheiten ihre Spalten öffnen." — Nur wenige Jahre später sollte diesem Mangel durch eine eigene Osnabrücker Tageszeitung abgeholfen werden.

---

Vorläufig erlebte das Tageblatt, schon bald nach seinem Untergang, eine, wenn auch bescheidene und kurze Auferstehung in dem „Geschäfts-Telegraf für die Stadt und den Landdrosteibezirk Osnabrück nebst der Umgegend; zur Beförderung des geschäftlichen Verkehrs, zur Abspiegelung des Volkslebens, zur Belehrung und Unterhaltung für alle Volksklassen". Ende 1851 hatte das Tageblatt sein Erscheinen eingestellt. Am 9. Jan. 1852 erschien die erste Nummer dieses Geschäfts-Telegrafen. Er sollte wie das Tageblatt dreimal wöchentlich in Quartformat und halber Bogenstärke (vier Seiten) erscheinen, Mittwochs, Freitags und Sonntags, „nach Erfordern häufiger". Der Abonnementspreis betrug 6 ggr. für das Vierteljahr, die Anzeigengebühr 6 Pf. pro Zeile. Ab Nr. 3 lautete das Impressum: „Gedruckt, verlegt und herausgegeben unter Verantwortlichkeit von J. F. L. Lüdecke in Osnabrück". Die Mitarbeiter

waren nach einer Mitteilung in Nr. 34 die des früheren Tageblattes, was sich denn auch, trotz der seit 1851 wieder verschärften Zensur, gelegentlich ganz im Stile des bisherigen Tageblattes kundtut.

Im Grunde genommen war der Telegraf also eigentlich nur das Tageblatt mit verändertem Titel. Der Grund dieser Veränderung mag einmal darauf beruhen, daß man dem Unternehmen durch neue Gewandung die erlahmte Zugkraft wieder zu geben hoffte — eine Propaganda-Technik, die ja vor allem im 18. Jahrhundert geblüht hatte; hatten doch die „Osnabrückischen Anzeigen" ihren Titel von 1809 bis 1815 nicht weniger als 13mal geändert.[1]) Anderseits glaubte man wohl, durch ein solches Manöver das Auge der Zensur, dem das bisherige Tageblatt lange ein Dorn gewesen war, abzulenken; vor allem, wenn man dem neuen Blatte einen harmlosen, wenn man so sagen darf, Generalanzeiger-Charakter zu geben verstand. Interessant ist in dieser Hinsicht die Abonnementseinladung, die der ersten Nummer beilag und beide Tendenzen verrät. „Nachdem das „Osnabrücker Tageblatt" aufhörte zu erscheinen, wurde von vielen hiesigen Geschäftsleuten der Wunsch geäußert, zunächst einen Ersatz für den Anzeiger desselben zu haben. Diesem Wunsche nachzukommen und zugleich, um in unserer Zeit dem geschäftlichen Verkehr durch die Presse förderlich zu sein, erscheint heute die erste Nummer dieses neuen Blattes, welches schnell und billig Ankündigungen und Mitteilungen aller Art in einem großen Leserkreise verbreiten wird".

Der Geschäfts-Telegraf stellt mithin den ersten Versuch dar, neben den amtlichen „Anzeigen" ein privates Annoncenblatt für den Geschäftsverkehr in Osnabrück zu begründen. Annoncen aller Art bildeten deshalb auch folgerichtig den Anfang des Blattes, wie es heute noch in den großen englischen und amerikanischen Zeitungen der Fall ist. Es waren das geschäftliche Angebote, auch kurze amtliche Nachrichten, Mitteilungen über Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, über Vorfälle aus dem Volksleben, über Verhandlungen des Schwurgerichtshofes, Kritik über Theater, Konzerte usw. Den Schluß bildete der „Anzeiger für Jahrmärkte, Kornpreise, Geld- und Papierkourse".

Doch beschränkte sich der Telegraf nicht auf den reinen Anzeigenteil. Er brachte daneben auch „kurze und pikante Erzählungen, Gedichte und Novellen, Humoristisches, Anekdoten, Rätsel, Charaden und einen Frage- und Antwortkasten zur Erheiterung und Belehrung des Bürgers und Landmannes", die unter den Rubriken „Gemeinnütziges, Unterhaltendes und Neues für Jedermann" — „Was gibts neues?" beigefügt waren.

Schien der Geschäfts-Telegraf so nach außen hin ein zahmes, ungefährliches Blatt der Reaktion zu sein, so war er das im Grunde keineswegs, als Erbe des Tageblattes hatte er vielmehr auch die demokratische Einstellung mit übernommen, die in kluger Weise allerdings nur vorsichtig und versteckt, aber oft nicht weniger beißend zutage tritt. Unter der anekdotenhaftesten, harmlosesten Ueberschriften verbirgt sich oft die ganze politische Resignationsstimmung der Oppositionellen. So

[1]) s. Lenzing a. a. O. Seite 39.

findet sich einmal unter dem Titel „Ochsenkopf und Schafskopf“ folgende bittere Auslassung: „Die deutschen Schafe und die deutschen Menschen werden gegenwärtig ganz gleich erzogen, d. h. zum Krempeln. Was die guten Deutschen aber vor den Schafen voraus haben, das ist die Schur. Die Schafe sind entweder einschurig oder zweischurig, der deutsche Mensch aber scheint nur deshalb Vernunft und Sprache vom Schöpfer bekommen zu haben, damit er alle Tage geschoren werden kann, und deshalb ist der Deutsche ein immerschuriges Schaf“. Am bezeichnendsten aber sind wohl jene Stellen, wo die deutsche Flottenfrage zur Sprache kommt. „Mit der deutschen Flotte .... ists aus“, heißt es einmal. „Wenn man sich an manchen hohen Stellen noch schämen könnte, so müßte es dort sehr rot aussehen“. Ein andermal will man die ganze deutsche Flotte auf folgende Art versteigern: „Der Staub muß wieder zu Erde werden, woraus er geworden ist, und die deutsche Flotte muß wieder zu Wasser werden, woraus sie entstanden ist. 36 Zimmerleute haben das große Werk verrichtet, und jeder will mit einem anderen Winde fahren. So haben wir uns denn entschlossen, die deutsche Flotte an den Meistbietenden zu verkaufen.

Zum Ersten!

Niemand mehr, meine Herren? — Niemand besser? — Zum Ersten! — Immer heran, meine Herren, die Schiffe sind ganz wasserdicht, fürs Nichtuntergehen wird garantiert. — Zum Ersten! — Was hängen soll, ersäuft nicht! — Bieten Sie, meine Herren! — Niemand mehr?

Zum Zweiten!

Die Ketten bekommen Sie gratis, meine Herren! — Zum Anderen! — Der Anker ist das Symbol der Hoffnung! — Zum Zweiten! — Die Stricke können Sie auch genießen, alles en bloc, meine Herren! Alles Schnellsegler, wie's Erfurter Parlament! — Zum Zweiten! — „Deutschland“ wird in den Kauf gegeben; das schönste Pechmagazin, was Sie sich denken können! — Niemand mehr? — Niemand besser? — Bieten Sie doch, meine Herren, es ist Ihnen ja auch schon so viel geboten. — Zum Anderen und zum — — —

zum Teufel damit!“

Trotz des unverhohlenen Humors ist die politische Stimmung auch hier wie zuletzt im Tageblatt bitter und resigniert. Das tritt in den zahlreichen Gedichten, Rätseln usw. immer wieder hervor. Unter „Was gibt's Neues?“ heißt es z. B. einmal (Nr. 24) bitter: „Diese Frage müssen wir den lieben Lesern unbeantwortet lassen, weil wir nur Trostloses melden könnten“. Die gleiche Stimmung findet sich in den Sätzen:

Versprechen und Halten,
Schlaf und Erwachen,

das sind die Punkte, um welche das politische Leben in Deutschland seit langer Zeit sich dreht ... Absonderliches Glück wird dem Deutschen doch im Schlaf beschert!“

Der Geschäfts-Telegraf erschien nur ein einziges Quartal, von Januar bis April 1852. In Nr. 32 vom 20. März heißt es: „Den

Beifall, welchen der Osnabrücker Telegraph [1]), Zeitung für Volkswohl und Fortschritt, in der kurzen Zeit seines Bestehens in nahen und fernen Kreisen gefunden, bestimmt uns, das Blatt vom 1. April d. J. ab in vergrößertem Format und unter oben bemerktem veränderten Titel erscheinen zu lassen. Der Telegraph wird fortfahren, die Interessen des Volkes nach jeder Richtung hin zu fördern . . . Neben der Politik wird der Telegraph besonders der Besprechung provinzieller und örtlicher Interessen im Geiste des Rechts und des Fortschritts seine Spalten öffnen . . ."

Damit hatte man stillschweigend zum zweiten Male eine Titelveränderung vorgenommen, vielleicht auch diesmal aus propagandistischen Gründen und Zensurrücksichten zugleich. Hand in Hand damit wurde der Abonnementspreis auf 10 ggr. für das Vierteljahr erhöht.

Zu bedauern ist nur, daß sich von diesem neuen Telegraphen seltsamerweise nur eine einzige Nummer erhalten hat. Es ist Nr. 45 vom Donnerstag, dem 21. April 1853. Sie trägt als zweiten Untertitel die Worte „Osnabrücker Tageblatt" — ein Beweis, daß auch in diesem zweiten Telegraphen die Ueberlieferung des alten Tageblattes gepflegt werden sollte. Noch besser beweist das vielleicht der Inhalt jener einen Nummer; an einer Stelle spricht sie deutlich von dem „System, welches das der Demokratie ist". Und in einem „Pro Memoria" überschriebenen Artikel heißt es, ganz im Tageblattstil: „Uns fehlt vieles an äußerer Selbständigkeit. Wir dürfen uns im Lande nicht bewegen, nicht reisen ohne Paß, nicht an einem fremden Orte wohnen ohne Aufenthaltskarte, uns nicht ernähren, kein Gewerbe treiben ohne Konzession, nicht einmal heiraten ohne Erlaubnis. Wäre es nicht besser, wenn es anders wäre? Warum ist es nicht anders? — Weil das Volk künstlich auseinandergerissen ist, nicht nach Ideen, sondern nach Ständen. Wäre das Volk in seiner überwiegend großen Mehrzahl sich einig, so möchte man es für geraten halten, seinen Forderungen und Bedürfnissen nachzugeben."

## 4. Kapitel.

# Die Zeit von 1864—66.

Für die Entwicklung der Presse überhaupt, wie der in Osnabrück ist es kennzeichnend, daß ihre Fortschritte stets großen politischen oder kulturellen Ereignissen zur Seite gingen. So bringt das Kriegsjahr 1864 für Osnabrück einerseits einen ganz neuen Zeitungstyp, man kann sagen, die erste moderne Zeitung, was Format, Materialbeschaffung und Inhalt betrifft; anderseits suchten auch die Osnabrücker Anzeigen von dem ihnen immer noch anhaftenden Intelligenzblatt-Charakter mehr und mehr loszukommen und sich nach Möglichkeit jenem modernen Zeitungstyp anzupassen, wie Liesecke ihn eben in Osnabrück einführte. Diese neue

„Osnabrücker Zeitung"

führte sich durch folgende Ankündigung ein: „Einladung zum Abonnement auf die vom 18. Mai d. J. an erscheinende Osnabrücker Zeitung, Anzeiger für das Fürstentum Osnabrück. Herausgegeben unter Ver-

[1]) Beachte die veränderte Schreibweise.

antwortlichkeit von Alexander Liesecke. Dieselbe erscheint täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), nachmittags 3 Uhr und kostet 1 Thlr. pro Vierteljahr, für die Stadt incl. Bringelohn, für auswärts incl. Postaufschlag . . . Die Haltung des Blattes soll eine liberale, seine Stellung eine unabhängige, frei von einseitigen Parteibestrebungen sein. Der Inhalt der Zeitung wird sich unter folgende Rubriken verteilen: Politische Nachrichten — Landesnachrichten — Lokalnachrichten — Vermischte Nachrichten — Handels- und Verkehrsnachrichten — Amtliche Nachrichten — Feuilleton — Inserate".

Es ist bezeichnend, daß die Ankündigung einer neuen Osnabrücker Tageszeitung anstandslos in die „Osnabrücker Anzeigen" aufgenommen wurde, wie das ja auch bereits 1848 mit dem Volksblatt geschehen war. An einer Stelle heißt es sogar: „Die Benutzung der Zeitung zu geschäftlichen Anzeigen dürfte sich ganz besonders empfehlen, da sie täglich erscheint und die weiteste Verbreitung im ganzen Landdrosteibezirke findet". Zeigt das einerseits, wie wenig man in dem neuen Unternehmen eine Konkurrenz für den Regierungsanzeiger fürchten zu müssen glaubte, so wird anderseits deutlich, daß die Landdrostei damals wohl noch nicht daran dachte, die längst veralteten Anzeigen neuzeitlich umzugestalten. Vielleicht fehlte ihr das Vertrauen auf die Möglichkeit eines größeren Blattes für Osnabrück, vielleicht auch die Initiative.

So war es durchaus das Verdienst Alexander Lieseckes, in seiner Osnabrücker Zeitung die erste moderne Tageszeitung für Osnabrück geschaffen zu haben.

Die erste Nummer der Osnabrücker Zeitung vom 18. Mai 1864 erschien in dem bisher für Osnabrück unbekannten Doppelfolioformat. Der Abonnementspreis betrug vierteljährlich 1 Thlr. Die Anzeigengebühr pro Petitzeile 1 Gr. Die Redaktion befand sich Redlingerstr. 4 c. Die Seite war in 4 Kolumnen geteilt; gewöhnlich hatte bereits die erste Seite unter dem Strich ein Feuilleton. In der Aufmachung herrschte geradezu vorbildliche Gliederung. An erster Stelle stand die Politik, die meist in „Telegraphische Depeschen" (unseren heutigen Spitzenmeldungen), „Politische Nachrichten" aus Deutschland und allen übrigen Ländern und „Landesnachrichten" gegliedert war. Sie ergänzten sich durch die auf der letzten Textseite stehenden „Letzten Nachrichten (per Telegraph)". Den politischen folgten Lokalnachrichten, amtliche Nachrichten, Handels- und Verkehrsnachrichten, Börsenberichte. Zwischen dem redaktionellen und dem Anzeigenteil fanden die sogenannten „Eingesandts" Platz.

Meist bildete ein regelrechter Leitartikel den Kopf, der gewöhnlich mit L. bezeichnet und vorzüglich redigiert war, mit Pointen und Sarkasmen reich durchsetzt. So spricht man einmal von „Herrn v. Bismarck und anderen Feinden Deutschlands", oder man entrüstet sich „über den kleinen Beust, der den großen Herrn v. Bismarck so unzeremoniös zum Rückzuge gezwungen hat". Bismarck und Beust werden überhaupt öfters vorgenommen; so z. B. in einem Leitartikel mit der geschickt aufgemachten Überschrift: „Hie Bismarck, hie Beust", in welchem es heißt: „An Charakter halten sich die Kämpen ungefähr die Wage. Was die Talente betrifft, so dürfte die Palme Herrn v. Beust zuzuerkennen sein,

obgleich wir die Fähigkeiten des Herrn v. Bismarck sehr hoch schätzen. Beide sind kühn, gewandt, reich an Ressourcen, unskrupulös, und verfügt Herr v. Bismarck über mehr äußere Machtmittel, so wird dieses Mißverhältnis dadurch ausgeglichen, daß Herr v. Beust einen größeren Scharfblick und eine beessre Position hat."

Tendenz und Einstellung hatte das neue Blatt in seiner ersten Nummer folgendermaßen dargelegt:

An unsere Leser!

In einer ereignisreichen Zeit, wie der gegenwärtigen haben wir kaum nötig, die Gründung eines neuen Zeitungsunternehmens zu rechtfertigen. Es gibt unstreitig in Deutschland schon viele Zeitungen, aber es ist auch noch für viele Raum. Unter Vaterland zeichnet sich vor anderen Ländern dadurch aus, daß die Bildung und somit auch das Bedürfnis nach Aufklärung über die herrschenden Zustände und die brennenden Tagesfragen ziemlich gleichmäßig über das ganze Land verbreitet sind und daß wir deshalb nicht, wie es in England und Frankreich der Fall, einen Mittelpunkt des politischen Geisteslebens haben, wo sich alle Strahlen vereinigen, während der Rest des Landes nur den mehr oder weniger schwachen Abglanz empfängt. An sich ist dies ohne Zweifel ein großer Vorteil, obgleich das Uebel der politischen Zersplitterung innig damit zusammenhängt. Allein diesem Uebel läßt sich vorbeugen, und unser deutsches Vaterland kann sich die politische Einheit erringen, ohne dem Uebel der Zentralisation zu verfallen. Ja, in einer weisen Verbindung der nationalen Einheitsidee und der lokalen Unabhängigkeit liegt wesentlich unsere nationale Aufgabe.

Warum sollte aber gerade unsere Stadt keine Zeitung besitzen, da in mancher anderen weit unbedeutenderen Stadt Zeitungen nicht blos bestehen, sondern auch zur Blüte gelangt sind? Der Wunsch nach einer Zeitung, welche die allgemeinen Fragen der Politik behandelt, der Literatur und Kunst ihre Aufmerksamkeit schenkt und die örtlichen Interessen befürwortet, hat sich hier schon häufig geltend gemacht, und wenn ihm nicht früher Rechnung getragen werden konnte, so ist das verschiedenen Umständen zuzuschreiben, deren Auseinandersetzung man uns ersparen wird. Wir glauben, die entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden zu haben, und rechnen umso sicherer auf Erfolg, als man uns von den verschiedensten Seiten die wärmste Unterstützung zugesagt hat.

Unsere Zeitung tritt nicht als Parteiorgan in die journalistische Rennbahn. Die Krisis, in der Deutschland sich jetzt befindet, zeigt zur Genüge die Mangelhaftigkeit und teilweise Unfähigkeit der Parteien, welche in diesem Moment die Bühne einnehmen. Wenn wir uns an keine dieser Parteien anlehnen, so tun wir es, weil wir nach allen Richtungen hin gerecht sein, weil wir uns „freie Hand" bewahren, weil wir ungefesselt und unbeirrt die Interessen unseres deutschen Vaterlandes verfechten wollen. Unser Vaterland ist unsere Partei.

Wir werden national sein. Nicht als ob wir für das sogenannte „Nationalitätsprinzip" schwärmten, mit dem neuerdings soviel Mißbrauch getrieben wird, und das in seiner heutigen Form eine Erfindung und ein Werkzeug eroberungslustiger Despoten ist. Die Freiheit geht

uns über das Nationalitätsprinzip. Aber wir leben der Überzeugung, daß unser deutsches Volk, welches die moderne Kultur geschaffen hat, dazu bestimmt ist, diese Kultur . . . zu verteidigen, und daß es diese Bestimmung bloß erfüllen kann, indem es zur vollsten nationalen Entfaltung kommt. — Wir haben uns die Aufgabe gesetzt, nach Kräften an der Wiedergeburt unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, und werden alles anerkennen und unterstützen, was auf dieses Ziel hinstrebt; alles bekämpfen, was es verdunkeln oder von ihm ablenken will. Und darum zählen wir zuversichtlich auf die Hilfe aller derjenigen, ohne Unterschied der Partei, denen das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes und ihrer engen Heimat am Herzen liegt."

Man sieht, welch hohe Aufgaben Liesecke sich stellte. Fast ist man versucht zu sagen, daß sie für das damalige Osnabrück über ihrer Zeit standen; würde doch ihre Erfüllung noch heute jedem Blatte Ehre machen. Doch beging Liesecke im Rahmen jener Zeit einen nicht zu übersehenden verhängnisvollen Fehler, indem er seine Zeitung zu einer parteilosen stempelte, die über den Parteien stehen wollte und nur das „einigende Band" betonte. Denn er lief gerade dadurch Gefahr, an keiner Partei einen dauernd sicheren und sichernden Rückhalt für sein Unternehmen zu finden, was sich denn auch in der Folgezeit als überaus verhängnisvoll für ihn auswirkte.

Großer Raum in dem neuen Blatt war den heimatlichen Interessen gewidmet. Jene Abonnementseinladung, die versprochen hatte, daß das Blatt „Referate über Bürgervorsteher-, Gerichts- und andere öffentliche Verhandlungen ,über Vereine, Theater, Konzerte usw. bringen" werde, und daß der Lokalteil bei „genügender Teilnahme und regem Interesse des Publikums ein wesentlich belebendes Moment für die Angelegenheiten der Stadt und des Landdrosteibezirks werden" solle, hatte nicht zu viel verheißen. Tatsächlich hat sich die Osnabrücker Zeitung durch ihren „Sprechsaal für alle Kommunalangelegenheiten" durchaus anregend betätigt. Auch hier wieder wird, wie in den früher besprochenen Blättern, ein Zurückgreifen auf jenen Möserschen Gedanken sichtlich, das Volk mittels der Presse zur Teilnahme am öffentlichen Leben heranzuziehen, vor allem im Rahmen der engeren Heimatinteressen.

Daneben steht ein ausgebildetes und bereits sehr gepflegtes Feuilleton. Es brachte außer dem laufenden Roman manches allgemein Wissenswerte und Interessierende, volkstümlich behandelte Wissenschaft; es hat eine eigene Rubrik „Literarisches", worin Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt teils besprochen, teils in Auszügen mitgeteilt werden. Aber auch hier wieder starke Betonung des Heimatlichen, wenn wir manchen Aufsatz über Osnabrücks geschichtliche Vergangenheit finden, über den Dom und seine Geschichte, über den Löwenpudel, das Wahrzeichen Osnabrücks, über „vorchristliche Denkmäler der Landdrosteibezirke Lüneburg und Osnabrück", der sogar mehrere Fortsetzungen hatte . . . oder wenn das Schreiben eines jungen, nach Amerika übergesiedelten Osnabrückers unter dem Titel „Eine Fahrt auf dem Ozean" mitgeteilt wird. — Vor allem aber ist die Rubrik „Theater in Osnabrück" hervorzuheben; sie führte sich in Nr. 411 (vom 18. September 1865) folgendermaßen ein: „Dieser

Rubrik, welche seit einigen Tagen in dem Inseratenteile unseres Blattes ständig geworden, werden wir für einige Zeit auch einen stabilen Platz an dieser Stelle einräumen müssen, denn es ist seit zwei Jahren wieder und seit dem Bestehen unseres Blattes überhaupt das erste Mal, daß Thaliens Hallen hier eröffnet sind . . .“ Von da ab fand das Theater in Osnabrück beständige und liebevolle Pflege in Lieseckes Zeitung, wenn freilich der künstlerische Geschmack des Publikums seit jener ersten Rezension — es wurde damals die „Lady von Worsley-Hall“ der Birch-Pfeiffer gespielt — manche Wandlung und hoffentlich Verfeinerung erfahren haben mag. Lieseckes fördernde Einstellung zum Theater spricht sich am besten in seinen eigenen Worten aus; er verheißt nämlich, daß seine Kritik „mehr referierend als rezensierend“ sein solle, und daß er ein „Urteil erst nach gesammelter Erfahrung“ fällen werde. Wenn sein Name als Mäzen heute noch in Osnabrück einen guten Klang hat, damals hat er ihn in seiner Osnabrücker Zeitung begründet.

Mehr jedoch als all das dürfte die politische Seite der Zeitung Lieseckes einer eingehenderen Darlegung wert sein. Nicht nur, weil sie als „unparteiisches“ Organ dem Grundsatz dienen wollte, beide Parteien zu hören, sondern vor allem, weil sie in den damaligen innerdeutschen Kämpfen, die sich um Preußen und Oestrreich drehten, im Grunde genommen doch eigentlich ein Organ des unbeteiligten Neutralen, zuweilen des tertius gaudens darstellte; jedenfalls hatte sie den großen Vorteil eines bedingten Abstandes von den Ereignissen und die Möglichkeit freiester Meinungsäußerung. Die Einschränkungen der hannoverschen Zensur bezogen sich ja in erster Linie nur auf die Kritik an hannoverschen Zuständen; dem übrigen Deutschland, gegenüber, außenpolitisch also, war man entschieden ungebundener.

Freieste Meinungsäußerung tritt uns denn auch fast in jeder Nummer der Zeitung Lieseckes entgegen. Sie zielt in der Hauptsache auf die beiden Vertreter Preußens und Oesterreichs, auf Bismarck und Beust. Ihre Grundeinstellung, die eine, wenn man so sagen darf, allgemein-deutsche und vaterländische ist, aber noch keine bestimmte Richtung zur Erreichung ihres Staatsideals, des einigen, starken Deutschlands gefunden hat, zeigt sich in Sätzen wie den folgenden: „Das Ausland ist aus nationalen Interessen durchweg feindlich, denn es will kein starkes Deutschland, weil ein starkes Deutschland die englische Suprematie zur See und die französisch-russische Suprematie zu Lande für immer brechen würde . . . Die einzige gute Frucht, die uns der deutsch-dänische Krieg bisher gebracht hat, liegt darin, daß uns die Augen in betreff Englands geöffnet worden sind. Niemals hat der deutsche Erbfehler, das Fremde anzubeten, sich widerlicher geäußert als während des letzten Jahrzehnts in der demütig kriechenden Bewunderung und Beräucherung Englands. Ein schwächlicher, an seiner eigenen Schöpfungskraft verzweifelnder Liberalismus ergriff jeden Anlaß, um uns den englischen Parlamentarismus anzupreisen, und die englischen Zustände überhaupt zur Nachahmung zu empfehlen. Wer uns ein Wort der Mißbilligung aussprach, wurde ein Reaktionär gescholten. Wer, auf Tatsachen gestützt, den Beweis lieferte, daß der englische Parlamentarismus nur eine aristo-

kratische Farce, die englische Presse nur ein Monopol der Oligarchie ist, wurde einfach totgeschwiegen, wenn man ihn nicht niederzuschreien vermochte . . . Aber es war nötig, daß England uns höhnend gegenübertrat, um uns als Nation vollkommen zu enttäuschen. Das ist nun geschehen, und wir freuen uns dessen. Wir freuen uns aus zwei Gründen. Einmal, weil das Götzenbild des englischen Parlamentarismus zertrümmert am Boden liegt, und dieser falsche Kultus uns nicht mehr von der Pflege der echten nationalen Freiheitsliebe abhält. Und ferner freuen wir uns, weil das giftige Geschimpfe der englischen Presse und der englischen Oligarchie eine unfreiwillige Anerkennung unserer, freilich noch nicht entwickelten Macht ist. Endlich haben wir gelernt, daß wir keine Freunde unter den europäischen Staaten haben. Jedes Volk, wie jedes Individuum ist seines Schicksals Schmied. Was wir werden wollen, können wir nur durch uns selber werden . . . Erfüllen wir unsere Pflicht als Nation, halten wir den Blick fest auf das allgemeine Interesse des großen Vaterlands gerichtet, und wir werden, die partikularistischen Regungen im Innern und den Widerstand des Auslandes bewältigend, nicht bloß die schleswig-holsteinische Frage zu einer nationalen Lösung bringen, sondern uns auch unter den Völkern der Welt die hervorragende Stellung erobern, welche wir zu beanspruchen ein Recht haben."

Von dieser allgemein deutschen Grundeinstellung aus tritt Lieseckes Blatt natürlich Bismarck sowohl wie Beust und damit den durch sie vertretenen Ländern sowie deren Organen, etwa der „Kreuzzeitung" oder der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die ja beide Bismarck nahestanden, feindlich gegenüber. Anfangs gilt Lieseckes Kritik nur Preußen und Bismarck. „Was ist des Deutschen Vaterland?" heißt es einmal. „Was ist Deutschland? Wo ist Deutschland? — der deutsche Bund? In Frankfurt? Viele antworten so; und der deutsche Bundestag nahm für einen Moment die Rolle, welche die naive Volksstimme ihm aufoktroyierte, für leeren Ernst, und war im Begriff, das alte verrostete Kaiserschwert umzugürten, als Herr v. Bismarck plötzlich durch einen realen Machtspruch die idealen Wahngebilde fortscheuchte, und Preußen an die Stelle des Bundesstaates schiebend, die Sache Deutschlands zu einer preußischen machte." Schon in Nr. 2 (1864) hatte die Osnabrücker Zeitung bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage gesagt: „Preußen strebt ohne Zweifel nach der Trennung der Herzogtümer von Dänemark, jedoch nicht nach ihrer Vereinigung mit Deutschland, wohl aber verrät es partikularistische Annektionsgelüste, die sich im Lager der Fortschrittspartei nicht minder kräftig äußern, wie in dem Bismarckschen; Österreich hat offenbar bloß die negative Politik, möglichst bald Frieden zu schließen, damit es den Stürmen, welche sich in Italien und an der Donau vorbereiten, ungesäumt begegnen könne". Etwas später heißt es: „Herr v. Bismarck hat sich aber im Innern als der eingefleischteste Feind der Freiheit und des Rechts, nach außen durch die polnische Konvention als den eingefleischtesten Feind des Nationalitätsprinzips gezeigt. Wie kann man von diesem Feind der Freiheit, des Rechts und des Nationalitätsprinzips erwarten, daß er in Schleswig-

Holstein mit einem Male der ehrliche Vorkämpfer der Freiheit, des Rechts und des Nationalitätsprinzips geworden sei? Bekehrt hat er sich nicht, sonst würde er in Preußen nicht nach wie vor Freiheit und Recht mit Füßen treten, nicht Rußland gegenüber die Konvention aufrechterhalten, und fortwährend polnische Flüchtlinge den moskowitischen Henkern überliefern lassen . . ."

Jedoch allmählich läßt sich ein deutlicher Umschwung der Meinung zugunsten Preußens feststellen, wennschon auch jetzt noch kein ständiger Friede mit Bismarck und Preußen herrscht. Etwa seit Januar 1865 beginnt Liesecke, auch lobenswerte Eigenschaften an Bismarck hervorzuheben, wenn er etwa sagt: „Mögen die Fehler des Herrn v. Bismarck sein welche sie wollen, er hat das große Verdienst, ein Mann zu sein, nach langer Tatenlosigkeit eine kräftige Politik eingeleitet und die versumpften Geister in Bewegung gebracht zu haben. Daß Deutschlands Größe nicht sein Ziel ist, können wir ihm nicht verargen, denn er ist ein preußischer Staatsmann."

Hand in Hand damit geht eine Umstellung Österreich gegenüber. „Nur ein Träumer," heißt es in der gleichen Nummer [1]), „kann sich der Illusion hingeben, Österreich mit seinem buntscheckigen Staatsorganismus, mit seinen schwierigen Beziehungen zu Rußland, Italien und Frankreich, sei in Deutschland einer Politik der frischen Initiative fähig."

Freilich fühlt man aus all dem noch eine gewisse politische Unsicherheit heraus, wie sie sich in fast allen deutschen Mittel- und Kleinstaaten der deutschen Frage gegenüber damals noch recht unangenehm fühlbar machte. Man spürt geradezu die freilich auf einer Täuschung beruhende Genugtuung, die im Januar 1866 noch die Worte diktieren konnte: „Wäre die Annektion [2]) gelungen, so wäre Herr v. Bismarck heute der Diktator Deutschlands, unbeschränkter Herr der Situation. — Sie ist nicht gelungen, und, wenn auch dem Namen nach, was er früher war, ist Herr v. Bismarck in Wirklichkeit eine gefallene Größe." Oder auch, wenn man in einer der letzten Nummern der Zeitung Lieseckes jenes Spottgedicht auf Preußen-Österreich liest von dem „Hühnerhofe, wo 34 Hühner und 2 Hahnen sind", mit seinem bissigen Schluß:

„Der Hofhund frißt den Rest der Brüh,
Den Schaden hat das Federvieh."

Aber nicht deutlicher kann, als der österreichisch-preußische Krieg damals bevorstand, die schließlich erfolgte vollkommene Versöhnung der Osnabrücker Zeitung mit Preußen zutage treten, als in den Worten: „Es zeigt sich, daß die Regierung gern mit Österreich ginge . . . Es zeigt sich auf der anderen Seite, daß die Mehrheit der Volksvertretung unter keinen Umständen von Krieg gegen Preußen, von Unterstützung Österreich etwas wissen will. Man würde umgekehrt selbst der loyalsten und sichersten Neutralität die aktive Unterstützung Preußens in seinem Entscheidungskampfe mit Österreich vorziehen . . . Unser Schicksal ist mit demjenigen Preußens kraft geographischer Notwendigkeit verflochten" [3]).

---

[1]) Vom 4. 1. 1865.
[2]) d. i. Schleswig-Holsteins.
[3]) s. Nr. 630 vom 12. Juni 1866.

Es ist um so auffälliger, daß Liesecke's Blatt gerade an jenem 16. Juni 1866 zu erscheinen aufhörte, als die preußischen Truppen in Hannovers Hauptstadt einzogen; es darf das wohl nur als ein zufälliges, wenn auch eigenartiges Zusammentreffen von Ursachen gewertet werden. Was Liesecke zu seinem Rückzuge veranlaßt hat, waren wohl ausschließlich wirtschaftliche Gründe. Denn Liesecke kam, wie es auch in einem Nachruf in Kislings Osnabrücker Zeitung aus dem Jahre 1905, dem Todesjahre Lieseckes, betont wird, „ganz ohne Mittel nach Osnabrück und mußte sich mit unendlicher Mühe vorwärtsarbeiten". Zudem hatte er nicht nur Freunde in Osnabrück[1]). Um so weniger klug und propagandistisch durchaus falsch war es, wenn er dem am „Schlusse des Jahres" 1864 öffentlich Ausdruck gab, indem er schrieb: „Freilich dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir neben der großen Zahl von Freunden auch unsere Gegner gefunden, und wir haben in dieser Hinsicht schon manche bittere Erfahrung gemacht". Ebenso eitel war es, auf die Unterstützung aller derjenigen zu rechnen, „welche ein selbständiges Presseorgan für eine Stadt wie Osnabrück als eine Notwendigkeit betrachten". Es wurden denn auch weder seine Feinde zu Freunden, noch fand er die nachgesuchte Unterstützung. Es kam jener 16. Juni 1866, an dem das preußische Heer in die Hauptstadt Hannovers einmarschierte. Liesecke stellte am gleichen Tage das Erscheinen seines Blattes ein. „Mit der heutigen Nummer," so lauten die etwas bitteren Worte, „treten wir zum letzten Male vor unsere Leser, indem wir uns entschlossen haben, die „Osnabrücker Zeitung" ferner nicht mehr erscheinen zu lassen."

Es folgen dann einige Bemerkungen, die für das damalige Osnabrück und seine Presse bedeutsam sind. „Als wir," sagt Liesecke weiter, „im Anfange des Jahres 1864 den Entschluß faßten, hier eine politische Zeitung zu gründen, gingen wir von der Voraussetzung aus, daß eine Stadt wie Osnabrück, an Größe die zweite des Königreichs, wohl imstande sei, ein solches Blatt zu halten, da das nicht größere Hildesheim deren drei trage; und daß Osnabrück eine solche Zeitung auch halten werde, setzten wir um so eher voraus, als ein offenbarer Mangel in dieser Hinsicht hier herrschte. Die Politik schöpfte man aus auswärtigen Blättern, und da diese kostspielig sind, scharrten sich große Leserkreise zusammen, in denen man dann natürlich den Ereignissen ziemlich spät folgte. An eine öffentliche Diskussion der städtischen Angelegenheiten und freie Besprechung von Gegenständen lokalen Interesses war gar nicht zu denken, da die fremden Blätter sich damit nicht beschäftigen konnten, das dreimal wöchentlich erscheinende hiesige Amtsblatt aber mit äußerster Vorsicht alles zurückwies, was nur irgendwie die Möglichkeit einer Polemik bot oder den Charakter der Opposition trug." Liesecke erzählt dann weiter von jener „Zahl intelligenter Männer", die ihm halfen; von jenen, die „bedenklich den Kopf schüttelten . . . unter Hinweis auf die in Osnabrück herrschenden eigentümlichen Verhältnisse"; von seinen Feinden, „sich umgebend mit dem Schein der Liberalität", und kommt zu dem Schluß: „. . . Man ist hier eben noch nicht daran gewöhnt, die lokalen Angelegenheiten unbeirrt um die

1) s. unten, Rückblick und Ausblick.

Meinung einzelner öffentlich besprochen zu sehen. Hand in Hand mit dieser Ungewohntheit freier Diskussion geht bei einem Teile der Bevölkerung ein eben durch das jahrelange Ruhen jener öffentlichen Diskussion eingewurzelter Indifferentismus, den zu bekämpfen wiederum Jahre erfordert und materielle Mittel, wie sie uns nicht zu Gebote stehen." Falsch jedoch ist es zu sagen, daß die „neue Landesregierung" Lieseckes Zeitung gezwungen habe, „ihr Erscheinen einzustellen", wie Dr. H. Runge es tut [1]). Das ist schon deshalb unmöglich, weil Lieseckes Blatt ja schon einging, bevor Hannover sich offiziell in eine preußische Provinz verwandelte. Zudem sahen wir, wie Liesecke in der letzten Zeit immer mehr auf Preußens Seite trat und sich im Gegensatz zur hannoverschen Regierung von Österreich abwandte. Das tritt noch einmal deutlich in der letzten Nummer der Zeitung zutage. Es ist wohl die überwiegende Stimmung in Norddeutschland, der Liesecke darin Ausdruck gibt, daß nämlich „trotz der augenblicklich in Preußen bestehenden traurigen und gesetzlosen Verhältnisse dieser Staat dennoch den Kern bildet für eine zukünftige Neugestaltung Deutschlands, daß darum bei seinem Gedeihen jeder Deutsche interessiert ist und daß eine Unterstützung auswärtiger Feinde Preußens ein geradezu selbstmörderisches und landesverräterisches Beginnen ist".[2])

Liesecke war sich aber trotz seines Rückzuges wohl bewußt, was seine Zeitung, die kaum 2 Jahre bestand, für Osnabrück und seine Presse bedeutet hat. „Ein Verdienst," so ruft er selbstbewußt aus, „dürfen wir uns indes für die kurze Zeit unserer Wirksamkeit vindizieren: die hiesige Presse aus ihrer Apathie geweckt und ein lebhafteres Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten in der Bevölkerung angeregt zu haben".

Da die Zeitung mitten im Quartal einging, erhielten die bisherigen Abonnenten für den Schluß des Quartals an Stelle der Osnabrücker Zeitung ein anderes Blatt, die „Hannoverschen Anzeigen". Denjenigen aber, die sich damit nicht einverstanden erklärten, wurde der betreffende Teil ihres vierteljährlichen Zeitungsgeldes zurückerstattet.

## Die Osnabrückischen Anzeigen.

In dem gleichen Jahre 1864 erfuhren auch die Osnabrückischen Anzeigen eine wesentliche Erweiterung. Zweifellos war sie durch Lieseckes Unternehmungsgeist angeregt.

Am 1. April war zunächst der Abonnementspreis auf 1 Thlr. 20 Gr. für das Jahr (= 12½ Gr. vierteljährlich) herabgesetzt worden, jedenfalls ein Zeichen dafür, daß technische Fortschritte vorliegen. Eine gleichzeitige Notiz der Redaktion lautet: „Die Behörde, unter deren Aufsicht die Anzeigen erscheinen, bezweckt damit zugleich den Anzeigen eine noch größere Verbreitung zu verschaffen und die Anzeigen tunlichst jedermann zugänglich zu machen". Interessant ist darin der Satz: „In der Aufnahme der Artikel wird mit Unparteilichkeit verfahren. Was sich zur Ver-

---

[1]) In der Festschrift zur Feier des 200jährigen Bestehens der Buchdruckerei J. G. Kisling zu Osnabrück. 1909, Seite 46.

[2]) Lieseckes freundliche Stellung Preußen gegenüber erhellt auch ganz deutlich aus der damaligen Osnabrücker Flugschriftenliteratur; s. unten am Schluß des Kapitels.

öffentlichung eignet, nicht gegen Sitten und Gesetz verstößt, dem wird die Aufnahme nicht versagt. Politik ist natürlich ausgeschlossen. Dagegen wird die unentgeltliche Aufnahme[1]) gemeinnütziger Nachrichten gern befördert und um deren Zusendung ersucht."

Als verantwortlich hatten bisher immer noch abwechselnd die Regierungsräte Lodtmann, Wyneken, Bezin und Heydenreich gezeichnet, obschon R. Meyer, der Enkel der letzten Kisling und Erbe der Kislingschen Druckerei, seit dem 26. März 1853 die Verwaltung des Intelligenzkontors allein inne hatte. R. Meyer bezog jedoch für seine Tätigkeit von der Regierung ein festes jährliches Gehalt (seit 1863 waren es 500 Thlr.). Allein mit dem 1. Juni 1864 übernahm er auch die Verantwortlichkeit. Das Impressum lautete folgendermaßen: „Druck, Verlag und Redaktion unter Verantwortlichkeit der Kislingschen Buchdruckerei", seit dem 6. Juni endlich wurde R. Meyer darin namentlich als „für die Redaktion verantwortlich" bezeichnet.

Hand in Hand ging die nunmehrige tägliche Erscheinungsweise der Osnabrückischen Anzeigen (seit dem 1. Juni), so daß Osnabrück nun, fast wie über Nacht, zwei Tageszeitungen besaß. Das Blatt wurde jetzt täglich mittags ausgegeben, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, an denen keine Nummer erschien. Etwa gleichzeitig tauchen in ihm die ersten Berichte über die Osnabrücker Schwurgerichtsverhandlungen auf. In der zweiten Juninummer wird eine Rubrik „Literatur" eingeführt, die literarischen Neuerscheinungen dienen soll. Auch baut sich langsam eine Art provinziellen Teiles aus, worin über allerlei Ereignisse aus der Umgegend fortlaufend unterrichtet werden sollte. Die Anfänge eines städtischen Teiles liegen ebenfalls in dieser Zeit. Außer den Schwurgerichtsverhandlungen gehören etwa Kritiken und Besprechungen über öffentliche Vorträge hierher, die jetzt bedeutend mehr gepflegt werden, wöchentliche Veröffentlichung der Zivilstandsregister der Stadt und ähnliches. In ihrer „Ankündigung" (Nr. 84) war das alles von der Redaktion in folgenden Worten bezeugt worden: „Die Osnabrückischen Anzeigen werden in ihrem ersten Teile nach wie vor den amtlichen Charakter behalten, und Bekanntmachungen der Verwaltungs-, Justiz- und Militärbehörden geben. Daran schließen sich wie bisher Nachrichten und Ankündigungen der Privatpersonen. Was alsdann als Raum übrigbleibt, denken wir mit Gegenständen der Unterhaltung und Belehrung, wie auch mit Tagesneuigkeiten aus Stadt und Provinz auszufüllen, und haben dabei ganz vorzüglich die Besprechung gemeinnütziger Angelegenheiten, teils im allgemeinen, teils in besonderer Beziehung auf unsere Stadt und Provinz vor Augen . . . Betreffs mancher städtischen und größere Kreise umfassenden volkswirtschaftlichen Tagesfragen, die so nahe an uns heran treten, daß wir uns ihrer näheren Erwägung nicht werden entziehen dürfen, ist es keineswegs unsere Absicht, einen einseitigen Standpunkt für und wider zu vertreten; wir lieben vielmehr den alten Grundsatz, daß man beiden Parteien das Ohr leihen, alles prüfen und das Gute behalten müsse . . . Es sind daher Mitteilungen von kundiger Hand über Zunft, Gewerbefreiheit, Handelsvertrag, Zoll-

---

1) s. Seite 38 und 20 f.

verein, städtische und Gemeindeangelegenheiten usw. jeder Zeit willkommen, welche Ansicht auch immer darin vertreten sein möge, wenn sie nur leidenschaftslos und mit Ruhe geschrieben sind, und zur Aufklärung der Leser dienen können. Für brauchbare Originalaufsätze dieser Art wird auf Verlangen ein anständiges Honorar gezahlt werden."

Doch sollte mit diesen Fortschritten und Erweiterungen des Blattes vorläufig nichts im Verhältnis der Druckerei Kislings zur Regierung geändert werden. Das betont Regierungsrat Bezin in der Nummer vom 6. Juni ausdrücklich, wenn er darin sagt: „Die tägliche Ausgabe der Osnabrückischen Anzeigen und die Erweiterung des Raumes zur Besprechung gemeinnütziger Angelegenheiten entspricht der bereits früher zu erkennen gegebenen Absicht, das Blatt möglichst gemeinnützig zu machen. Im übrigen hat das Blatt keine Veränderung erlitten. Das Blatt ist das amtliche Blatt für den Landdrosteibezirk Osnabrück und Eigentum der königlichen Landdrostei, welche die Ueberschüsse zu gemeinnützigen und milden Zwecken verwendet. Die Verantwortlichkeit für die Redaktion hat der Buchdruckereibesitzer R. Meyer übernommen". Als Redakteur soll in jenen Jahren der aus der 48er Zeit als besonders scharfer Demokrat uns bekannte Lehrer Carl Rosenthal[1]) berufen worden sein, damit er, nach einer Notiz Lieseckes, für eben solchen Inhalt der „Anzeigen" sorge, wie seine „Zeitung" ihn bot.

Während aber Lieseckes Osnabrücker Zeitung bereits nach zweijährigem Bestehen hauptsächlich aus finanziellen Gründen zu erscheinen aufhören mußte, gestaltete sich die Lage der Osnabrückischen Anzeigen offensichtlich immer günstiger. Die Zahl der Abonnenten war von 591 im Jahre 1858 auf 711 im Jahre 1862 gestiegen, die Gesamtauflage hatte sich von 738 auf 861 erhöht. 1863 hatten die Anzeigen sogar eine ungefähre Auflage von 1000 Stück erreicht. So konnte die Redaktion am Ende des Jahres 1865 ihren Lesern mitteilen: „Wir stehen am Ende des zweiten Jahrgangs seit der im mitzuteilenden Lesestoff vorgenommenen Erweiterung der Osnabrückischen Anzeigen, und können mit der Aufnahme, welche diese Veränderung im Publikum gefunden, mehr als zufrieden sein, da die Zahl der Abonnenten vom 1. Juli 1864 an beständig zugenommen hat und auch die der Mitarbeiter im Zunehmen begriffen ist . . . Unser Blatt wird daher am 1. Januar 1866 unter völliger Beibehaltung der bisherigen Tendenz in größerer, dem Leser bequemerer Form erscheinen". Es war das Doppelfolio, das Format der Zeitung Lieseckes, welches die Anzeigen nun annahmen.

Mit dem 1. Januar 1866 wurde der Abonnementspreis freilich wieder erhöht, nunmehr auf 16 Silbergroschen für das Vierteljahr. Wie die damalige Ankündigung verhieß, sollte das Feuilleton jetzt hauptsächlich Stoffe aus Geschichte, Naturkunde, Kunst, Handels-, Gewerbe- und Ackerbauwissenschaft bringen; vor allem aber sollte es der Heimatkunde dienen.

Am 4. Oktober konnten die Anzeigen ihr hundertjähriges Bestehen feiern. Es geschah das, fast möchte man sagen, in der Stille. Ganz nüchtern erinnern daran nur folgende wenige Zeilen: „Heute vor

---

[1]) s. oben 2. Kapitel, den Abschnitt vom Tageblatt.

hundert Jahren, den 4. Oktober 1766, erschien die erste Nummer der Osnabrückischen Anzeigen, damals Intelligenzblätter genannt. Jeden Sonnabend Morgen um 9 Uhr wurde ein Stück herausgegeben, die vierteljährige Pränumeration betrug 12 Mgr. Wer etwas einrücken zu lassen hatte, mußte dasselbe bis zum Donnerstag Vormittag einsenden; ein nicht zu großer Artikel kostete 3 Mgr. Druck von Johann Wilhelm Kisling. Redaktion und Expedition hatte der Rechtskandidat Huxmann übernommen, welcher hinter der St. Johanniskirche wohnte. Die erste Nummer umfaßte 16 Spalten, von denen 8 den amtlichen und Privatnachrichten, 8 einer Abhandlung von Justus Möser über den Verfall des Osnabrücker Linnenhandels gewidmet waren. Ganz in derselben Weise hat das Blatt lange bestanden; aber wie sind seitdem die Zeiten anders geworden! War gleich das sogenannte „Wochenblatt" kein politisches Organ, so führen uns doch schon allein die amtlichen Bekanntmachungen unter den wechselnden Regierungen ein hübsches Stück Geschichte an den Augen vorüber". In demselben Rückblick versprach man schließlich, was allerdings meines Wissens nie geschehen ist, „von Zeit zu Zeit etwas aus der Chronik der Anzeigen mitzuteilen".

Die wenigen Monate, die zwischen diesem 4. Oktober 1866 und der Einverleibung Hannovers in Preußen lagen, hatten genügt, aus den Anzeigen ein politisches Organ zu machen.[1]) Die preußische Landesregierung, der die Osnabrücker Landdrostei von jetzt ab unterstand, sandte vom offiziösen Pressebüro in Berlin eigene Redakteure, die den Wandel der alten amtlichen Anzeigen in ein offiziöses politisches Organ vornahmen.[2]) So finden wir denn auch bald schon unter den politischen Artikeln, den ersten des hundertjährigen Blattes, das Berliner Korrespondenzzeichen (P. = C) [3]), und es nimmt kein wunder, wenn sich in diesem Lichte der Uebergang Hannovers zu Preußen durchaus ruhig und den Wünschen der Bevölkerung entsprechend vollzog. Anläßlich des ersten Jahrestages der Schlacht bei Königgrätz fällt etwa die einfache Bemerkung: „Auch ohne lärmende Festfeier ist überall zutage getreten, daß unser Volk freudig bekennt, was es durch die Taten seines Heeres und durch die Politik der Regierung, welche diese Taten zu nutzen verstand, gewonnen und erreicht hat". Am Schluß desselben Jahres 1867 bringen die Anzeigen einen Aufsatz, darin es im gleichen Sinne heißt: „Der Aufschwung der Gemüter in unserem Volke und die Wiederbelebung des gegenseitigen Vertrauens haben auch die Lösung einer weiteren wichtigen Aufgabe erleichtert, welche das vorige Jahr dem Jahre 1867 überwiesen hatte: die Aufgabe der inneren Verschmelzung der neuen Provinzen mit der alten preußischen Monarchie; die gewichtige und hocherfreuliche Tatsache steht fest, daß es schon heute keine politische Schwierigkeit und auch keine erhebliche Schwierigkeit für die Verwaltung der neuen Länder mehr gibt. Die Verfassung ist mit allen Rechten und

---

[1]) Einzelne politische Nachrichten weist allerdings schon das vorhergehende Jahr 1865 unter den „Neuesten Nachrichten" auf.

[2]) s. Runge a. a. O. Seite 46.

[3]) Wohl das Zeichen für die von Oberregierungsrat Dr. Hahn besorgte „Provinzial Correspondenz" des Berliner „Centralpreßbureaus"; diese wurde, wahrscheinlich seit 1863, vielen regierungsfreundlichen Zeitungen, vor allem aber den Landesbehörden und den Amtsblättern gedruckt zugesandt. S. Wuttke, a. a. O., Seite 132.

Freiheiten für die Bevölkerung der neuen Provinzen seit dem 1. Oktober in Geltung getreten, jeder Ausnahmezustand ist aufgehoben; die Verwaltung der neuen Provinzen aber vollzieht sich überall mit derselben Ordnung, derselben Zuversicht und gleichmäßigen Sicherheit wie in den alten Teilen der Monarchie, ohne daß irgendwo in der Haltung der Bevölkerung irgend ein bedenkliches Anzeichen, geschweige denn irgend ein Widerstreben hervortritt. Diese äußere und, wenn nicht alle Anzeichen trügen, auch die innere Verschmelzung der neuen Landesteile mit unserer Monarchie vollzieht sich rascher, als es sich irgend erwarten und ahnen ließ: ein gut Teil dieser Aufgabe ist im Jahre 1867 bereits erfüllt, und für die wichtigsten nationalen Beziehungen und Zwecke darf die Einheit des Geistes und Willens in der gesamten Bevölkerung des erweiterten preußischen Staates schon jetzt als unzweifelhaft gelten, wie denn auch die Vertreter der neuen Provinzen im Landtage und im Reichstage sich in ihrer Mehrheit als Stützen der wesentlichen Bestrebungen unserer Regierung erweisen. (P. = C)."

Damit treten wir in jene Periode ein, wo auch die Osnabrücker Zeitungen viel von ihrer bisherigen Originalität und Bodenständigkeit zugunsten des uniformierenden und nivellierenden Bestrebens der politischen Korrespondenzbüros einzubüßen beginnen. Es zeigt sich jetzt zwar überall ein wenigstens technisch gewaltiger Aufschwung, allein die Zeitung als Einzelerscheinung hat trotzdem von dem ihr bisher eigenen Reize viel verloren. Aus der einfachen, lokalgebundenen Nachrichtenvermittlerin ist die nivellierte Parteizeitung geworden.

## Das „Osnabrücker Sonntagsblatt".

Liesecke hatte, nachdem er seine „Osnabrücker Zeitung" aufgegeben, schon daran gedacht, wieder nach Bremen zurückzukehren, wo er vor 1864 zuletzt gewesen war. Doch war es schließlich die Sorge um seine Familie, die ihn in Osnabrück zurückhielt. Er mochte gefürchtet haben, in der nun preußisch gewordenen Stadt, auf deren Leben der plötzlich erfolgte politische Umschwung anfangs lähmend wirken mußte, fürs erste kaum wieder zu einem eigenen Organ zu gelangen. Allein schon im Winter 1866 begannen, wie Liesecke in seinen Erinnerungen schreibt, „die Geschäfte sich wieder zu beleben", und Liesecke füllte die Zeit bis zum Ausgang des deutsch-französischen Krieges damit aus, daß er es, gleichsam per interim, mit einer Wochenschrift versuchte, die er „Osnabrücker Sonntagsblatt" nannte. Nach entsprechenden Vorbereitungen im Dezember 1866 konnte er sie bereits am 1. Januar 1867 erscheinen lassen. Sie kam seitdem jeden Sonntag Morgen heraus, und zwar im Folioformat (seit dem 1. April nur wenig vergrößert). Der durchschnittliche Umfang betrug 4 Seiten, wovon 1 bis 1½ Seiten Anzeigen waren. Der Abonnementspreis betrug 7½ Gr. für das Vierteljahr. Seltsamerweise fügte Liesecke der wöchentlichen Ausgabe bald am Dienstag Abend sowie am Freitag Morgen je ein zweiseitiges Beiblatt hinzu. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete Alexander Liesecke selbst. Die erste Seite begann mit dem Feuilleton, die es nicht selten ganz in Anspruch nahm. Daran schlossen sich die politischen und lokalen Nachrichten. Die

beiden Beiblätter enthielten jedoch nur aktuelle politische und lokale Mitteilungen.

Liesecke bezeichnete sein Blatt wiederholt als das erste und einzige nationalliberale Parteiblatt in Osnabrück. Er betont den „Standpunkt der nationalen Einigung Deutschlands“ und will sich bemühen, „an den Bausteinen tragen zu helfen, welche bestimmt seien, das deutsche Einigungswerk zu vollenden“. Namentlich geschah das in der bald einsetzenden Polemik mit dem Verleger der „Anzeigen“, der seine Zeitung nun ebenfalls als nationalliberal ausgab [1]).

Damals bestand neben den „Anzeigen“ nur noch der Kirchen- und Volksbote, der nach Lieseckes Worten [2]) „den partikularistischen und ultramontanen Anschauungen in vollem Maße huldigte“. Liesecke, der in seiner „Osnabrücker Zeitung“ bereits liberal-unitaristische Gedanken entwickelt hatte, hielt es also für geboten, „demgegenüber ein Organ zu schaffen, daß die Interessen der liberalen Partei in politischer und kirchlicher Beziehung“ vertrete.

Doch standen auch diesmal wohl wieder hemmende wirtschaftliche Nöte im Hintergrund, die der neuen Wochenzeitung nur eine kurze Lebensdauer gestatteten. Dazu kamen andere Momente. Die Reichstagswahlen im März 1871 brachten den Osnabrücker Liberalen eine empfindliche Schlappe; sie wiesen nach Lieseckes Worten „dringend auf die Notwendigkeit eines größeren, wirksameren liberalen Organs für unseren Wahlkreis“ hin. Und damals mag es gewesen sein, daß Liesecke zuerst den Gedanken entwarf, ein großes liberales Parteiorgan in Osnabrück zu schaffen und das Sonntagsblatt darin aufgehen zu lassen.

Kurz vorher (Ende 1870) waren die eben gegründeten „Neuen Volksblätter“ zum ersten Male in die Arena der Polemik getreten und hatten den Ausspruch getan: „Die Nationalliberalen sind tot!“, dessen Wiedergabe Liesecke damals in seiner Zeitung den bissigen Satz anhängte: „Und die Ultramontan-Partikularisten können sich begraben lassen!“ Diese neue Konkurrenz, die Liesecke, wie er damals immer wieder betonte, am liebsten hätte „zu Grabe geleiten“ mögen, und die bereits angedeuteten Bestrebungen Kislings werden das so rasche Ende des Sonntagsblattes entschieden haben. Liesecke war gewillt, eine liberale Tageszeitung zu begründen; bei diesem Plane schien ihm das Sonntagsblatt nur noch die Anregerin zur Ausführung zu sein; seine Aufgabe sei mit dieser Vorläuferrolle erloschen.

Von dem Sonntagsblatt sind im ganzen 248 Stück erschienen. In der letzten Nummer vom 24. September 1871 verabschiedete es sich u. a. mit den Worten: „Das Sonntagsblatt fällt nicht als ein verdorrtes Blatt vom Baume der Journalistik, es wird gebrochen, um einer fruchtbringenderen Knospe zu weichen“. Und wirklich erschien bereits 8 Tage später die erste Nummer von Lieseckes „Osnabrückischen Anzeigen“.

## Flugblätter.

Aus jener Zeit stammen zahlreiche Osnabrücker Wahlflugblätter, sei es für die städtischen Wahlen zu Bürgervorstehern usw., sei es zur

---

[1]) s. unten, nächstes Kapitel.
[2]) In Nr. 248 vom 24. September 1871.

Ständevertretung in Hannover. Interessant ist, daß sich an den meisten gleich der Stimmzettel mit den Namen der von einer Partei gewünschten Kandidaten befindet. Unterzeichnet waren sie meist von den Hauptvertretern einer Partei oder von „mehreren Bürgern“.

Als das Jahr 1867 die Wahlen zum norddeutschen Parlament und Reichstage brachte, agitierte man in Osnabrück für zwei Kandidaten: Von liberaler Seite für den damaligen Osnabrücker Bürgermeister Miquel, von katholischer Seite für Baron v. Korff. Die Flugblätter für Miquel waren fast alle bei Kisling, einige auch bei Liesecke, die für Baron v. Korff bei Evering gedruckt. Auf einem solchen Flugblatte heißt es z. B. sehr wirksam: „Wer sein deutsches Vaterland liebt, wer der hannoverschen Heimat Bestes erstrebt, wer auf sich selbst und sein eigenes Interesse sieht — der wähle Miquel!“

Auf die 64er Ereignisse nehmen nur zwei Osnabrücker Flugblätter Bezug. Das eine ist nur ein Abdruck einer Ansprache des 36er Ausschusses der deutschen Abgeordnetenversammlung in Frankfurt a. M., die sich gegen den Einmarsch Preußens und Oesterreichs in Schleswig-Holstein wendet. Das andere stellt eine Einladung zur Volksversammlung für Ostermontag, den 28. März 1864, dar. Es ist dieses Blatt von 33 Osnabrücker Bürgern, dem „Ausschuß für die Verteidigung der Rechte Schleswig-Holsteins“ unterzeichnet. Am Schluß der darunter befindlichen Resolution heißt es: „Noch immer fehlt uns eine geordnete Vertretung der Nation — ein deutsches Parlament! Deshalb erhebt das Volk unmittelbar seine Stimme. Wir lassen nicht ab, die nationalen Forderungen beharrlich auszusprechen, die Inhaber der Gewalt zu mahnen und zu warnen. Verhallt jene Mahnung erfolglos, so mögen die Schuldigen dem verdienten Geschick anheimfallen“.

1866 jedoch ist die Osnabrücker Flugschriftenliteratur wieder stärker. Am Einzugstage der Preußen in die hannoversche Hauptstadt erschien das erste Blatt, das zur Ruhe und Ordnung und zum Schutz gegen Angriffe auf Personen und Eigentum ermahnte. Es enthielt zugleich die Aufforderung, „zu solchem Zwecke Sonntag mittag 12 Uhr auf dem Friedenssaale zusammenzutreten, um das weitere zu besprechen“. Doch bieten diese Flugblätter eigentlich wenig Interessantes. Die Ereignisse hatten sich wohl zu sehr überstürzt, man stand ihnen fassungslos gegenüber. Der einzige Gedanke, der in allen jenen Flugblättern zum Ausdruck kommt, ist die Bitte um Bandagen und Nahrungsmittel für das Militär. Für die Stimmung in Osnabrück sehr bezeichnend ist jedoch folgendes, am 8. Oktober bei Liesecke gedrucktes Flugblatt: „Nachdem es gestern öffentlicht bekannt gemacht ist, daß die Bürgerschaft Osnabrücks ihre Freude und Zufriedenheit über die Einverleibung in Preußen durch Flaggen in beliebigen Farben bekunden könne, so ersuchen wir unsere Mitbürger, heute die Häuser mit Fahnen zu schmücken. Das Komitee!“ — Die welfische Bewegung, die seit 1867 eine Unmasse von Flugschriften hervorbrachte, hat denn auch in Osnabrück seltsamerweise kein einziges Flugblatt gezeitigt; wenigstens ist uns keins erhalten.

# II. Teil.

# Die Osnabrücker Presse vom deutsch-französischen Kriege bis zur Gegenwart.

### 5. Kapitel.

## Die Osnabrückischen Anzeigen und die Auseinandersetzung zwischen Kisling und Liesecke.

Überaus interessant für die Geschichte der Osnabrücker Presse wurde der 1. Oktober 1871. Mit ihm beginnt der eigentliche Konkurrenzkampf in der Osnabrücker Presse. Seit dem deutsch-französischen Kriege lag das Gefühl in der Luft, daß sich in dem nun einigen Deutschland eine größere, schönere Zeit anbahnen müsse. Die Folge war ein überall instinktiv hervorbrechender Fortschrittsgedanke und Fortschrittswille, wie er notwendig Widerstände erzeugen und Reibungen hervorbringen mußte. Während die soeben politisch gewordenen, über 100 Jahre alten „Osnabrückischen Anzeigen" darnach trachteten, den sich immer günstiger gestaltenden politischen Boden noch mehr zu bebauen, und zwar im Sinne der Liberalen, wollte die Regierung dem bisher konservativen Regierungsorgane seinen uralten regierungsfreundlichen Charakter erhalten und wählte als nunmehrigen Verleger die Firma Liesecke. So erleben wir denn in Osnabrück die seltsame Tatsache, daß dicht nebeneinander her zwei Zeitungen mit gleichem Titel und anfangs auch fast gleicher Richtung existieren: die alten „Osnabrückischen Anzeigen", welche Liesecke nunmehr weiterführte, und die neuen „Osnabrückischen Anzeigen" Kislings, welche über die alten, bisher bei ihm verlegten Regierungs-Anzeigen hinaus sich zum liberalen Parteiblatt entwickelten und uns heute als „Osnabrücker Zeitung" bekannt sind.

Der Entwicklung voraus geht die der politischen Vereine in Osnabrück, wie sie sich infolge der politischen Ereignisse immer stärker herausbildeten. Neben dem Verein deutscher Katholiken und dem 1863 in Leipzig begründeten sozialistischen allgemeinen deutschen Arbeiterverein, denen es beiden an klaren Zielen und festen Programmen nicht fehlte, waren es vor allem der Nationalverein, der Vaterländische Verein und der Protestantenverein, die sich gegenseitig, hauptsächlich aus religiösen Gründen, befehdeten, obschon sie im Grunde genommen eigentlich enger zusammengehörten und verwandten Zielen zustrebten. Allein, „wo, wie hier, kirchliche Parteileidenschaften hineinspielen, ist jeder

Versuch einer Einigung aussichtslos". So schrieb Liesecke damals und fügte hinzu: „Ultramontane, Welfen und Sozialdemokraten reiben sich schon vergnügt die Hände ob des unter ihren Gegnern ausgebrochenen Haders". Es kam jedoch zur schließlichen Einigung zwischen dem Nationalverein und dem Protestantenverein, die sich beide als nationalliberal fühlten und ihre Gegner vom orthodoxen vaterländischen Verein, d. i. die Konservativen, an Stärke weit übertrafen. Während nun „Kislings Osnabrückische Anzeigen" das Organ der Nationalliberalen wurden, wurden die offiziellen „Osnabrückischen Anzeigen" Lieseckes das der Konservativen. Beide entwickelten sich zum Sprachrohr der von ihnen vertretenen streitenden Parteien; beide sahen aber in dem Gegner nicht selten nur den persönlichen Geschäftskonkurrenten, wobei besonders der gleichlautende Titel zu mancher unfreiwilligen Komik Anlaß gab.

Den Auftakt zu dem Verlagswechsel der „Osnabrückischen Anzeigen" und der auf ihn folgenden Auseinandersetzungen gab die am 1. September in dem Regierungsblatte veröffentlichte Bekanntmachung der Landdrostei, die vom 10. August datiert war: „Vom 1. Oktober d. J. ab erscheinen die „Osnabrückischen Anzeigen" in dem Verlage des Buchdruckereibesitzers Alexander Liesecke hierselbst. Dieselben bleiben wie bisher der amtliche Anzeiger für den Bezirk der Landdrostei."

Wenn sich auch über diesen Umschwung keine Akten vorgefunden haben [1]), so sind die Gründe dafür doch ohne Zweifel die oben bereits angedeuteten, mag die Angelegenheit auch später aus Geschäftsrücksichten oft anders dargestellt worden sein. Ich sehe keinen Grund, weshalb man von einem „ungewöhnlichen Schritte" [1]) des damaligen Landdrosten sprechen sollte; anderseits war es das gute Recht Kislings, „auf Zureden von Freunden und Gesinnungsgenossen" [2]) an Stelle des bisherigen Regierungsorgans ein nationalliberales, von der Regierung gänzlich unabhängiges Blatt herauszugeben. Trotzdem aber fühlten sich beide Parteien durch die alleinige Existenz des gegnerischen Blattes schon benachteiligt.

Es scheint übrigens, als ob Liesecke gern Verleger des von den Liberalen geplanten unabhängigen Blattes geworden wäre; er selbst erzählt in seinen Erinnerungen, daß er daran gedacht habe, „hierzu das Sonntagsblatt umzuwandeln" [3]). Während er jedoch „durch die traurigen Erfahrungen mit der Osnabrücker Zeitung bedenklicher geworden", noch verhandelte und Garantien für den Bestand des neuen Blattes von der liberalen Partei wünschte, sei der „Drucker und Verleger der „Osnabrückischen Anzeigen" ihm zuvorgekommen", indem er plötzlich den Kontrakt mit der Regierung kündigte und das „während der Kriegszeit wieder lukrativ gewordene Blatt auf eigene Rechnung" herausgab. Da die Regierung jedoch neben dem nationalliberalen Parteiblatt ihr Amtsblatt behalten wollte, habe Liesecke seinen ursprünglichen Plan fallen gelassen und das Regierungsblatt übernommen, für das er durch einen 10jährigen Kontrakt verpflichtet wurde. So kamen die über

---

[1]) Runge, a. a. O., Seite 47.
[2]) Ebendort, Seite 28.
[3]) s. vorhergehendes Kapitel.

hundert Jahre bei der Firma Kisling gedruckten „Osnabrückischen Anzeigen“ in die Hand Lieseckes, der sie „auf eigene Rechnung und Gefahr“ am 1. Oktober 1871 übernahm.

Liesecke ließ die Anzeigen in seinem Verlage ganz so erscheinen, wie sie bisher bei Kisling erschienen waren. Er braucht zwar etwas andere Typen, was sich kaum vermeiden ließ; auch setzte er den „amtlichen Teil“ an den Anfang, indem er alles andere, Politik, Feuilleton und lokalen Teil unter die Rubrik „Nichtamtlicher Teil“, die Privatanzeigen in den „Allgemeinen Anzeiger“ stellt. Aber sonst bleibt alles wie es war. Die letzte Kislingsche Nummer vom 30. September war 227 gewesen; Liesecke beginnt mit Nr. 228. Auch jetzt führen die Anzeigen den Untertitel „Zeitung und amtlicher Anzeiger der Landdrostei Osnabrück“ weiter. Sogar die alte Bezeichnung „Intelligenz-Comptoir“ nimmt er wieder auf; sie wurde „von der Expedition noch bis zum Jahr 1876 fortgeführt“. Was den Verlagswechsel betrifft, so betont Liesecke in einer längeren Erklärung, daß ihm zufolge zwar eine Veränderung der Redaktion eintreten müsse, daß dieselbe jedoch „deren Inhalt und Tendenz nicht wesentlich berühren wird“. Seine Richtlinien gibt er in folgenden Zeilen bekannt: „Die Osnabrückischen Anzeigen werden, unbeschadet ihrer Stellung als amtliches Publikationsorgan der Königlichen Landdrostei Osnabrück, selbständig fortfahren, die innere, wie die äußere Politik vom deutschnationalen Standpunkte aus zu verfolgen, ohne indes sich in das Parteitreiben verwickeln zu lassen . . . In ersterer Hinsicht akzeptieren die Osnabrückischen Anzeigen ohne Rücksicht die endlich vollzogene Einigung des deutschen Vaterlandes . . . Dem auf kirchlichem Gebiete entbrannten Kampfe werden die Osnabrückischen Anzeigen solange als unparteiische Beobachter zuschauen, als der Streit sich um konfessionelle und dogmatische Punkte dreht. Aber sie werden gegebenen Falles entschlossen und energisch für die Rechte des Staates und zur Abwehr von Uebergriffen der streitenden Parteien auf neutrales, staatliches Gebiet in die Schranken treten . . . Der sozialen Frage werden wir diejenige Würdigung angedeihen lassen, welche dieselbe verdient . . . Weit entfernt, die verzweifelten Mittel zu billigen, die bisher versucht wurden, eine gewaltsame Lösung der Frage zu erzwingen, verschließen wir uns gleichwohl nicht der Erkenntnis, daß derartige Ausbrüche gewissermaßen eine notwendige Folge des seither durchaus ungenügenden Standes der sozialen Verhältnisse sind, und daß daher jeder an seinem Teil mitzuwirken hat, den Weg zu einer friedlichen Ausgleichung des bestehenden Konflikts zu bahnen.“

Redaktion und Expedition befanden sich jetzt, wie früher schon bei der Osnabrücker Zeitung Lieseckes, an der Kampstraße Nr. 14. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete bis zum 4. Juni 1873 Chr. Düberg, dann einige Tage Otto Rothenburg, der aber am 17. Juni durch Wilhelm Früh abgelöst wurde. Letzterer zeichnete verantwortlich bis zur Verkleinerung des immerhin für jene Zeit schon außergewöhnlich umfangreichen Blattes zum unpolitischen Amtsblatt (1874).

Lieseckes Anzeigen erschienen, wie wir schon andeuteten, im Doppel-

folioformat[1]) und hatten einen durchschnittlichen Umfang von 4 Seiten. Ein bis eineinhalb Seiten nahm davon gewöhnlich der „Allgemeine Anzeiger“ mit seinen Inseraten in Anspruch. Der Abonnementspreis betrug ursprünglich 1 Thlr. Seit dem 1. Juli 1872 wurde er jedoch aus Konkurrenzrücksichten auf 20 Gr. herabgesetzt. Gleicher Ursache entsprang der Gedanke, die „Anzeigen“, die anfangs wie diejenigen Kislings nachmittags bzw. abends erschienen waren, nunmehr morgens auszugeben zwischen 7 und 8 Uhr. Es geschah seit dem 2. April 1872, um, wie es in der Begründung hieß, „unsern Lesern die neuesten Nachrichten früher als die Abendblätter zu bringen“.

Man sollte annehmen, daß die „Anzeigen“, die doch zum mindesten als offiziös anzusehen sind, politisch parteilos bzw. konservativ gewesen wären. Doch gebärdeten sie sich in Wirklichkeit fast ebenso liberal wie die Kislingschen Anzeigen. Des öfteren weist Liesecke direkt auf den „von den Osnabrückischen Anzeigen vertretenen Liberalismus“ hin; ein andermal identifiziert er die Haltung seines Blattes mit einer Rede des Abgeordneten Professor Virchow im Abgeordnetenhause vom 1. März 1873, der darin u. a. sagte: „Der nationale Gedanke ist und bleibt ein liberaler Gedanke . . . der wirkliche nationale Gedanke, der darauf ausgeht, die Nation als ein sich in einheitlicher Entwicklung darstellendes Glied der Menschheit zu entwickeln, ja, der muß notwendig brechen mit all den kleinen und parteiischen Gedanken, welche aus dieser oder jener Entwicklung vorher ihm noch ankleben, und der deutsche Kaiser muß ein liberalerer Mann sein, als der preußische König, gerade wie der preußische König liberaler sein mußte als der kleine Markgraf von Brandenburg . . . also ich sage, daß in dem Maße, in dem diese Gedanken des Herrschergeschlechtes größer geworden sind, sie auch liberaler geworden sind, und daß in eben dem Maße das kleinliche, polizeiliche, wie man früher sagte, konservative Regieren unmöglicher wurde. Wenn wir nun der Regierung darin folgen, wenn wir ihr in dem Bestreben, diese Befreiung der Nation herbeizuführen, unsere Unterstützung leihen, so stoßen wir eben auf das analoge Verhalten der katholischen Kirche, die dasselbe System der Knechtung der einzelnen ja in einem viel höheren Maße ausübt, als es jemals vom Staate geübt worden ist, und wenn wir nun wünschen, daß die einzelnen nicht nur, sondern die katholische Gemeinde in eine freiere Stellung kommen, so befinden wir uns genau in derselben Entwicklung, die der Staat auf seinem Gebiete auch gemacht hat. Mag nachher jeder einzelne so viel glauben an den Papst und die ultramontanen Organisationen, die sich an ihn knüpfen, wie er will.“

Vor allem aber zieht Liesecke gegen die alleinige Inanspruchnahme des Liberalismus durch Kisling zu Felde. Indem er (1872, Nr. 297) an die ersten Reichstagswahlen im geeinten Deutschland erinnert, für welche die katholische sowohl wie die sozialdemokratische Partei im Osnabrücker Bezirk eifrig agitiert hätten, fährt er fort: „Damals wurde die Forderung nach einem täglich erscheinenden liberalen Blatt wesentlich damit begründet, daß es nötig sei, den „Neuen Volksblättern“ ein

[1]) Die gebundenen Exemplare sind 48½ . 32½.

Organ gegenüberzustellen, welches deren bei den letzten Reichstagswahlen schon sehr bemerklich gewordenen Einfluß paralysieren könne, und wenn Osnabrück seitdem statt eines zwei liberale Tagesblätter erhalten hat, so sollte man meinen, daß die nationale Sache hier gut beraten sei. Dem ist aber durchaus nicht so. Wenn die „Osn. Anz." nach besten Kräften dahin gestrebt haben, der nationalen Sache zu dienen, so wurde ihnen die Arbeit dadurch unendlich erschwert und deren Frucht zum Teil verkümmert, daß ein großer Teil des Publikums, der sich nun einmal für die Schaffung eines neuen Blattes engagiert hatte, nur von diesem Segen und Förderung der nationalen Sache erwartete, und wir würden uns nicht darüber beklagen, wenn wir nur sähen, daß der nationalliberale Verein, der notorisch die Leitung der nationalen Bestrebungen in dieser Stadt beansprucht, durch sein Organ in einer Weise beraten wäre, die nicht angesichts der wachsenden antinationalen Agitation das Schlimmste für das Gedeihen der nationalen Sache befürchten ließe."

Ein andermal spricht Liesecke davon, „wie die liberalen Elemente der Bevölkerung sich in zwei Heerlager spalten, weil die Böswilligkeit eines liberalen Konkurrenzblattes es vorzieht, unsere gut gemeinten Bestrebungen zu verdächtigen und zu verkleinern, anstatt mit uns gemeinschaftliche Sache zu machen zur Bekämpfung der gemeinsamen Gegner". Wir sehen, wie er an dem Liberalismus mit aller Macht festzuhalten sich bestrebt, während Kisling ihm einen „Liberalismus auf Kündigung" vorwirft und ihm vorhält, daß er sich liberal nenne, „weil das Blatt sonst keine Leser finden würde". Auch scheint es Kisling seltsam, daß „die Regierung in einem nicht nur von ihr abhängigen, sondern sogar ihr als Eigentum gehörenden Blatte eine Politik vertreten läßt, zu welcher sie sich nicht selbst bekennt"; er meint, „daß die Regierung überhaupt keine politischen Blätter zu besitzen braucht". Da Liesecke seinem Gegner schließlich Regierungsfeindlichkeit vorwirft, schließt dieser mit den Worten: „Wir glauben an die Aufrichtigkeit der Osnabrückischen Anzeigen nicht und sind in dieser Frage allerdings regierungsfeindlich".

Neben dem Liberalismus besteht Liesecke vor allem auf der völligen Unabhängigkeit seines Blattes, was natürlich ebenfalls aus Konkurrenzgründen geschieht. Wiederholt betont er, daß die Osnabrückischen Anzeigen ebenso unabhängig seien, „als andere Blätter es zu sein sich rühmen". Ein andermal gesteht er, daß die Anzeigen früher zwar abhängig gewesen seien, als Kisling noch ihr Verleger war, daß dieses Abhängigkeitsverhältnis seit Michaelis 1871 nicht mehr bestehe. Schließlich zieht er gegen den Gesinnungswechsel Kislings zu Felde, indem er sagt: „Solange Herr Kisling-Meyer der Drucker, Verleger und zeitweise auch verantwortlicher Redakteur der „abhängigen" Osnabrückischen Anzeigen war, hat er niemals diese Abhängigkeit als einen Mangel gerügt, sondern hat sich den Verdienst in diesem abhängigen Verhältnisse sehr wohl gefallen lassen und ihn möglichst lange konserviert; seitdem aber Herr Kisling-Meyer es vorgezogen hat, der Regierung den Rücken zu kehren und mit der nationalliberalen Partei zu liebäugeln, sind die

Osnabrückischen Anzeigen für ihn und seine Anhänger plötzlich ein verachtenswertes Organ geworden, dessen Existenz mit allen Mitteln untergraben werden muß."

Daß die Polemik zwischen zwei Blättern, die den gleichen Namen führten und die gleichen Ziele zu verfolgen behaupteten, oft ausarten mußte, kann man leicht ermessen. Wenn Liesecke auch einmal versichert: „Wir gehen nicht mit dem Gedanken um, die Kislingschen Anzeigen zugrunde zu richten, sondern nur uns ihrer Konkurrenz zu erwehren und neben ihnen ein anständiges Dasein zu führen" — so ging doch speziell auf seiner Seite der Kampf oft zu weit. Wenn Kisling immer nur von dem hiesigen „Amtsblatt", dem „Blatt der königl. Landdrostei" oder den „Lieseckeschen Anzeigen" sprach, so behauptete Liesecke, das geschähe nur, „um dasselbe möglichst wenig bei seinem richtigen Namen zu nennen", und sprach seinerseits nicht anders als von dem „Blatt ger hiesigen Nationalliberalen" und „Protegé des Herrn Miquel"[1]); oder er nannte die Kislingschen Anzeigen spöttisch die „unabhängige Zeitung für Norddeutschland[2]), vulgo Kislingsche Anzeigen" oder „unabhängige Zeitung für ganz Norddeutschland und einige umliegende Ortschaften", einmal sogar „Schoßkind des Familienklüngels", „das Weltblatt an der Hase" und „hungrige Presse"[3]). Falls Kisling dessen Anzeigen als „amtlich" stempelt, zitiert er am Tage darauf die Kislingschen Anzeigen als „das ‚amtliche' Organ des nationalliberalen Vereins". Am liebsten aber nennt er sie seine „Namensbase am Neumarkt", wobei er dann nie verfehlt, daran zu erinnern, daß Kisling die Bezeichnung „Osnabrückische Anzeigen" unrechtmäßigerweise „annektiert" habe. „Als vor Jahresfrist Kislings Osnabrückische Anzeigen gegründet wurden", schreibt Liesecke im September 1872, „hielt man es am Neumarkt für nötig, die nationalliberale Kontrebande, die man bei den bisherigen Lesern der Osn. Anz. einschwärzen wollte, durch die Flagge der letzteren so weit möglich zu decken. Es wurde deshalb neben sonstigen Manövern außer dem Haupttitel auch der Nebentitel „Zeitung und amtlicher Anzeiger" möglichst genau kopiert, und Kislings Osn. Anz. nannten sich nebenbei Zeitung und öffentlicher Anzeiger."

Es war zu erwarten, daß sich infolge der gleichlautenden Titel der beiden Blätter oft Verwechslungen ergaben. „Postbeamte und wer sonst viel mit den beiden Osnabrückischen Anzeigen zu verkehren hatte, wissen von den dadurch herbeigeführten Verwechselungen zu erzählen", meint Liesecke einmal. Und Kisling betont in seinen Abonnementseinladungen immer wieder, „die Beifügung der Firma Kisling (also „Kislings Osnbr. Anzeigen") ja nicht zu verabsäumen, da im Weglassungsfalle die in Rede stehenden Mitteilungen sonst an die Expedition des vom 1. Oktober an im Lieseckeschen Verlage erscheinenden Amtsblattes gelangen würden". Liesecke hätte am liebsten gehabt, daß man „am Neumarkt Nr. 1" einen anderen Titel angenommen hätte. „Allein", so fährt er fort, ‚die vornehmen Kislings Osnabrückischen Anzeigen quälen

---

[1]) Damaliger Osnabrücker Oberbürgermeister und Freund Bennigsens, mit dem er den Nationalverein gründete.
[2]) Untertitel seit 1873.
[3]) Anspielung auf den Reptilien-Fond.

sich auf jede Weise ab, zu beweisen, daß sie die Osnabrückischen Anzeigen ignorieren und können doch deren Namen und deren Inhalt zu ihrer eigenen Existenz nicht entbehren", um an einer anderen Stelle zu äußern: „übrigens wird der unabhängigen Zeitung für Norddeutschland selbst vor der Anzeigenähnlichkeit bange, und sieht man sich am Neumarkt genötigt, vor den selbst provozierten Verwechslungen zu warnen. Die tendenziöse Weise, in welcher dies in den betreffenden Abonnementseinladungen geschieht, indem zur Vorsicht — wie vor trichinösem Speck! — gemahnt wird, damit man nicht unsere statt der Kislingschen Zeitung erhält, ist mehr als jämmerlich . . . die früher mit angeschlagene Saite vom Liberalismus scheint seitdem gerissen zu sein". Doch hindert das Liesecke anderseits gar nicht, gelegentlich ins gleiche Horn zu blasen und etwa eine ungewöhnlich groß aufgemachte Selbstreklame mit den Worten zu beschließen: „Vor Täuschung wird gewarnt!"

Oft ist ein Anlaß zur Polemik direkt an den Haaren herbeigezogen. Aber Liesecke ergreift ihn, selbst „auf die Gefahr hin, von K. O. A. als offiziöser Polizei-moniteur bezeichnet zu werden". Vor allem polemisiert er gegen die Sonntagsbeilage, das sogenannte Sonntagsblatt, das die Kislingschen Anzeigen vom Dunckerschen Verlag in Berlin bezogen und das ihnen seit dem 8. Juni 1872 beigelegt war. Es scheint, als ob Liesecke anfangs gern dasselbe Sonntagsblatt als Beilage gehabt hätte. Da nun aber einmal die Kislingschen Anzeigen darauf abonniert hatten, durfte es der Dunckersche Verlag natürlich nicht mehr den Anzeigen Lieseckes zusenden, was zu einer langwierigen Auseinandersetzung führte, in die schließlich auch der Dunckersche Verlag selbst mit eingreifen mußte. Liesecke antwortete darauf am 1. Juli 1872 mit Herabsetzung des Bezugspreises, da, wie er sich ausdrückte, „bei so scharfer Konkurrenz, wie sie hier unbestritten besteht, jeder Zug einen entsprechenden Gegenzug bedingt." Weiterhin fordert er seine Leser auf, mit dem so ersparten Restbetrag „neben den Osnabrückischen Anzeigen auf eines der zahlreichen Unterhaltungsblätter nach freier Wahl zu abonnieren", denn er wolle ihnen keine Lektüre bieten, „deren Auswahl und Redaktion sich unserer Kontrolle entzieht, wie es bei der Beilegung eines der verschiedenen zu diesem Zwecke herausgegebenen Sonntagsblätter usw. der Fall sein würde". Höchst unangenehm mußte sich das Mißverhältnis zwischen den beiden angeblich liberalen Blättern vor allem bei den Wahlen bemerkbar machen. Am besten zeichnet die Lage in Osnabrück ein Artikel der Spenerschen Zeitung, den beide Osnabrückischen Anzeigen abdruckten. „Die Einigung der reichsfreundlichen Parteien", heißt es darin, „ist namentlich da eine dringende Notwendigkeit, wo die Ultramontanen numerisch fast ebenso stark sind, wie die reichsfreundlichen Parteien zusammen genommen; dies ist z. B. in unserem Wahlkreise der Fall. Nur ein festes Zusammenhalten aller nationalen und freisinnigen Elemente und eine allgemeine Beteiligung derselben bei den Wahlen kann hier zum Siege über die Ultramontanen und deren Verbündete führen; und dennoch haben sich die Freunde des Reichs in zwei Lager geschieden. Die nationalliberale Partei hat den Obergerichtsanwalt Struckmann, die konservative den Syndikus Dr. André als Reichstagskandidaten auf-

gestellt. Letzterer ist zugleich als Regierungskandidat zu betrachten. Bisher hatte hier eine eigentliche konservative Partei noch nicht bestanden; die nationalliberale Partei ist es gewesen, welche mit großer Rührigkeit an der Konsolidation der Errungenschaften des Jahres 1866 gearbeitet hat; ihr ist es zu verdanken, daß das Welfentum im Fürstentum schwächer ist als im ganzen übrigen Teile der Provinz Hannover."

Aber es dauerte lange, bis es zu einer Einigung kam. Syndikus André blieb der Regierungskandidat. Liesecke, der in der öffentlichen Meinung bisher immer als der Vertreter der Liberalen hatte gelten wollen, stützte ihn seltsamerweise, um nicht ins gleiche Horn blasen zu müssen, wie seine Konkurrenz, die André natürlich „als nicht unabhängig und deshalb für die Wahl ungeeignet" darzustellen suchte. „Auf Grund des bisherigen Besitzstandes beanspruchen Kislings Osn. Anz. die ausschließliche Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten," meinte Liesecke schließlich verärgert. Und der Hannoversche Kurier schrieb im Mai 1873: „Wir werden, wenn nicht die Regierung den Rücktritt Andrés bewirkt, was wir weder wünschen noch glauben, im Osnabrückischen Wahlkreise also das Schauspiel von drei, vielleicht vier Kandidaten haben, welche ein Mandat erstreben. Doch gehen wir nicht so weit, aus diesem Umstande dem Zentrumskandidaten den Sieg zu prognostizieren."

Aber Liesecke, der eine Schwenkung in seiner Parteirichtung vorgenommen und dadurch vor seiner Konkurrenz gewichen war, räumte ihr zu Anfang des folgenden Jahres vollkommen das Feld. Verärgert und resigniert zog er sich aus der politischen Arena zurück, in der er ein so scharfes Schwert geführt hatte. „Wir treten vor unsere Leser heute zum ersten Male in dem bescheidenen Gewande eines Lokalblattes". Mit diesen Worten überraschte er am 1. Januar 1874 seine bishrigen Leser.

Die Gründe, die ihn zu diesem Schritte veranlaßt haben, hatte er selbst am 7. Dezember seinen Lesern folgendermaßen auseinandergelegt: „Bei der mannigfachen Parteigruppierung, namentlich der Stadt und des Amts Osnabrück, hat sich schon seit längerer Zeit das Bedürfnis geltend gemacht, ein Publikationsorgan zu besitzen, das sich frei von der Behandlung aller politischen und kirchlichen Fragen halte und somit allen Parteien ohne Anstoß als Zentralorgan für öffentliche Bekanntmachungen jeder Art dienen könne. In Rücksicht hierauf hat sich der Verleger dieses Blattes infolge mehrseitig an ihn ergangener Aufforderung entschlossen, vom 1. Januar 1874 ab den politischen Teil der Osnabrückischen Anzeigen fallen zu lassen, und ist vorbehältlich der noch zu erwartenden definitiven Genehmigung einstweilen bereits in dieser Beziehung die entsprechende Abrede mit der Königl. Regierung getroffen worden. Der Herausgeber fühlte sich zu diesem Schritte um so mehr veranlaßt, als trotz aller gegenteiligen Versicherungen im Publikum die Ansicht herrschte und von den übrigen hiesigen Blättern geflissentlich genährt wurde, der politische Teil der Osnabrückischen Anzeigen werde von der K. Regierung resp. der K. Landdrostei geleitet, und sei diese daher für dessen Inhalt verantwortlich." — Liesecke hat damit, daß er ein parteiloses Zentralorgan für öffentliche Bekanntmachungen jeder

Art wünschte, den gleichen Gedanken ausgesprochen, den erst 10 Jahre später das Tageblatt voll verwirklicht hat.

Alle politische und kirchliche Polemik war nun aus den Zeilen der Anzeigen verbannt, und damit war in dem Osnabrücker Blätterwalde plötzlich eine seltsame Windstille eingetreten. Das Blatt brachte jetzt neben den bisherigen behördlichen und gerichtlichen Bekanntmachungen und den Privatanzeigen nur noch farblose „neueste Nachrichten", ferner Lokalnotizen über Theater, Konzerte, öffentliche Versammlungen usw. sowie ein kleines Feuilleton. Es erschien wie bisher jeden Morgen. Das Format war wieder das alte Folio, der Umfang betrug 4 Seiten, wie etwa in den 60er Jahren. Der Bezugspreis wurde auf 10 Gr. für das Quartal ermäßigt. Ein zweiter Redakteur war jetzt überflüssig geworden; Liesecke selbst übernahm die alleinige Verantwortlichkeit. Der Untertitel lautete nunmehr: „Amtlicher Anzeiger für den Landdrosteibezirk Osnabrück. Kreisblatt für den Kreis Osnabrück und amtlicher Anzeiger für das Amt Iburg". — In dieser überaus bescheidenen Form eines regelrechten kleinen Kreisblattes erschienen die Anzeigen noch bis Ende 1885.

Damals scheint Liesecke sich mit dem Gedanken getragen zu haben, nochmals eine Vergrößerung zu versuchen. Schon am 18. Juni 1885 hatte er in den Anzeigen bekanntgegeben, daß die Regierung das Amtsblatt und den damit verbundenen öffentlichen Anzeiger im Wege des Lizitationsverfahrens in Verdingung geben wolle, und daß dieses vom 1. Januar 1886 ab wöchentlich einmal in kleinem Quartformat erscheinen werde, und hatte daran die Bemerkung geknüpft: „Ob dieses Blatt nach dem 31. Dezember c. in bisheriger oder veränderter Form fortbestehen oder zu erscheinen aufhören wird, läßt sich heute noch nicht sagen, da dies von verschiedenen bestimmenden Umständen abhängt. Außer ihrer Eigenschaft als amtlicher Anzeiger der Landdrostei Osnabrück sind die Osn. Anz. bekanntlich auch Kreisblatt für die Kreise Stadt und Amt Osnabrück, Wittlage und Iburg; es wird also in erster Linie davon abhängen, ob diese Kreise das Blatt auch ferner als ihr Publikationsorgan beibehalten wollen, oder ob sie ihre Bekanntmachungen durch den mit dem Amtsblatt verbundenen öffentlichen Anzeiger veröffentlichen werden, oder ob sie sich jeder ein besonderes Kreisblatt wählen wollen; an Auswahl unter den hiesigen Blättern und an Anerbietungen dazu fehlt es ihnen nicht."

Am 23. Dezember ließ Liesecke in seinen Anzeigen nun plötzlich eine Abonnementseinladung ergehen, in der er verkündete, „daß dieselben vom 1. Januar an in vergrößertem Formate zum Preise von 2,— M. incl. Postaufschlag oder Bringerlohn pro Quartal erscheinen" würden. Und am 31. Dezember erklärte er: „Mit dem heutigen Tage treten die Osnabrückischen Anzeigen in ihr 120. Jahr, denn Johann Eberhard Stüve sagt in seiner Geschichte des Hochstifts und Fürstentums Osnabrück S. 477: ‚Sonst ist noch während der Minderjährigkeit Friedrichs veranstaltet worden, daß seit 1766 wöchentlich alles, was dem gemeinen Wesen zu wissen nötig und nützlich ist, durch ein Intelligenzblatt bekanntgemacht wird. Dieses Intelligenzblatt wurde später in die Osna-

brückischen Anzeigen umgewandelt, und der Name Intelligenz-Comptoir wurde von der Expedition noch bis zum Jahre 1876 fortgeführt. Das Intelligenzblatt hat seit dem Jahre seiner Gründung mancherlei Veränderungen erfahren, in den letzten 20 Jahren aber wohl mehr, als in den vorhergehenden 100, denn seit 1865 hat es nicht allein Form und Inhalt, sondern auch die Redaktion mehrmals geändert, sowie Drucker und Verleger gewechselt.'" Die Erklärung schließt dann mit den Worten: „Auch heute stehen die Osn. Anzeigen wieder an der Schwelle einer durchgreifenden Veränderung, indem sie ihren bisherigen amtlichen Charakter einbüßen und nur der altehrwürdige Name ihnen erhalten bleibt. Die bisherige Redaktion scheidet in der heutigen Nummer von ihren Lesern mit dem Wunsche, daß dieselben den Osnabrückischen Anzeigen auch in der neuen Phase ihres Daseins treu bleiben werden."

In der gleichen Nummer vom 31. Dezember 1885 findet sich — jedoch nur bei einigen, nicht bei allen Exemplaren – am Schlusse der letzten Seite die Anmerkung: „Der heutigen Nummer der Osnabrückischen Anzeigen liegt für die auswärtigen Abonnenten eine Probenummer der ‚Morgenzeitung' bei."

Die Osnabrückischen Anzeigen hatten damals nach 120jährigem Bestehen und mannigfachen Wechselfällen und Geschicken ihr Ende erreicht. Als eine Art Fortsetzung darf höchstens das nunmehrige „Amtsblatt der Königl. Regierung zu Osnabrück" angesehen werden. Als nämlich das bisherige „Amtsblatt für Hannover" durch die Bestimmung vom 9. Dezember 1885 aufhörte, wurden an dessen Stelle „Amtsblätter mit Anzeiger für jede der sechs Regierungen der Provinz" eingeführt, in Osnabrück das oben genannte Amtsblatt, dessen Druck die Firma Kisling übernahm, „welche unter 8 Bewerbern den niedrigsten Preis gestellt hatte". Anläßlich dieser Tatsache fällt Liesecke, der nun wieder einmal ohne Zeitung dastand, noch einmal in den alten Polemikenton zurück, indem er bemerkt, daß „das zweitgrößte Blatt der Provinz," das sich „zielbewußt" selbst als den „vollständig unabhängigen Hort des Liberalismus von Osnabrück und Umgegend" rühme, es nicht verschmäht habe, „sich um die Ehre eines Kreisblattitels zu bewerben".

Liesecke selbst hatte wohl gehofft, den Druck des Amtsblattes zu erhalten. Denn noch im Juni hatte er von einem gemeinsamen Publikationsorgane für sämtliche Kreise gesprochen, damit man, wie er sagte, „innerhalb des Regierungsbezirks alle Bekanntmachungen der Verwaltungs-, Gerichts- und Polizeibehörden in einem einzigen Blatte vereinigt" finden könne. Als er jedoch von Kisling unterboten wurde, entschloß er sich schließlich zur Herausgabe eines neuen Blattes — des vierten, welches er selbst in Osnabrück begründete – der

## Osnabrücker Morgenzeitung.

Sie stellt Lieseckes Versuch dar, auch für die deutsch-freisinnige Partei ein Organ zu schaffen, nachdem die anderen damaligen Parteien Osnabrücks mit Ausnahme der sozialdemokratischen bereits ihr eigenes Parteiblatt besaßen. Schon am 10. Januar 1874 hatte ein Einsender in den

Osn. Anz. dazu aufgefordert, bei Gelegenheit der damaligen Reichstagswahlen zu all den anderen Kandidaten doch auch einen „Fortschrittler“ aufzustellen, der ja vergessen sei, trotz des „hier herrschenden Fortschrittsgeistes“. Doch mußte auch dieser sein Versuch schließlich scheitern, da das Blatt, wie Liesecke selber in seinen Erinnerungen erzählt, „die zur Existenz nötige Verbreitung“ in Osnabrück unmöglich erlangen konnte, da doch bereits drei große Tageszeitungen vorhanden waren. Nach halbjährigem Bestehen gab denn auch Liesecke dieses Blatt bereits am 1. Juli 1886 wieder auf, bzw. verkaufte es an den deutsch-freisinnigen Verein, der es bei einem anderen Drucker und Verleger, der Firma B. Scholten [1]), herstellen und erscheinen ließ. Aber auch hier verschwand es mit dem 1. Oktober 1887 schon nach eineinvierteljährigem Bestehen, zur selben Zeit, da die Partei selbst zu parlamentarischer Bedeutungslosigkeit herabzusinken begann.

Fast 25 Jahre später tauchte zwar ein erneuter Versuch auf, ein freisinniges Organ in Osnabrück zu schaffen; doch wurde er nicht einmal auch nur für kurze Dauer zur Wirklichkeit. Der Plan hängt zusammen mit den Wahlkämpfen am Ende des Jahres 1910 und der Aufstellung des Exjesuiten Grafen Hoensbroech zum fortschrittlichen Kandidaten für den hiesigen Bezirk. Der Beschluß zur Schaffung eines Parteiorgans, das einmal wöchentlich erscheinen sollte, wurde in der Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei von Osnabrück am 23. November 1910 gefaßt. Danach sollte das Blatt den Titel „Osnabrücker Nachrichten“ führen und in Bramsche gedruckt werden; als Redakteur wurde auch schon ein Felix Sauer in Bramsche berufen. „Bekanntlich wurde,“ bemerkte damals die Osnabrücker Zeitung dazu, „bereits in früheren Jahren der vergebliche Versuch gemacht, ein freisinniges Organ hier einzubürgern“, und weist damit auf Lieseckes einstige Morgenzeitung zurück. Die Osnabrücker Volkszeitung aber gratulierte schon der Fortschrittspartei spöttisch zu der Ehre, demnächst „ihre geistige Nahrung aus Bramsche zu beziehen“. Tatsächlich blieben jedoch die Osnabrücker Nachrichten Architektur, die nie gebaut wurde.

Gleichem Schicksal verfiel schließlich auch eine Inflationsgründung der demokratischen (einstigen fortschrittlichen) Partei, die von der dazu begründeten „G. m. b. H. Tageszeitung“ ins Leben gerufen wurde. Sie nannte sich „Osnabrücker Tageszeitung“ und erschien vom 1. Juli 1920 ab, kam dann aber vom 1. Januar 1921 an in der Druckerei Renard & Wegmann heraus, wo gleichzeitig auch die „Osnabrücker Landeszeitung“ erschien. Aber auch dieser jüngste Versuch der Fortschrittler scheiterte. Gleichzeitig mit der Landeszeitung hat auch die Tageszeitung ihr Erscheinen (Ende 1921) eingestellt. Außer einigen Beilagen haben sich nicht einmal Exemplare erhalten — ein handgreifliches Beispiel unserer kurzlebigen, traditionslosen Zeit.

---

[1]) Jetzt in Ibbenbüren, Drucker des Tecklenburger Kreisblattes.

## 6. Kapitel.

# Die Zentrumspresse.

Zu Beginn des Jahres 1870 existierte neben den Osnabrückischen Anzeigen und dem Osnabrücker Sonntagsblatt, der Nachfolgerin der Osnabrücker Zeitung Liesecke's, nur noch der „Kirchen- und Volksbote“, ein fast reines Unterhaltungs- und Erbauungsblatt. Es erschien seit 1863 und wurde bei J. H. Evering (damals Hegerstr. 14) gedruckt, verlegt aber bei L. Overwetter (Domhof 4a). Als verantwortlicher Redakteur zeichnete bis zum 22. Juli 1866 F. W. Richard, seit dem 20. Januar 1867 B. Overwetter, in der Zwischenzeit der Verleger. Das Blatt erschien in Oktavformat und hatte durchschnittlich 16 Seiten Umfang. Ausgegeben wurde es jeden Sonntag. Der Bezugspreis betrug anfangs halbjährlich 20, seit 1868 aber 22 Groschen; für Inserate berechnete man 1 Gr. für die Zeile.

Der Kirchen- und Volksbote, der im ersten Jahre den Titel „Wochenblatt“ führte, ihn dann aber mit dem neuen Titel vertauschte, weil jener ihm „zu allgemein und zu unbestimmt“ vorkam, war jedenfalls als Fortsetzung der einstigen Beiträge zur Belehrung und Erholung gedacht, von denen es leider nicht zu ermitteln war, wie lange sie nach 1848 noch weiter bestanden haben mögen. Nicht so sehr spricht dafür Format und Umfang wie auch derselbe Drucker, als die gleiche inhaltliche Richtung beider Blätter. Wie einst die Beiträge, so wollte nun auch der Kirchen- und Volksbote ausschließlich den katholischen Kreisen des Osnabrücker Landes dienen. Er empfiehlt sich einmal sogar besonders „an die Herren Pastoren, Kapläne, Vikare und Lehrer“. In diesem Sinne war auch sein Inhalt bald unterrichtender, bald rein unterhaltender, zuweilen auch polemischer Art. Außer größeren kirchenpolitischen Artikeln, etwa über „Kirche, Staat und Schule“ oder über „katholische und protestantische Kultur“, brachte er in der „Kirchlichen Rundschau“ kirchliche Nachrichten aus allen Ländern, Bekanntmachungen der kirchlichen Behörden, Fastenmandate, Hirtenbriefe usw. Der Unterhaltung diente die Rubrik „Vermischtes“, öfters findet sich auch eine kleinere Erzählung. Daneben wurden in der „Politischen Rundschau“ stets knapp zusammenfassende Übersichten über die Entwicklung in der Politik gegeben. 1866 hatte sich das Blatt wegen eines solchen politischen Artikels über den „ersten Akt des deutschen Bürgerkrieges“, worin die Schlacht bei Königgrätz in Österreich freundlichem Sinne dargestellt wurde und worin Sätze standen wie: „Wenn bei solchen Vorgängen dem Patrioten die Geduld reißt, so ist er nicht schuld daran“, oder „Leider darf man nicht alles sagen, was man denkt und denken muß“ — eine „Verwarnung“ von der Regierung zugezogen, weswegen die nächste Nummer erst reichlich verspätet und purgiert erscheinen konnte. 1870/71 begleitete der „Bote“ jedoch mit großem Interesse die Fortschritte des geeinten deutschen Heeres. Sehr viele politische Artikel sind einfach größeren Blättern, der Kölnischen Volkszeitung oder der Germania entnommen. Außer der politischen Rundschau hatte das Blatt dann als

Anhang noch etwa eine Seite Inserate, die sich in der Hauptsache aus literarischen Neuerscheinungen und Marktberichten zusammensetzten.

Die Haltung des Blattes war, vor allem 1870 und in der Folgezeit, äußerst streitbar. Dafür nur ein Beispiel. In Nr. 7 des Jahrgangs 1870, wo von dem Aberglauben in der Umgegend von Osnabrück die Rede ist, wird indirekt das katholische Bekenntnis des Südens gegen das protestantische Norddeutschland ausgespielt, wenn es heißt: „Eines aber möchten wir dabei bemerken, daß man bei solchen Zuständen in nächster Nähe alle Ursache hat, sich nicht immer mit seiner norddeutschen Intelligenz über die Völker des Südens erhaben zu fühlen". Im selben Sinne seien aus der Einladung zum Abonnement auf das Jahr 1871 folgende Sätze angeführt: „In einer Zeit, wo der Haß gegen alles positive Christentum und gegen die katholische Kirche, ihr Oberhaupt, ihre Institutionen und Dogmen eine nie gesehene Höhe erreicht hat, wo die großartigsten Umwälzungen auf politischem Gebiete, zumal in Europa stattfinden, haben wir das größte Interesse an einem Blatte, das für die Wahrheit kämpft und für Recht und Freiheit in Kirche und Staat. Das aber wollen wir, wir halten hoch die Fahne des ewig unwandelbaren Rechtes, der innigen Liebe und Anhänglichkeit an unsere heilige katholische Kirche und an unser deutsches Vaterland!"

Der Kirchen- und Volksbote hat noch einige Jahre nach 1870 weiterbestanden, ohne mehr als die Bedeutung eines bescheidenen, religiösen Familien-Wochenblattes beanspruchen zu können. Seit dem 16. Juni 1872 wurde er in der „Buchdruckerei der Neuen Volksblätter (F. Nolte) in Osnabrück" hergestellt, ohne daß damit auch Verlag und Redaktion sich geändert hätten. Seitdem begannen sich die Inserate ein wenig zu mehren, die es jetzt zuweilen auf zwei Oktavseiten brachten; allein schon kurze Zeit darauf gingen sie wieder merklich zurück. Einmal schwingt sich der „Bote" (1874, Nr. 1) zu einer indirekten Polemik auf, indem er sagt, man habe ihm nie vorwerfen können, „daß er Unterstützung aus dem Reptilienfond oder aus dem Berliner Preßbüro erhalte"; es ist das eine indirekte Kritik an Kislings Osnabrückischen Anzeigen, denen auch Liesecke den gleichen Vorwurf machte.[1]) Gegen die liberale Presse im allgemeinen zieht er übrigens des öfteren zu Felde.

1874 bereicherte sich der Volksbote dann noch durch die Rubrik „Was gibts Neues bei uns?", die eine Art lokalen Teiles darstellen sollte. Sie brachte die einzelnen Meldungen und Berichte jedoch nicht einfach nebeneinander, sondern als Wochen- und Familienblatt ineinandergearbeitet und als Ganzes.

Doch hatte der Volksbote bei seinem völligen Mangel an Inseraten nicht die Unterlage einer dauerhaften Existenz. Auch mochten die Neuen Volksblätter ihn langsam entbehrlich machen. Am Schlusse des Jahres 1875 sah er sich zu der Mitteilung genötigt, „daß der Bote in der bisherigen Form nicht existieren kann". Sein Umfang wurde deshalb seit 1876 auf acht Seiten verringert, sein Bezugspreis auf 6½ Groschen für das Quartal herabgesetzt. Auch wurde die äußere Form etwas aufgefrischt, indem eine Vignette im Titel eingeführt wurde. Die ein-

---

1) s. oben, Seite 62, Anm. 3.

zelnen Beiträge sind des verminderten Raumes wegen ebenfalls stark gekürzt. Man stellt sich mehr aufs rein Unterhaltende ein. Durch einen am 12. September 1879 geschlossenen Vertrag ging der Kirchen- und Volksbote in den Besitz des Redakteurs und Herausgebers der neuen Volksblätter, Antonius Fromm, über, der ihn dann bald ganz eingehen bezw. in die Sonntagsbeilage der nachmaligen Volkszeitung aufgehen ließ.

— —

Auch in dieser Periode tritt deutlich zutage, wie die Entwicklung der Presse gewöhnlich der Entwicklung der Politik und des öffentlichen Lebens zur Seite geht. Es ist die Kulturkampfzeit, infolge der die Osnabrücker Volkszeitung aufkommt.

Unter dem Titel „Neue Volksblätter, Organ der Katholiken Hannovers und der angrenzenden Landesteile“ war dieses Blatt bereits am 1. Oktober 1868 in Hildesheim durch A. Fromm, bisherigen Redakteur an der Kölnischen Volkszeitung, ins Leben gerufen worden. Dort erschien es in der Druckerei von Nolte u. Schneidler dreimal wöchentlich, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, in Quartformat und halber Bogenstärke, und kostete vierteljährlich einschließlich der damals erhobenen Stempelsteuer 15 Gr. Man konnte auch auf die Sonnabendnummer allein abonnieren, sozusagen als Wochenblatt, dessen Preis dann 5 Gr. 6 Pfg. vierteljährlich betrug.

Die Neuen Volksblätter, so hieß es in der Probenummer, die am 12. September 1868 verteilt wurde, „begehren vorderhand bescheidentlich, als liebe Gäste allwöchentlich etliche Male am häuslichen Herde einzukehren, und denken mit der Zeit als eine Art von Hausfreund betrachtet zu werden, der nicht fehlen darf, wenn die ganze Familie abends nach vollbrachtem Tagewerk beisammensitzt und gemütliche Unterredung hält, der sogar manch Wörtchen mit dreinreden wird, bald ein ernstes und erbauendes, bald ein scherzhaftes und erheiterndes, wie's eben kommt . . . Uns Katholiken hier im Norden und sonderlich im Lande Hannover fehlt ganz gewiß ein Blatt, welches warm die katholische Sache vertritt und die Wünsche und Bestrebungen der Katholiken zum Ausdruck bringt, so ein Blatt, das unbeirrt durch die hier und dort herrschenden Meinungen seinen Weg geht und kräftig den absichtlich oder aus Unkenntnis über die katholische Sache und katholischen Institute verbreiteten Unwahrheiten wehrt. Sieh, solch ein Blatt, lieber Leser, möchten wir mit Gottes Hilfe schaffen, ein Blatt, das niemand in seiner religiösen Überzeugung verletzen und stören will, das aber ernst und nachdrücklich das gleiche von anderen verlangt. Du fragst nun, welche Stelle die Volksblätter in der Politik einnehmen werden, da es ja in unserer parteiseligen Zeit einmal Mode ist, sich von vornherein zu einer bestimmten Partei zu bekennen. Zu einer Partei bekennen auch diese Blätter sich, nämlich zu der katholischen Partei, welche im großen und ganzen auch bei politischen Fragen überall von demselben Grundsatze sich leiten läßt, nämlich das verfassungsmäßige Recht zu verteidigen und jeder Bestrebung entgegenzutreten, welche wohlbegründete Rechtszustände auf revolutionärem Wege beseitigen will. Der Herausgeber wird sich

bemühen, in dem beschränkten Raume, in dem sein Unternehmen vorderhand sich halten muß, möglichst ein Gesamtbild des öffentlichen Lebens zu entwerfen . . . Allemal am Ende einer Woche wird dann der Herausgeber einen kurzen Rückblick auf das werfen, was während derselben sich ereignet hat,und in einer politischen Rundschau die hauptsächlichsten Ereignisse auf einen Faden reihen, wie man zu sagen pflegt. Er wird dabei die Ereignisse dem Leser möglichst zurechtrücken . . . Daß wir auf das religiöse Leben unser Augenmerk richten werden, magst du dir leicht denken . . . Wir werden deshalb, wie die allgemeinen Interessen unseres katholischen Glaubens, so auch das kirchliche Leben unserer engeren Heimat ins Auge fassen . . . Darum werden wir auch über der Politik nicht das vergessen, was in der Nähe passiert".

Als Motto hate der Herausgeber der ersten Nummer seines Blattes folgenden Spruch von Guido Görres vorausgeschickt:

Zu des Wissens Erweiterung,
Zu des Lebens Erheiterung,
Deutscher Jugend zur Lehre,
Deutscher Tugend zur Ehre,
Deutschem Lande zum Schutze,
Seinen Feinden zum Trutze,
Gott, dem Höchsten zum Preise
Macht euch frisch auf die Reise.

Die ganze Einstellung dieser neuen Zeitung war, wie aus den obigen Zitaten schon hervorgehen mag, ganz auf die katholische Landbevölkerung berechnet. Es geht ein familiär vertrauter, manchmal etwas altfränkischer Ton durch ihre ersten Nummern und Jahrgänge, wie er nur auf Landvolk und bescheidene Kleinstädter wirken konnte. Die Dienstags- und Donnerstags-Nummern brachten neben der Politik „Nachrichten aus dem Lande", solche über „Gewerbe-, Handels- und Verkehrsverhältnisse", ferner „Markt- und Ernteberichte aus den entlegensten Teilen des Landes", „Handels- und Kursnotierungen", schließlich einen „Notizkalender für Termine und Verkäufe", der aus dem Amtsblatte entnommen wurde. Außer dem Anzeigenteile, der anfangs gewöhnlich kaum eine Seite, zuweilen nur eine einzige der drei Kolumnen füllte, hatten die Volksblätter dann ein kleines Feuilleton. Sehr viele der ersten Erzählungen hat der Herausgeber A. Fromm selbst verfaßt, etwa den „Klausner von Ottbergen" sowie eine ganze Reihe kleinerer Erzählungen, die unter der Rubrik „Aus der Chronik" erschienen. Besondere Sorgfalt wurde von Anfang an der Sonnabend-Nummer gewidmet. Sie müßte, meinte der Herausgeber einmal, „was Apartes haben" und sollte deshalb „außer dem Allernotwendigsten aus der Politik ganz besonders der angenehmen Unterhaltung und Erbauung gewidmet sein". Außerdem sollten die „Nachrichten über kirchliches Leben immer bis zum Sonntagsblatt aufgespart werden, und außerdem Erzählungen und Anekdoten, Erheiterndes und Erbauendes in möglichst reicher Abwechselung bieten". Es sei auch besonders betont, daß das Feuilleton der Volksblätter sich von Anfang an heimatlich einzustellen wußte. Schon im Juni 1871 erschien die erste Osnabrücker historische

Novelle unter dem Titel „Jutta von Ravensberg". Die Sonnabendnummer brachte dann noch jedesmal eine „Politische Rundschau", die noch heute in der „Wochenendsbetrachtung" weitergeführt wird. Als Beispiel einer solchen politischen Rundschau sei die der Probenummer angeführt, in der es heißt: „Ein Krieg spielt zurzeit auf dem Weltschauplatze nicht sein trauriges Stück ab, abgesehen von dem Federkriege, den die verschieden gefärbten Blätter dann und wann aufführen, die Kabinette versichern sich bei allen möglichen Gelegenheiten ihre friedlichen Gesinnungen, die Völker wollen von ganzem Herzen den Frieden — kurz, soweit das Auge reicht, überall die beste Aussicht. Und doch können wir, wenn wir etwa mit bewaffnetem Auge von unserem hohen Standpunkte herabsehen, merken, wie die Menschenkinder meist ganz anderer Meinung sind über die kommenden Tage. Niemand traut dem Frieden über den Weg hin, alle Welt will Tag für Tag ein Wetterleuchten von Frankreich her wahrnehmen, und die öffentliche Meinung kann sich nicht darüber zufrieden geben, daß der Herbst und Winter ohne Krieg vorübergehen werden".

Die Volksblätter scheinen während der zwei Jahre in Hildesheim bereits einen angesehenen Leserkreis gehabt zu haben. Schon 1869 hatten sie statt des Quartformats das größere Folio eingeführt. Redaktion und Herausgabe lag seit dem 1. April d. J. in der Hand von A. Fromm. Sein Blatt wurde, wie er damals bezeugte, „durch zahlreiche Mitarbeiter unterstützt". Auch brachte es damals schon einmal in einer Nummer sechs Seiten. Doch sieht es ein wenig nach Großmannssucht aus, wenn die Volksblätter sagten, sie wollten ihre Leser „während der Dauer des ökumenischen Konzils durch zahlreiche direkte Korrespondenzen aus Rom" unterrichten; können sich diesen Luxus doch heute erst nur die allergrößten Hauptstadtblätter gestatten. Sie wollen schließlich „die Lokalverhältnisse eingehender wie bisher berücksichtigen . . . die Verhandlungen der städtischen Kollegien in Hildesheim, Osnabrück usw. verfolgen und überhaupt den kommunalen und kommerziellen usw. Angelegenheiten gebührende Aufmerksamkeit schenken". Das alles sollte „zum großen Teil in Originalartikeln" geschehen. Gleichzeitig wurde eine Preiserhöhung auf 24 Gr. für das Quartal angekündigt.

In jene Zeit fällt die Gründung eines katholischen Pressekomitees in Osnabrück unter Leitung des Kaufmanns H. Middendorff, das sich die Schaffung eines Zentrumsorgans in Osnabrück zur Aufgabe machte und die neuen Volksblätter bald zur Übersiedlung nach Osnabrück, das zweifellos einen günstigeren Boden für die Weiterentwicklung bot, gewann, und zwar als täglich erscheinendes Blatt. Am 13. Februar 1870 wurde diese Übersiedelung von der Landdrostei in Hildesheim genehmigt. Als Kaution wurde die damals für eine Tageszeitung vorgeschriebene Summe von 3000 Thlr. bei der Osnabrücker Landdrostei hinterlegt. Am 8. März wurde den Lesern mitgeteilt: „Wir werden nun mit dem ersten April d. J. nach Osnabrück übersiedeln und die neuen Volksblätter in vergrößertem Format dort täglich ausgeben". Eine Probenummer war in Osnabrück bereits am 5. März verteilt worden. Darin hatte es geheißen: „Gegenüber den Bestrebungen einer

kleinen, aber rührigen Partei, welche ihre eigenen Begriffe von Recht und Unrecht, Vaterland und Volkswohlfahrt hat, werden wir einstehen für die Erhaltung der berechtigten Eigentümlichkeiten des geliebten Hannoverlandes und fördern die Interessen des gesamten teuren deutschen Vaterlandes. Wir werden die Rechte der katholischen Kirche verteidigen und Angriffe auf dieselbe mit Entschiedenheit zurückweisen. Weit entfernt, den konfessionellen Frieden zu stören, werden wir vielmehr bestrebt sein, die Eintracht unter den verschiedenen Konfessionen zu fördern. Hoffentlich vereint mit den christlich-gläubigen Protestanten werden wir eintreten für die Erhaltung der christlichen Ehe, der christlichen Schule usw., und bei denselben Unterstützung finden in dem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind — den Unglauben und Materialismus".

Am 1. April 1870 begannen nun die Neuen Volksblätter regelmäßig in Osnabrück zu erscheinen. Sie wurden anfangs bei J. H. Evering gedruckt, wo auch die Expedition eingerichtet wurde, die dann aber vom 1. Oktober ab in die Overwettersche Buchhandlung verlegt worden ist. Verleger war jedoch, wie schon zuletzt in Hildesheim, A. Fromm, der auch die Redaktionsgeschäfte leitete.

Als Blatt der katholischen Partei, die bei den Wahlen 1873 von den 22 787 abgegebenen Stimmen 11 130 erhielt, hatten die Volksblätter von Anfang an die beste Aussicht auf Erfolg. Sie begannen in Osnabrück, wie es in Nr. 3 heißt, mit etwa 1500 Abonnenten; eine Lokalnotiz vom 4. Juni 1870 nennt bereits ca. 1600, eine andere Ende des Jahres 1870 fast 1800. In Nr. 69 heißt es sogar, daß „die Neuen Volksblätter von allen Zeitungen im Landdrosteibezirk Osnabrück die bei weitem größte Verbreitung, und auch in Ostfriesland, in Oldenburg, im Münsterland, in Stadt und Stift Hildesheim, im Unter- und Ober-Eichsfelde usw. einen sehr zahlreichen Leserkreis gefunden haben". Sie erschienen damals in dreispaltigem Satz in Groß-Folioformat. Der Umfang betrug anfangs durchschnittlich vier, manchen Tag auch schon sechs Seiten; die Anzeigen füllten meistens nur eine aus.

Der 15. Juli bringt das erste Extrablatt der Volksblätter über die Abreise des Königs aus Ems. Am 16. erscheint ein zweites mit dem Schlußwort: „Der Krieg ist erklärt". Es folgen die zahlreichen Extrablätter vom Kriegsschauplatze, viele nur in Oktavgröße. Der Krieg nahm überhaupt, wie zu erwarten, einen großen Raum ein. Es ist für uns heute interessant, zu sehen, wie damals bezüglich der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien und des sich daraus entwickelnden Krieges durchaus kein einheitliches Bild herrschte. Am 12. Juli sprachen die Volksblätter z. B. noch von dem weitreichenden Plane Preußens „zur Vergrößerung seiner Hausmacht an den Gestaden des Mittelmeeres", wie es später von französischer Seite gern dargestellt wurde. Nach Ansicht der Volksblätter sollte es diese Pläne aufgeben. „Tut es das nicht, so gibt es Krieg, schweren Krieg!" fahren sie fort. „Dann haben wir nicht einen deutsch-französischen, sondern einen französisch-preußischen Krieg. Natürlich — was geht es Deutschland an, ob in Madrid eine Donna Isabella von Bourbon oder ein Don Leopoldo von Hohenzollern regiert? Wie kann für letzteren sich Deutschland be-

geistern, da es sich ja lediglich um dynastische Zwecke des preußischen Königshauses handelt? . . . Das läßt," heißt es zum Schlusse, „Deutschlands Volk kühl bis ins Herz hinein und uns desgleichen". Allein wie ganz anders klingt eine spätere Nachricht über den Herzog von Gramont. „Derselbe habe wissen müssen," heißt es da, „daß Preußen nichts zur Wahl der spanischen Regierung getan habe, und daß wir deshalb auch nichts dazu tun können, ohne uns zu erniedrigen. Preußen hat keine Berechtigung, also auch keine Verpflichtung zu den ihm angesonnenen Diensten. Es heißt Händel suchen, wo keine von selbst erwachsen wollen".

Wichtig für die Entwicklung der Neuen Volksblätter wurde der 1. April 1872, an dem die Herren Middendorff, Overwetter und Fromm die Druckerei von Nolte u. Schneidler in Hildesheim kauften, die dann schließlich nach dem Tode Overwetters (1887) und dem Ausscheiden Middendorffs alleiniger Besitz von A. Fromm wurde.

Am 1. April 1874 konte das Format zum zweiten Male vergrößert werden. Es wurde jetzt, jedoch ohne eine Erhöhung des Preises nach sich zu ziehen, der damals 2,85 Mark betrug, das Berliner Format gewählt mit dem Bemerken, daß das Blatt hinfort also „in dem Format der Germania" erscheinen würde. Hand in Hand damit ging die gleichzeitige Titelveränderung. „Neu ist unser Blatt, da es in das 7. Jahr seines Bestehens tritt, wohl nicht mehr," lautet die Bemerkung der Redaktion dazu. So wurde denn der Titel, vielfach ausgesprochenen Wünschen Rechnung tragend, in „Osnabrücker Volkszeitung" umgeändert und „Neue Volksblätter" nur als Untertitel bis zum 1. Mai 1878 beibehalten. Doch sollte „mit der Änderung des Titels" an der Tendenz der bisherigen Neuen Volksblätter „auch nicht ein Jota geändert" werden. Unwesentlich sind die öfteren Veränderungen der Spaltenzahl. Die vier Kolumnen weichen am 1. Juli 1885 der Dreispalten-Einteilung, die dann ihrerseits wieder den heute noch gebrauchten vier Spalten weichen mußte. Das damals eben aufgekommene Tageblatt zwang wegen seines billigen Preises auch die Volkszeitung, ihren Bezugspreis von 3 Mark auf 1,50 Mark herabzusetzen, der dann bis zum Weltkriege der gleiche geblieben ist.

Als Parteiblatt vertrat die Osnabrücker Volkszeitung mit Bewußtsein und Ernst den katholischen Standpunkt. Schon 1868 hatte man die Kulturkampf-Luft in ihren Spalten gewittert, wenn sie Artikel brachte über Kirche und Staat, Zivilehe, die Zeichen der Zeit usw. In einem Artikel „Der moderne Staat" heißt es z. B.: „Der christliche Staat, wie er sich unter Leitung der Kirche im Mittelalter bei den europäischen Völkern bildete, hat seit drei Jahrhunderten immer mehr dem heidnischen Platz machen müssen". Ganz als hätte Windthorst sie geschrieben, klingen die dann folgenden Zeilen: „In Petitionen und Versammlungen, in Schriften und in der Presse müssen wir für die Rechte unserer Kirche einmütig einstehen und überall den durch die Verfassung uns eingeräumten Einfluß auf die Gesetzgebung in unserem Interesse durch Wahl gesinnungstüchtiger Vertrauensmänner uns sichern". Der große Windthorst oder „die kleine Exzellenz" war übrigens persönlich mit A. Fromm befreundet.

Wie wir schon betonten, hatte die Volkszeitung gleich am Anfang ein verhältnismäßig reiches Feuilleton entwickelt, ohne jedoch gleich eine Unterhaltungsbeilage auszubauen und ohne es gleich durch den Strich vom übrigen Teile abzutrennen. Außer dem Roman, der unterm Strich stand, fanden sich die übrigen feuilletonistischen Beiträge anfangs meist wahllos im lokalen Teile verstreut. Die heutige Übersichtlichkeit war damit noch nicht gegeben, war aber auch schließlich noch nicht so gefordert, da der Umfang noch gering war. Allsonnabendlich erschien ein „Zweites Blatt“, das fast ausschließlich der Unterhaltung diente; auch dieses war als solches noch durch keine Titelgebung irgendwie als Beilage kenntlich. Seit dem 6. Juni 1885 begann dann das zweite Blatt ständig mit einem einleitenden, mehr aktuellen, feuilletonistischen Aufsatz unter dem Titel „Sonntags-Plaudereien“, wahrscheinlich einem Korrespondenzaufsatze, da er jeweils mit einem Korrespondenzzeichen versehen war. Seit dem 1. Juli entstand nun aus diesem zweiten Blatt der heute noch vorhandene Sonntagsplauderer, dessen erster Aufsatz sich noch um 1900 immer nur „Sonntags-Plauderei“ nannte. Der Sonntagsplauderer erschien anfangs als vierseitiges Folioblatt. Der Plauderei an der Spitze folgten meist irgendwie religiös gehaltene Erzählungen und Geschichten; den Schluß bildeten Rätsel und Witze aller Art.

Als zweite Gratisbeilage führte die Volkszeitung vom gleichen 1 Juli 1885 an ein sogenanntes „Wochenblatt“ ein. Es war das ein ebenfalls der Sonnabendnummer beigegebenes achtseitiges Beiblatt in Oktavformat, „welches der Unterhaltung und Belehrung“, im Gegensatz zum Sonntagsplauderer, „welcher lediglich der Unterhaltung dienen“ sollte. Das Wochenblatt trug mehr wissenschaftlich-kulturellen Charakter in popularisierter Form. Es brachte meist längere Aufsätze, sehr oft in Fortsetzungen, und oft solche exotischer Art, wie etwa „chinesische Kulturbilder“. Doch finden sich darin schon früh heimatkundliche Beiträge, wie „Briefe aus dem Emslande“ oder Gedanken über die „Osnabrück-Telgter Wallfahrtsprozession“. Seit der Jahrhundertwende erzählt es des öfteren Osnabrücker oder Emsländische Sagen.

Für die Landbevölkerung bestand dann noch als dritte Beilage der „Hannoversche Landmann“, der alle 14 Tage den nach auswärts gesandten Exemplaren der Zeitung beigelegt wurde. Er wurde jedoch nicht in Osnabrück hergestellt, sondern von Hannover bezogen, und lag gleichzeitig übrigens auch der Osnabrücker Zeitung bei.

Wir sahen schon, wie der Kirchen- und Volksbote, der von 1863 an in Osnabrück als selbständiges Wochenblatt bestanden hatte, 1879 in den Besitz der Volkszeitung kam, in die er dann praktisch aufging, um durch das Piusblatt, eine religiöse wöchentliche Beilage der Volkszeitung ganz ersetzt zu werden.

Ein eigenes Festblatt veröffentlichte die Volkszeitung anläßlich der 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Osnabrück, die vom 25. bis 29. August 1901 tagte. An jenen fünf Tagen erschien die Volkszeitung täglich zweimal, um „über die Verhandlungen der Generalversammlung ausführlichen Bericht“ geben zu können. Die einzelnen Nummer hatten jedesmal einen riesigen Umfang; die Sonntags-

nummer umfaßte z. B. nicht weniger als 24 Seiten, von denen allerdings ein großer Teil durch besonders aufgemachte Inserate in Anspruch genommen war. Die einzelnen Nummern brachten außer den Berichten aus den mehrfachen täglichen Versammlungen interessante Artikel über das katholische Vereinsleben in Osnabrück, über Justus Möser, nicht zu vergessen über Dr. Ludwig Windthorst in seinen Beziehungen zur Stadt und zur Diözese Osnabrück.

Sonst sind in der Entwicklung der Volkszeitung bis zum Weltkriege ebenso wie bei den übrigen Zeitungen vor allem technische Fortschritte zu verzeichnen, wie sie dem Gebrauch von Setz- und Rotationsmaschine zu verdanken sind. Der Untertitel „Zentrumsorgan für die Diözese Osnabrück“, der seit 1906 bestand, wurde Ende 1909 wieder aufgegeben. Lange beliebt waren die Berliner „Unpolitischen Zeitläufe“, die seit der Jahrhundertwende die allgemeine Lage in Deutschland feuilletonistisch glossierten. Sie wurden durch die noch mehr geschätzten „Osnabrücker Montagsbriefe“ ersetzt, die in Form eines Briefwechsels zwischen dem Osnabrücker Justus und seinem Freunde Saxo die lokalen Verhältnisse im Rahmen der Zeit beleuchteten, oft in sehr origineller und geistreicher Art. Ihre Stelle vertreten etwa die heutigen unpolitischen Gespräche vom „Mann im Monde“, einer Münsterschen Korrespondenzplauderei. Es mag anläßlich dieses Ausdrucks „Mann im Monde“ einmal darauf hingewiesen werden, wie jahrhundertealte Redensarten in der Presse plötzlich wieder auftreten und Zugkraft bekommen. Waren doch solche Gespräche des Mannes im Monde, gleichsam des über der Zeit Stehenden an seine Zeit bereits vor fast 150 Jahren in der „Wiener Zeitschrift“ durchaus geläufig.[1])

Auf technische Gründe ist auch schließlich noch das Anwachsen der Volkszeitung von vier bis sechs Seiten um 1900 auf durchschnittlich acht Seiten zu Beginn des Weltkrieges zurückzuführen. Die Sonnabendnummer mit dem Sonntagsplauderer umfaßte in den letzten Friedensjahren nicht selten schon 12 bis 14 Seiten. Auch das Anzeigengeschäft war in stetigem Steigen begriffen. Durchschnittlich umfaßten diese jetzt zwei Seiten. Die Abonnentenzahl wurde auf etwa 20 000 angegeben; während des Krieges soll sie mit Einschluß des Feldpostabonnements auf annähernd 30 000 gestiegen sein. Heute beträgt sie nach Angabe des Verlags 23 500.[2])

Einen großen Aufschwung erfuhr vor dem Kriege die Heimatkunde, der in der Sonnabendnummer gewöhnlich eine Seite oder mehr gewidmet wurde. Wenn auch der Krieg hier zerstörend gewirkt hat, so nahm doch die Nachkriegszeit die heimatkundlichen Bestrebungen mit erneutem Eifer wieder auf. Ihnen dient seit 1924 eine eigene vierzehntägige Beilage, das „Heimatblatt“.

---

[1]) 1648 erschien in Paris „L'homme dans la Lune“ von F. Baudouin; 1638 und 1657 in London „The Man in the Moon or a Discourse of a Voyage thither by Domingo Gonsales“ von Fr. Godwin. — Ein anderes heute noch sehr übliches Pseudonym für unpolitische Plaudereien ist „Diogenes“; dieses wurde ebenfalls schon 1723 im „Leipziger Spektateur“, einer Moralischen Wochenschrift, verwandt.

[2]) s. Kl. Löffler: „Gesch. d. kath. Presse Deutschlands“, M.-Gladbach (Volksvereins-Verlag) 1923.

7. Kapitel.

# Die liberale Presse.

Die Geburtsstunde der liberalen Presse Osnabrücks war, wie wir schon sahen, der 1. Oktober 1871, an welchem die Firma Kisling statt des bisherigen Regierungsblattes ein liberales Parteiblatt erscheinen ließ, das sie „Kislings Osnabrückische Anzeigen — Zeitung und öffentlicher Anzeiger“ nannte.

In Nr. 1 vom 2. Oktober 1871 war das Programm des neuen Blattes dargelegt, in welchem es heißt: „Kislings Osnabrückische Anzeigen, welche von heute an täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage erscheinen, werden vor allen Dingen die Eigenschaft besitzen, welche für die Presse eine Grundbedingung ist, wenn sie allgemeine Achtung genießen und ersprießl'ch wirken will: vollkommene Unabhängigkeit . . . Die Haltung des Blattes wird eine nationale sein. Wir stehen auf dem Boden der Errungenschaften der letzten Jahre. Der Befestigung und der weiteren Entwickelung der langersehnten und endlich zustande gebrachten staatlichen Einigung Deutschlands nach außen und innen ist unsere Feder geweiht. Aber die Haltung des Blattes wird auch eine freisinnige sein. Wir werden nicht zu den prinzipiellen Gegnern der Regierung gehören. Andererseits aber werden wir gegen alles ankämpfen, was der Entwickelung der bürgerlichen Freiheit und den geistigen Errungenschaften unserer Zeit im Wege liegt oder erst in den Weg gelegt werden soll. Es wird ferner unsere Sorge sein, Kislings Osnabrückische Anzeigen . . . namentlich auch zu einem Organ für die rein provinziellen und städtischen Interessen zu machen . . . Wir werden uns befle'ßigen, durch Gediegenheit und Reichhalt'gkeit des Inhalts die Lebensfähigkeit des Blattes zu sichern und deshalb neben der belehrenden auch der unterhaltenden Lektüre eine Stätte anweisen.“

Die Umwandlung des bisherigen Regierungsblattes in ein liberales Parteiblatt war längst vorgesehen worden. Wie auswärtige Blätter an L'esecke berichtet haben sollen, waren sie bereits zum 1. April geplant gewesen. Als dann am 6. Mai Dr. Th. O. Fischer die Redaktion anstelle von Dr. Rudolph übernahm, verzichtete er darauf, se'ne „politischen und religiösen Grundsätze“ darzulegen, mit dem Bemerken, daß „wahrscheinlich schon die nächsten Nummern des Blattes dem Publikum über dieselben genügende Aufklärung bieten werden“. Und noch bevor diese Umwandlung zum Parteiblatt vollzogen wurde, setzte sowohl von K'slings als von Liesecke̜s Seite eine regelrechte Abonnentenjagd ein. Man machte Reisen in die Umgegend, um Bezieher zu werben; Kisling brauchte seine bisherigen „Anzeigen“ zu Annoncen und Beilagen; zudem mußte der irreführende neue Name ihm manchen Abonnenten erhalten, der glaubte, „es sei das alte Blatt, nur unter anderen Verhältnissen“.

Kislings Osnabrück'sche Anzeigen erschienen tägl'ch nachmittags außer an Sonn- und Festtagen (das gebundene Exemplar ist 33×46½). Der Bezugspreis betrug anfangs 1 Thlr.; am 1. Januar 1874 wurde er auf 4,50 Mark erhöht, um dann aber nach dem Auftauchen des Tageblattes (Ende 1884) bedeutend wieder herabgesetzt zu werden. Die In-

seratenzeile kostete 1 Sgr.; Redaktion und Expedition befanden sich, wie unter den bisherigen „Anzeigen“, am Neumarkt Nr. 1. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete Dr. F. Volkmann.

Nach dem Leitartikel, der nicht immer vorhanden war, folgten die Nachrichten aus dem „Deutschen Reiche“, dann die aus Europa und den übrigen Ländern. Daran schlossen sich die „Lokalnachrichten“ und die „Provinzialzeitung“. Die sog. „Kleinen Nachrichten“ brachten Mitteilungen über Unfälle, Verbrechen, Naturerscheinungen usw. Den „Drahtberichten“, die das Neueste kurz zusammenfaßten, folgten schließlich kleinere Rubriken wie Seenachrichten, Literarisches, Terminkalender der verschiedenen Amtsgerichte des Osnabrücker Bezirks usw. Das Feuilleton stand unter dem Strich und setzte sich aus Romanen, Novellen und Erzählungen zusammen, denen aber sehr oft einige Humoresken und Anekdoten beigegeben waren. Es war übrigens anfangs mehr als später heimatlich eingestellt. In Nr. 1 findet sich z. B. schon ein Aufsatz von F. Lodtmann unter dem Titel „Bilder aus dem Rechtsleben im Osnabrückischen Lande“.

Die ersten Nummern der Anzeigen hatten eine Art Kriegschronik oder Kriegskalender, in welchem sie, ähnlich wie es im Weltkriege üblich wurde, „Erinnerungen aus dem vorigen Jahre“ in kurzer Form zusammenfaßten. Die Inserate waren durch die Rubrik „Öffentlicher Anzeiger“ bezw. „Allgemeiner Anzeiger“ vom Textteil getrennt und beanspruchten von den vier bis sechs Seiten Gesamtumfang der Einzelnummer einen durchschnittlichen Raum von 1 bis 1½ Seiten. Wie später beim Tageblatt, so standen auch bei Kislings Anzeigen die Inserate zuweilen am Kopf des Blattes, so in der Weihnachtsnummer vom 23. Dezember 1871 und später. Auch damals schon kamen ganzseitige Geschäftsreklamen vor; doch waren sie noch nicht wie heute psychologisch aufgebaut; sie waren sachlich, nüchtern und fast ganz ohne Bildmaterial. — Eine Art Briefkasten bestand unter dem Titel „neutraler Boden“, worin mancher Kampf, speziell mit der Stadtverwaltung, ausgefochten worden ist.

Am 8. Juni 1872 führten Kislings Anzeigen eine Beilage ein, das „Sonntagsblatt“, welches sie vom Verlag Fr. Duncker und Ernst Raeb in Berlin bezogen (s. 5. Kapitel). Am Kopf der betreffenden Nummer der Anzeigen, der das Sonntagsblatt beigelegt war, wurde jedesmal dessen Inhalt angegeben, ähnlich wie es später das Tageblatt bezüglich seiner Wochenschrift übte. 1873 wurde der Untertitel gewählt: „Unabhängige Zeitung für Norddeutschland“, am 24. September 1874 ein größeres Format mit vier Spalten angenommen. Die Vergrößerung sollte „vorzugsweise den Nachrichten aus dem Auslande zugute kommen“; doch wurde zugleich auch das Feuilleton erweitert, das jetzt neben dem laufenden Roman auf der zweiten Seite oft noch einen oder mehrere populär-wissenschaftliche Aufsätze unter dem Strich oder oben im Texte brachte. Nachdem seit 1875 die illustrierte Sonntagsbeilage aus Berlin aufgegeben worden war, erschien jeden Sonnabend ein zweites Blatt, anfangs „Zweite Aufgabe“ genannt, das „vorwiegend feuilletonistischen Inhalts“ war.

Gegenüber den Anfängen der übrigen Blätter in Osnabrück waren die der Kislingschen Anzeigen eigentlich riesengroß zu nennen. Die Polemik mit Liesecke hat sie nur noch mehr gekräftigt. Die liberale Partei war, wenn nicht die absolut größte, so doch die einflußreichste im Osnabrücker Bezirk. Zu ihren Abonnenten zählten gerade die „kaufkräftigsten Kreise“ in Osnabrück. So konnten die Anzeigen in der 1000. Nummer, die am 21. Januar 1875 erschien, stolz bemerken: „Als wir die erste Nummer redigierten, sahen wir zwar mit den besten Hoffnungen der Zukunft entgegen, aber die Zeitung mußte doch erst ihre Lebensfähigkeit bewähren; sie mußte erst das Vertrauen derjenigen gewinnen, für deren politische Richtung sie ein Organ sein wollte; sie mußte mit der nationalgesinnten Bevölkerung der Stadt Osnabrück und weit darüber hinaus erst Fühlung suchen. Die Zeitung hat nunmehr ihre Probezeit hinter sich. Ihr Leserkreis hat sich von Quartal zu Quartal erweitert; das Unternehmen hat eine feste Grundlage gewonnen; seine Zukunft ist gesichert“.

Kurz darauf, am 6. Mai 1876, wurde anstelle des bisherigen der heutige Titel „Osnabrücker Zeitung“ eingeführt, der bisherige aber als Untertitel beibehalten, da das Blatt sich „längst über die Bedeutung eines lokalen Anzeigenblattes hinaus zu einem politischen Organ entwickelt“ habe.

Infolge der Konkurrenz des eben gegründeten Tageblattes wurde, wie wir schon oben andeuteten, der Bezugspreis zuerst von 4,50 M. auf 2,50 M. (3 M.), seit dem 1. Okt. 1887 sogar auf 1,25 M. (1,50 M.) herabgesetzt. Zugleich wurde anstelle des bisherigen das etwas verkleinerte heutige Format eingeführt. In diesem Jahre 1887 führte die Osnabrücker Zeitung wieder ein von auswärts bezogenes „illustriertes Unterhaltungsblatt“, das der jeweiligen Mittwochsnummer beigelegt war. Der Umfang der Zeitung betrug jetzt bis zum Weltkriege durchschnittlich sechs bis acht Seiten. Am 1. Juli 1899 erhielt die Zeitung als Beilage für das Landvolk den „Hannoverschen Landmann“. Ende 1903 versprach die Osnabrücker Zeitung, „den neuzeitlichen Bestrebungen auf sozialem Gebiete, der Frauenbewegung, der Arbeiterbewegung usw.“ immer mehr ihre Aufmerksamkeit zu widmen; sie wollte ferner bemüht sein, „dem jetzt so großen und so allgemeinen Interesse für das wirtschaftliche Leben durch Aufnahme zahlreicher und guter Handels- und Verkehrsnachrichten entgegen zu kommen“; die „Gerichtszeitung wollte sie ausbauen, neue Erzählungen aus Osnabrücks geschichtlicher Vergangenheit bringen und die „illustrierten Modeberichte“, die sie seit Ende 1903 ebenfalls eingeführt hatte, fortsetzen. Damals auch hatte die Osnabrücker Zeitung durch Anschaffung von zwei Linotypes sich nach der technischen Seite hin auszubauen versucht.

Um die Jahrhundertwende wurde in der Osnabrücker Zeitung das Bestreben laut, sie mit den einstigen Anzeigen vor dem 1. Oktober 1871 zu identifizieren. Gleichzeitig setzte deswegen von seiten des Tageblattes eine heftige Polemik ein. Am 1. Oktober 1896 hatte die Osnabrücker Zeitung noch ihr 25jähriges Bestehen gefeiert. „Mit dem Schlusse des abgelaufenen Vierteljahres“, heißt es in der betreffenden Nummer 7577,

„hat die Osnabrücker Zeitung 25 Jahre ihres Bestehens vollendet". Am 27. Februar 1904 wurde dann in den Untertitel der Zeitung eingefügt: „Kislings Osnabrückische Anzeigen, hervorgegangen aus den Osnabrückischen Anzeigen, gegründet 1766". Und als am 26. September jenes Jahres die 10 000. Nummer der Osnabrücker Zeitung erschien, wurde bereits ein ganzes Blatt der Geschichte der Osnabrückischen Anzeigen gewidmet. Auch wurde eine Autotypie der ersten Nummer des damals „Wöchentliche Osnabrückische Anzeigen" genannten Intelligenzblattes gebracht, mit einem ausführlichen Gedenkartikel, der die Worte enthielt: „Die Osnabrücker Zeitung könnte heute ein Jubiläum feiern — aber unser Blatt ist durchaus nicht erst 10 000 Nummern alt, es ist mehr als 100 Jahre älter und gehört somit zu den ersten Zeitungen, die man in Deutschland überhaupt begründete". Im Verlaufe des erwähnten Gedenkartikels heißt es dann noch: „1871 ging mit der Zeitung jedoch eine wesentliche Veränderung vor. Zwischen der Regierung — die „Anzeigen" waren seit 1766 immer noch Regierungsorgan — und dem Kislingschen Verlage brachen Mißhelligkeiten aus, und die Regierung glaubte, eigenmächtig über die Zeitung schalten und walten zu können. Sie übertrug also den Druck einer anderen Offizin und meinte, so die Sache geregelt zu haben. Kisling regte sich nicht sonderlich auf, sondern kündigte an, daß er künftig ein Blatt unter dem Titel „Kislings Osnabrückische Anzeigen" herausgeben werde, das aber gänzlich unabhängig von der Regierung sei. Zur Bequemlichkeit des Publikums fügte er dem 105 Jahre von seiner Firma gedruckten und verlegten Blatte auch einen Bestellzettel bei, und es zeigte sich dann auch bald, daß der Landdrost mindestens praktisch sich im Irrtum befunden hatte. Die Öffentlichkeit war durch ein Jahrhundert an die Kislingsche Druckerei gewöhnt, sie hielt auch weiter zu ihr und zu dem Blatte, das vom Landdrosten beeinflußte und in der erwähnten anderen Druckerei hergestellte Blatt dagegen führte einige Zeit ein kümmerliches Dasein, um dann bald wieder einzugehen. War so tatsächlich das von Kisling herausgegebene Blatt selbstverständlich identisch mit dem 100jährigen, so wurde doch zunächst die Form gewahrt. Die neue Zeitung begann (am 2. Oktober 1871) mit Nr. 1 . . ." Weiterhin wurde dann noch ausdrücklich betont: „Unser Blatt begeht also heute nicht ein Jubiläum seines Bestehens, sondern seiner absoluten Unabhängigkeit". Gleichzeitig wurde auch in den Abonnementseinladungen immer wieder auf das hohe Alter der Osnabrücker Zeitung hingewiesen. So hieß es etwa Ende 1904: „138 Jahre sind es, daß die Osnabrücker Zeitung in ihrer wechselnden Benennung als die Neuigkeitsquelle des Osnabrücker Landes gilt". An anderen Stellen wird darauf hingewiesen, daß sie „das älteste Blatt des Nordwestens" sei. Hatte die Zeitung ihre Nummern seit 1871 bis Ende 1919 fortlaufend numeriert (die letzte war Nr. 14 972), so begann man 1920 die Zählung wieder von 1 an und fügte dem Titel des Blattes den Zusatz „155. Jahrgang" bei. Das 50jährige Bestehen seit 1871 wurde 1921, im Gegensatz zu 1896, nicht einmal erwähnt.

Ob diese Tendenz, die Osnabrücker Zeitung den einstigen Anzeigen gleichzusetzen, juristisch zu Recht besteht, mag hier unentschieden bleiben,

da es lediglich auf Darstellung, nicht aber auf Bewertung ankommt. Nur das sei noch erwähnt, daß dieses Streben vor allem im Tageblatt auf scharfe Gegnerschaft stieß. Es sei da auf folgende Bemerkung des Tageblattes vom 22. Juli 1908 hingewiesen: „Die Osnabrücker Zeitung stellt in ihrer Abonnementseinladung die unwahre Behauptung auf, sie sei ein vollständig unabhängiges Blatt. Dem gegenüber sei folgendes bemerkt: Alle Zeitungen, auch die unabhängigsten, haben den Anschauungen ihrer Leser inbezug auf den Inhalt Rechnung zu tragen,[1]) zu den unabhängigen zählen vor allem aber nie die parteipolitischen Blätter, die stets der Partei, ihrer Tendenz und ihren Aufgaben zu dienen und ihren Inhalt genau dem Parteiprogramm entsprechend zu gestalten haben. Würden sie das nicht tun, so würden sie den Charakter als Parteiblatt verlieren. Hiernach ist die Osnabrücker Zeitung nichts weniger als unabhängig, und ihre Behauptung vom Unabhängigsein also nichts anderes als Phrase, berechnet für den Abonnentenfang. Im Anschluß an vorstehendes sei inbezug auf die Reklamegepflogenheiten der Osnabrücker Zeitung weiter folgendes bemerkt: Entgegen den Tatsachen trägt das Blatt fortgesetzt am Kopf: „Kislings Osnabrückische Anzeigen, hervorgegangen aus den Osnabrücker Anzeigen, gegründet 1766". Dem steht gegenüber, daß die Kislings Osnabrückischen Anzeigen 1872[2]) gegründet sind, und daß zu dem Titel Kislings Osnabrückische Anzeigen vom Verlag derselben später als Haupttitel Osnabrücker Zeitung angenommen ist. — Daß die Zeitung aus den Osnabrückischen Anzeigen hervorgegangen ist, ist unwahr. Die Osnabrückischen Anzeigen, die nach 1872[2]) noch jahrelang bei der Firma Alexander Liesecke gedruckt sind, auf Grund eines Vertrages zwischen dieser Firma und der Königlichen Regierung, sind 1766 von der damaligen Regierung gegründet und bis zum Aufhören ihres Erscheinens 1886 Eigentum der Regierung geblieben, ja bis zum Jahre 1872 (1. Oktober, wo die Kislings Osnabrückischen Anzeigen als neu gegründet im Verlage der Firma J. G. Kisling erschienen) wurden auch die Redakteure der Osnabrückischen Anzeigen auf Grund des Eigentumsrechts von Königlicher Regierung bestimmt und besoldet. Das zur Steuer der Wahrheit. Die Zeitung hat einschließlich Titelwandlung ein Alter von 36 Jahren". — Ähnliche Angriffe finden sich sehr zahlreich; besonders die Jahrgänge 1907—09 sind reich daran; während man heute friedlich nebeneinander arbeitet, in der wohl richtigen Überzeugung, daß für das Fortbestehen eines Blattes, in seiner Einstellung auf den rasch dahineilenden Tag, dessen Alter absolut nicht in Frage kommen kann, sondern daß dieses höchstens für die Geschichte und ihre Darstellung von Interesse sei. —

Während des Krieges nahm die Osnabrücker Zeitung die auch bei den übrigen Blättern Osnabrücks zu beobachtende Entwicklung. 1914

---

[1]) Die Zeitung ist zwar eine der Ausdrucksformen der öffentlichen Meinung; doch frägt es sich sehr, ob tatsächlich die öffentliche Meinung die Presse bildet, oder umgekehrt die Presse die öffentliche Meinung formt. — Näheres hierüber bei W. Bauer. Einführung . . . im Abschnitt: „Die öffentliche Meinung als Geschäftsquelle", Seite 308 ff. S. auch die Spezialwerke hierüber, etwa Ferd. Tönnies (Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin 1922), sowie W. Bauer (Die öffentl. Meinung und ihre gesch. Grundlagen, Kap. 7).

[2]) Irrtümlich statt 1871.

hatte sie statt des bisherigen „Hannoverschen Landmanns“ als Wochenbeilage für das Land die „Landwirtschaftliche Zeitung für das nordwestliche Deutschland“ eingeführt, die sie selbst druckte. Seit 1920 erschienen die Beiblätter: Landmanns Feierabend, Bürger- und Bauernfreund, Dorfzeitung für Hannover und Westfalen — Luft und Licht, Blätter für Turnen, Spiel, Sport, Gesundheitspflege und die tägliche Unterhaltungsbeilage: In unsern vier Wänden, Blätter für Heim und Familie, für Unterhaltung, Belehrung, Anregung.

Wie das Tageblatt, so erschien auch die Osnabrücker Zeitung nach dem Kriege zweimal täglich.[1]) Die Morgenausgabe erschien vormittags nach 11, die Abendausgabe zwischen 6 und 7 Uhr. Während des Krieges waren einseitig bedruckte Abendsonderausgaben herausgegeben worden, die aber im Abonnement nicht mit einbegriffen gewesen und vor allem im Straßenhandel verkauft worden waren.

8. Kapitel.

## Die parteilose Presse.

In die Zeit seit dem deutsch-französischen Kriege fällt für Osnabrück nur noch eine einzige größere Zeitungsgründung, die des Osnabrücker Tageblattes. Es wurde gegründet von Adolf Meinders, dem Sohne einer alten Osnabrücker Buchhändlerfamilie, und dem Buchdrucker Gustav Elstermann, die sich 1884 zur Gründung der Firma Meinders u. Elstermann zusammenschlossen. Sie kauften zu diesem Zwecke den Druckereibetrieb J. H. Everings, des früheren Druckers des Kirchen- und Volksboten, der seit 1879, wie wir erwähnten, Eigentum der Volkszeitung geworden war. Die erste Nummer des Tageblattes erschien Mittwoch, den 1. Oktober 1884.

Redaktion und Expedition wurden Möserstraße 8 eröffnet. Der Bezugspreis betrug vierteljährlich 1 M. (1,25 M.) und ist bis zu der im Weltkriege einsetzenden Inflation ständig derselbe geblieben. Während des ganzen ersten Quartals wurde, wie ein Zusatz im Titel seit Nr. 4 bekundete, in jedem Hause der Stadt „täglich ein Exemplar unentgeltlich abgegeben“. Das mag zur Einführung nötig gewesen sein, da es jedenfalls kein Leichtes war, in der damals nur etwa 35 000 Einwohner zählenden Stadt neben den drei schon bestehenden Zeitungen — der Osnabrücker Volkszeitung, der Osnabrücker Zeitung und den Osnabrückischen Anzeigen — für ein weiteres Blatt günstigen Boden zu finden. Anderseits ist zu berücksichtigen, daß manche Kreise der unerquicklichen Polemik der Parteiblätter überdrüssig waren und ein parteiloses Blatt längst herbeigesehnt hatten. Wie übrigens aus einer Lokalnotiz vom 31. Dezember 1884 in den Osnabrückischen Anzeigen hervorgeht, war wenige Monate vorher, also wohl gleichzeitig mit dem Osnabrücker Tageblatt, ein anderer Generalanzeiger gegründet worden; es war das ein Wochenblatt, das sich erst als „Osnabrücker Gratis-Anzeiger“, bald aber etwas überheblich als „Haupt-Annoncenblatt für Osnabrück“ be-

---

[1]) Vom 4. Dezember 1918 bis zum Herbst 1922.

zeichnete und in Lengerich fertiggestellt wurde. Der gleichen Notiz zufolge wurde dieses Annoncenblatt vollkommen kostenlos ausgeteilt. Sein verantwortlicher Redakteur war ein Herr Schenke in Osnabrück, der Ende 1884 einen Prozeß mit dem Redakteur des Tageblattes, Geisler, hatte, den er verlor.[1])

Das Tageblatt erschien täglich des Nachmittags mit Ausnahme vom Sonntag. Sein Untertitel lautete „Anzeiger für Stadt und Land". Daraus ergibt sich schon in etwa die Tendenz dieses dritten großen Blattes in Osnabrück. Es wollte reiner Anzeiger und Publikationsorgan sein, ohne irgend einer Partei zu dienen, vor allem für die Geschäftswelt, die ja gerade damals infolge der allgemeinen technischen, wirtschaftlichen und industriellen Fortschritte der Zeit mächtig emporstrebte. Deutlich geht das aus der Erklärung der ersten Nummer hervor, mit der das neue Blatt vor das Publikum trat. „Die erste Nummer unseres Blattes", so heißt es da, „muß Veranlassung geben, über Form und Zweck desselben uns in Kürze auszusprechen. In erster Reihe soll das Tageblatt ein Publikationsorgan für alle Kreise sein und Bekanntmachungen aller Art die größte Verbreitung in Stadt und Land sichern. Um dies zu erreichen, wird dasselbe in jedem Hause der Stadt in einem Exemplar unentgeltlich abgegeben, weitere Exemplare zu dem billigen Preise von 1 M., für das Land inkl. Postaufschlag von 1,25 M. Zugleich wird das Blatt eine Übersicht der Weltereignisse bieten, wie sie jedem, der eine teure größere politische Zeitung nicht halten will, willkommen sein kann. Ein politisches Parteiblatt wird dasselbe nicht sein und ebenso alles ausschließen, was die religiösen Anschauungen und Gefühle seiner Leser verletzen kann. Wir hoffen damit dem begründeten und vielfach geäußerten Wunsche des Publikums in Stadt und Land Osnabrück entgegenzukommen. Mit Vorliebe wird sich das Tageblatt den Interessen unserer engeren Heimat zuwenden und keine Mühe scheuen, nach dieser Richtung hin ein Lokalblatt im besten Sinne des Wortes zu werden. Somit empfehlen wir unser Unternehmen der freundlichen Unterstützung und Teilnahme unserer Mitbürger." — So wirkte in diesem neuen Tageblatt wenigstens ein Teil der Überlieferungen jenes alten „Tageblattes von und für Jedermann" von 1848/51 fort, was ja auch die Titelübernahme erraten läßt, sowie seiner Fortsetzungen im „Geschäfts-Telegrafen" und im „Osnabrücker Telegraphen". Denn auch diese Blätter hatten neben ihrem abweichenden Charakter als Gesinnungspresse vor allem, wie wir oben sahen, der Osnabrücker Geschäftswelt dienen wollen, ebenso wie jetzt das Tageblatt darin seine Hauptaufgabe sah. Wollten wir rubrizieren, so müßten wir sagen: das Tageblatt ist der Generalanzeiger Osnabrücks.

Diesem ausgesprochenen Charakter als Publikationsorgan entsprach denn auch von Anfang an das ganze äußere Bild des Tageblattes. Die erste Seite brachte nicht, wie sonst üblich, politische Meldungen, durch die Parteibrille besehen, sondern führte alles an, was ihm allgemein wissenswert und interessant erschien. So finden sich in dem politischen Teil alle möglichen Nachrichten: Erlasse, Thronreden, Versammlungen, Reichs-

---

[1]) Näheres war über dieses Blatt bisher nicht in Erfahrung zu bringen.

tagsberichte (und zwar nicht im Sinne einer Partei gekürzt), Berichte über Reisen, Krankheiten, Empfänge hoher Persönlichkeiten usw.; an erster Stelle aus Deutschland, dann aus den übrigen europäischen und nichteuropäischen Ländern. Daran schloß sich der provinzielle und lokale Teil, dem schließlich die Rubrik „Vermischtes“ folgte, die Neues aus aller Welt kurz zusammenfassend darstellte. Der politische Leiter fehlte. An seiner Stelle standen Wirtschafts- und Geschäftsartikel, etwa über die Zeitgeschäfte an der Börse, über Handelsbücher, den Verkehr auf den deutschen Wasserstraßen, die Außerkurssetzung der Wertpapiere; oder allgemein interessierende oder bildende Aufsätze, etwa über die Dardanellen und den Bosporus, den Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes usw. Ebensowenig wurden politische Richtlinien gegeben, vielmehr dem Leser die politischen Neuigkeiten rein objektiv zur eigenen Beurteilung dargereicht.

Die politischen Nachrichten wurden, wie es damals allgemein üblich war (da man meist noch nicht im Besitze eines eigenen Redaktions-Telephons und Telegraphens, geschweige -Radios war, und man auf die großen politischen Preßbüros als „Provinzpresse“ noch nicht abonnieren konnte), zum großen Teile aus anderen größeren Zeitungen entnommen. So stößt man immer wieder auf Zusätze wie: Der Karlsr. Zeitung zufolge — wie die B. P. N. hören — wie die Neue Reichskorrespondenz mitteilt — nach der Nat. Ztg. usw.; oder es werden entnommene Artikel einfach mit K. Z. oder anderen Siegeln gekennzeichnet.

Das Tageblatt hatte von Anfang an ein vom übrigen Teile abgesondertes Feuilleton. Fast durchgängig brachte es zwei oder drei Erzählungen, Skizzen usw., woran sich die eine oder andere Anekdote u. ä. anschloß. Doch war das Feuilleton meist noch nicht durch den Strich vom übrigen Textteil getrennt. Nach 1900 z. B. finden sich die Theaterkritiken noch öfters oben im Textteil, lange Zeit sogar unter Lokalem und Provinziellem. Eine eigene Rubrik „Theater“ gab es in ihm überhaupt erst seit den 90er Jahren. Doch hatte man schon seit den ersten Jahrgängen die Rubrik „Literatur“, die anfangs vorwiegend der Besprechung heimatlicher Neuerscheinungen diente. Es herrschte auch schon die heute freilich mehr aus Geschäfts- als literarischen Rücksichten aller Orten wiedererweckte Mode, ganze Stellen aus Neuerscheinungen auf dem Buch- oder Zeitschriftenmarkte anzuführen.

Heimatliches fand schon sehr früh Pflege, besonders waren Mitteilungen aus „Osnabrücks Vorzeit“ oder aus der Geschichte des Osnabrücker Landes häufig; auch Plattdeutsches wurde des öfteren gebracht. Es scheint überhaupt, als habe gerade Osnabrück einen eigenartig ausgeprägten Sinn für die Beschäftigung mit seiner geschichtlichen Vorzeit, viel mehr als andere Nachbarstädte; es ist wohl der Geist Mösers, dem auch das moderne Osnabrück noch gern und willig Tribut zahlt; treibt doch die Heimatgeschichte und Heimatkunde gerade in der aktuellen Presse Osnabrücks die schönsten Blüten. Das Tageblatt hat diesen Teil seines Feuilletons stets mit besonderer Liebe gepflegt. Meist war das Heimatliche in das zweite Blatt der Sonnabendnummer zusammengetragen, woraus sich die spätere „Unterhaltungs-Beilage“ entwickelt hat. Ein

besonderes Unterhaltungsblatt oder eine illustrierte Beilage, wie die anderen Osnabrücker Zeitungen sie längst schon eingeführt hatten, besaß das Tageblatt damals noch nicht, war auch seiner ganzen Einstellung gemäß nicht zu erwarten.

Vielleicht können wir hier auch gleich anführen, daß das spätere Tageblatt sich heimatgeschichtlich vor allem dadurch große Verdienste erwarb, daß es ganze heimatkundliche Werke in langen Fortsetzungen veröffentlichte, wodurch es, besonders in der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit, ihren Druck erst ermöglicht hat, während es bei den Lesern gleichzeitig die Liebe zur Heimatkunde jedenfalls vertiefte. Man denke vor allem an Ludwig Hoffmeyers „Chronik der Stadt Osnabrück", von der seit Ende 1913 mehrere Jahre lang allwöchentlich eine Fortsetzung geboten wurde.[1]) Um die Jahrhundertwende hatte das Tageblatt auch ein „Kleines Feuilleton", worin kleinere Erzählungen und dergleichen standen, ferner eine Rubrik „Kunst und Wissenschaft", in der seit 1908 lange die Theaterkritiken und sonstige literarische Berichte untergebracht wurden. Seit 1908 finden sich auch Illustrationen im Feuilleton, die dann später, vor allem in der sich ausbildenden Rubrik „Osnabrücker Heimatbilder" in der jeweiligen Sonntagsnummer, meist heimatlichen Charakter tragen.

Die Illustrationen sind im Tageblatt überhaupt stets beliebt gewesen. 1900 z. B. bringt der politische Teil schon eine Karte von Helgoland und der deutschen Nordseeküste als Illustration zu einem Artikel über die damals akute Frage der Bedeutung jener Insel für Deutschland. Ein andermal finden sich Bilder über Panzerschiffe der deutschen Marine, über die Dardanellen oder auch graphische Darstellungen der Stärke der verschiedenen Parteien im Reichstag. Vor allem waren Illustrationen der deutschen Kolonialgebiete überaus häufig. Ohne Frage diente man dadurch mehr der Veranschaulichung des begleitenden Textes, ein Mittel, das heute leider vielfach an Übersteigerung krankt, indem es die politische Tageszeitung nicht selten zur „Illustrierten" macht.

Im übrigen fehlte es dem Feuilleton jedoch, mochte es auch oft gute belletristische Beiträge von damals anerkannten deutschen Erzählern, etwa von Rosegger veröffentlichen, etwas an straffer Konzentration. Im Gegensatz zu der Liebe für Heimatliches trug es oft ein geradezu exotisches Gewand. War nämlich der Gesichts- und Interessenkreis des damaligen Durchschnittslesers zweifellos noch entschieden enger als heute, so ist es verwunderlich, wie man damals Dinge, die man als nicht sensationslüsterne gute Presse heute seinen Provinzlern ganz knapp zusammengeschweißt unter Vermischtes oder Neues aus aller Welt darbieten würde, feuilletonistisch breit ausmalte, indem man z. B. weitläufig von „des chinesischen Kaisers Harem" sprach oder seine ahnungslosen Leser auf die „Höhe der mohamedanischen Kultur" zu führen sich bemühte. Anderseits wurden bis 1900 etwas reichlich viel Anekdoten und Humoresken gebracht, die leicht den Eindruck von Lückenbüßern erwecken können, wenn man mit ihnen nicht haushält. Interessant aber ist, daß man am 1. Juli 1889 mit dem Abdruck des riesigen Romans von Alexander

[1]) In Buchform erschien sie 1918 und 1925.

Dumas, dem „Grafen von Monte Christo", begann, der dann in 117 Fortsetzungen, von denen eine zuweilen eine ganze Seite einnimmt, bis zum Schluß des Jahres lief. Interessant deshalb, weil ja Dumas als der Begründer des ganzen Zeitungsfeuilletons anzusprechen ist.

Was den Anzeigenteil des Tageblattes anbetrifft, so hatten seine Begründer in ihm einen Hauptzweck ihrer Zeitung gesehen. Neben reinen Geschäftsanzeigen sind es Standesamtsberichte, Handelsnachrichten, Wochenmarktsberichte, Getreidepreislisten, aus denen er sich zusammensetzt. Während aber von den sogenannten Familienanzeigen die Todesanzeige, wenn auch in bescheidenerer Größe als heute und meist einspaltig, längst üblich war, sind die Geburts-, vor allem aber die Verlobungs- und Heiratsanzeigen noch durchaus selten gebraucht, während man doch heute an ihnen geradezu den Kalender ablesen kann. Die Familienanzeigen gewinnen ja auch eigentlich erst in der Unübersichtlichkeit des allermodernsten gesellschaftlichen Lebens größere Bedeutung. Man sieht daraus, wie auch die Anzeige der Zeitung kulturgeschichtlich aufmerksame Beachtung verdient. — Bereits vor 1900 beginnt das Inserat in den Textteil zu dringen, sei es als verkappte Reklame in eigentlicher Textschrift, sei es als erweiterter Trennungsstrich, sozusagen als Spruchband, zur Abtrennung des Feuilletons, oder als Abschluß einer ganzen Seite.

Die Anzeigen des Tageblattes füllten, als der Gesamtumfang noch einen Bogen betrug, 1½ bis 2 Seiten. Sonnabends, wo die Nummer nicht selten 10 Seiten und stärker war, nahmen sie wohl bis 6 ganze Seiten und mehr in Anspruch. Die Folge davon war, daß das Tageblatt als einzige Osnabrücker Zeitung von seinen Gründungstagen an bis zur Inflationszeit einen vierteljährlichen Bezugspreis von nur 1 M. zu erheben brauchte, ein Umstand, der wie kein zweiter einer günstigen Weiterentwicklung zugute kommen mußte. Ein fester Platz für die Anzeigen bildete sich, wie auch in den übrigen Zeitungen, erst allmählich aus. Wie in Kislings Osnabrückischen Anzeigen der 70er Jahre, so standen auch in dem Tageblatt jener Zeit die Anzeigen nicht selten auf der ersten Seite, vor allem Sonnabends; die politischen Nachrichten, überhaupt der ganze redaktionelle Teil, wurden dann auf die zweite und dritte Seite, nicht selten sogar ganz auf das zweite Blatt zurückgedrängt. Es ist das bekanntlich noch heute in den meisten der großen englischen und amerikanischen Weltblätter Brauch. Doch dürfte das auf die äußere Form der Zeitung keineswegs günstig wirken noch gewirkt haben, ganz abgesehen davon, daß dann jene bekannte materialistische Definition der Zeitung doch eine gewisse Berechtigung findet, nach der die Zeitung nichts weiter sein soll als ein kapitalistisches Unternehmen, „das Anzeigenraum als Ware verkauft, die nur unter Beifügung von Text vermischten Inhalts absetzbar ist".

Ästhetische Momente, besonders im Anzeigenteil, sprachen vor der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Zeitung und ihrer Psychologie eigentlich kaum mit und beginnen erst heute mehr und mehr Berücksichtigung zu finden. So brauchte das Tageblatt damals noch öfters wagerecht liegende Anzeigen.[1]) Auf ästhetische Wirkung der Seite legte

---

[1]) s. auch drittes Kapitel.

man kaum Gewicht; es wurde gesetzt, wie es paßte. Anderseits aber liegen in den 80er und 90er Jahren die Wurzeln der heutigen Bildreklame, die bis dahin nur vereinzelt und nur in ganz geringem Umfange verwandt wurde. Die Karikatur war überhaupt noch nicht gebräuchlich, weder im Anzeigenteil, noch als Illustration des politischen und übrigen redaktionellen Teiles. Das gilt für alle damaligen Zeitungen Osnabrücks und die meisten in Deutschland. Der Grund liegt neben dem technischen Unvermögen in der ernsteren, vielleicht auch schwerfälligeren Einstellung des Deutschen den Romanen gegenüber.

Wenn wir schon sagten, daß das Tageblatt ein eigenes Unterhaltungsblatt nicht führte, wie die anderen damaligen Osnabrücker Blätter, so bot in etwa einen Ersatz dafür die „Landwirtschaftliche Wochenschrift", die seit dem 2. Dezember 1893 dem Tageblatt jeden Sonnabend beigelegt wurde. Sie erschien in halber Zeitungsgröße im Umfang von vier Seiten und führte damals den Untertitel „Mitteilungen für Gartenbau-, Garten- und Blumenkunde, Forstwirtschaft, Bienenzucht, andere landwirtschaftliche Interessen, Hauswirtschaft usw.". Wenn auch die Blätter von 1870, etwa die Osnabrückischen Anzeigen, bereits hin und wieder landwirtschaftliche Aufsätze gebracht hatten, so waren diese doch meist populär, jedenfalls aber wenig methodisch gewesen. Die landwirtschaftliche Wochenschrift des Tageblattes nun ist die erste Beilage dieser Art in Osnabrück, die wirklich sachlich und fachmännisch geleitet war. Sie wurde nacheinander von Th. Heins, G. Elstermann, B. Stegemann, später von Dr. Fr. Wellmann in Ankum redigiert.

Der Zweck der Wochenschrift sei, so heißt es immer wieder, „dem Landwirt durch populär gehaltene fachmännische Artikel ratgebend zur Seite zu stehen und ihm mitzuhelfen an einer rationellen und nutzbringenden Bewirtschaftung seines Hofes, alle neueren Fortschritte auf dem landw. Gebiete in klarer, verständlicher Weise sachlich vorzuführen". Vor allem aber tritt uns der ganze Stolz der Gründerzeit und ihres Fortschrittgedankens in jenen Worten entgegen, mit denen B. Stegemann die Redaktion der Beilage übernahm. „Die außerordentlichen Fortschritte auf naturwissenschaftlichem Gebiete," so betont er, „der internationale Verkehr der Völker aus allen Ländern der Erde, die Verschiebung aller Erwerbsverhältnisse, die an den Stand der Landwirte nach jeder Richtung hin herantretenden Forderungen an die Leistungsfähigkeit der von ihm bebauten Scholle und tausenderlei andere Umstände haben aus dem früher einfachen Gewerbe eine Gewerbswissenschaft gemacht, in welcher die Erfahrung allein nicht mehr genügt — die heutige Zeit verlangt mehr. Dieses Mehr liegt auf wissenschaftlichem Gebiete . . ." Durch die öfters wiederholte Bitte um praktische Mitteilungen und Vorschläge aus dem Leserkreise suchte man das Interesse zu beleben und zu fördern. Auch suchte man Standesbewußtsein zu wecken, etwa durch Artikel über die allgemeine Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Deutschland. Sie sei, so heißt es z. B. Ende 1900, „keineswegs als eine glänzende zu bezeichnen", zu ihrer Besserung sei ein „dauernder Aufschwung der gesamten Landwirtschaft in allen ihren Zweigen nötig". Man bringt ferner Artikel über das Genossenschafts-

wesen im Osnabrücker Hauptvereinsbezirk, über Bestrebungen, den landwirtschaftlichen Betrieb auf den Erfahrungen und Beobachtungen der Wissenschaft aufzubauen, über Seßhaftmachung der Arbeiter auf dem Lande usw. Neben den eigentlichen landwirtschaftlichen Fachaufsätzen brachte die Wochenschrift dann noch eine Rubrik Vermischtes, die meist kleinere landwirtschaftliche Ratschläge gab, ferner Mitteilungen aus dem Vereinsbezirk, Berichte über Viehmärkte und Getreidepreise usw. Dazu hatte sie einen eigenen landwirtschaftlichen Anzeigenteil. — Diese landwirtschaftliche Beilage mag wesentlich dazu beigetragen haben, das Tageblatt auch unter der Osnabrücker Landbevölkerung bekannt zu machen.

Außer der landwirtschaftlichen Wochenschrift führte der Verlag des Osnabrücker Tageblattes seit 1897 auch ein „Kreisblatt des Landkreises Osnabrück, amtlicher Anzeiger der Kreisverwaltung“, das zweimal wöchentlich, Dienstags und Freitags, in Folioformat von anfangs zwei Seiten erschien und zum Preise von 0,50 M. pro Vierteljahr erhältlich war. Geleitet wurde es ursprünglich von G. Elstermann, der auch zeitweilig die Landwirtschaftliche Wochenschrift geführt hatte. Im September 1902 wurden jedoch beide, das bisherige Kreisblatt sowie die Wochenschrift, verbunden und erschienen nunmehr jeden Mittwoch und Sonnabend als Beilage des Tageblattes unter dem Titel „Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Osnabrück und den Kreis Wittlage. Zugleich landwirtschaftl. Wochenschrift und Handelsblatt für Nordwestdeutschland“. Auch jetzt noch war das Kreisblatt unabhängig vom Tageblatt als Sonderausgabe erhältlich. Das neue Kreis-, Landwirtschafts- und Handelsblatt erschien jetzt in vier Folioseiten. Es war eigentlich landwirtschaftliche Beilage geblieben, nur daß es auf der ersten Seite oben die amtlichen Anzeigen brachte.

## 9. Kapitel.

# Die sozialistische Presse.

Die sozialistische Partei hatte sich langsam aus einstigen Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins, der viele der 1848er Demokraten in sich vereinigte, gebildet. Es geschah das im Anschluß an die größeren Verbände der Eisenacher und Leipziger, von denen sich in Osnabrück der letztere, vor allem der allgemeine deutsche Arbeiterverein, ausbreitete.

Am 7. April 1873 weilte der Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Hasenclever aus Berlin, persönlich in Osnabrück und sprach im Münstermannschen Saale über die „Menschenrechte“. Bezüglich der damals bevorstehenden Wahlen gab er seinen Parteigängern folgende Parole aus: Im ersten Wahlgange sollten sie einen eigenen Kandidaten aufstellen; dann aber sich der Stimme entweder ganz enthalten oder nach folgender Maxime handeln: „Werden Sie von der nationalliberalen Partei ausgeschimpft, so stimmen Sie für den Ultramontanen, aus lauter Haß gegen die Liberalen, machen es aber die Ultramontanen, so stimmen Sie für den Nationalliberalen. Wie sich die Leute benehmen, so müßt Ihr handeln: so zwingt Ihr die Herren, daß sie wenigstens anständig sind gegen die Arbeiterpartei.“

Einige Wochen vorher war in einer anderen Parteiversammlung in Osnabrück sogar der Vorschlag gemacht worden, „eine Vereinsdruckerei zur Herausgabe eines „unabhängigen“ Blattes zu gründen“ — ein Plan, der jedoch den Beifall der Versammlung nicht fand und deshalb fallen gelassen wurde. Die Osnabrückischen Anzeigen, die den Satz geprägt hatten: „Man unterschätzt die Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung in unserer Stadt, und die Ignoranz kann sich einst bitter rächen“, bemerkten jetzt abwehrend: „Ein sozialdemokratisches Blatt fehlt Osnabrück gerade noch, um das Kleeblatt vollständig zu machen“.

Führer und Redner der Partei in Osnabrück waren damals Klute und Himmermann. Mit welchen Mitteln man sich damals bekämpfte, mag die Tatsache beweisen, daß auf diese beiden Sozialisten ein Theaterstück verfaßt wurde, das am 13. November 1873 über die Bretter ging. Es trug den Titel „Knute und Dümmermann“; man erkennt darin leicht die verballhornten Namen der oben genannten Parteiführer.[1])

Obschon die Partei bei den damaligen Wahlen, den zweiten nach 1871, für den Osnabrücker Bezirk einen eigenen Kandidaten aufstellen konnte,[2]) ist ihr die Schaffung eines eigenen Organs für Osnabrück doch erst sehr spät möglich geworden. Überaus interessant ist es, wie sie es trotzdem verstand, unter dem strengen und ihr feindlichen Regime ihren Mitgliedern sozialistische Lektüre zu beschaffen. Es gab solche damals überhaupt noch sehr wenig, weil sie meist schon kurz nach ihrem Erscheinen verboten wurde. Der „Sozialdemokrat“, der als offizielles Organ der Gesamtpartei galt und zunächst in Zürich, später in London hergestellt wurde, fand seinen Weg nach Osnabrück nicht selten als Seidenware, als Schweizerkäse oder als „Südfrüchte“. Um 1873 übte großen Einfluß der „Neue Sozialdemokrat“ aus Hannover. „Anfang bis Mitte der 80er Jahre wurde hier ferner gelesen „Das Recht auf Arbeit“ und „Die Arbeiterchronik“, beides Blätter, welche von Bayern nach dem Norden kamen. Als Folge erschien der Hamburger Sonntagsbote als Informationsblatt für die Osnabrücker Genossen, ferner die Berliner Volkstribüne. Als auch diese Blätter dem Verbot verfielen, wurde in Bant-Wilhelmshaven die „Nordwacht“ herausgegeben, welche denn auch das Sozialistengesetz — das im Jahre 1890 nicht mehr verlängert wurde — überlebte und das Kampforgan der Osnabrücker Genossen blieb, bis es durch den mit dem 1. Oktober 1890 erschienenen Hannoverschen „Volkswillen“ allmählich abgelöst wurde.

Der Volkswille in Hannover, der neben dem 1894 begründeten „Volksblatt für Harburg“ damals die einzige sozialistische Zeitung der Provinz Hannover war, blieb lange das Blatt der Osnabrücker Sozialdemokraten. Er wurde nicht zugestellt, sondern mußte von einem Genossen abgeholt werden. Dadurch waren die Nachrichten natürlich meist

---

[1]) Tatsächlich war das Stück ein auf Osnabrücker Verhältnisse übertragener Berliner Schwank. Während die Logenbesitzer aus Angst vor Skandal ihm fern geblieben waren, sollen die Sozialdemokraten in hellen Haufen erschienen sein. Am Schluß hätte aber alles gelacht, die Polizeisergeanten wie die Galerie, am meisten Herr Dombrowski, dessen Benifiz es war.

[2]) Dieser hatte von 22 787 abgegebenen Stimmen 1319 auf sich vereinigt.

schon veraltet, wenn der Leser sie erhielt. 1908 hat die Partei deswegen einen Fahrboten mit der Verteilung des Volkswillens beauftragt.

In etwa trat hierin eine Änderung ein, als 1912 die „Osnabrücker Abendpost“ als Kopfblatt des Hannoverschen Volkswillens gegründet wurde. Dadurch gingen die ersten Anzeigengelder ein, die eine Osnabrücker Redaktion mit lokalem Teil gestatteten, wenn sie auch bei der Boykottierung der sozialistischen Inserenten durch die Bürgerlichen sehr bescheiden blieben. Den lokalen Teil besorgte der Arbeitersekretär W. Vesper, während O. Kaldenbach den Anzeigenteil übernahm. Verlag, Redaktion und Expedition wurden Großestr. 65 I errichtet.

Die Abendpost erschien jeden Wochentag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Sie kostete monatlich 0,65 M. Ihr Untertitel lautete: „Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung im 4. und 5. hannoverschen Reichstagswahlkreise. Außer einer Unterhaltungsbeilage führte sie auch eine illustrierte Sonntagsbeilage, „Die neue Welt“ betitelt.

Am Kopfe jeder Nummer stand meist eine Art Leitartikel, der in die Doktrin oder die äußere Lage der Partei einzuführen bestimmt war. Es finden sich da Artikel wie „Sozialismus und Bildung“ — „Der Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit der Frau“ — „Hyänen des Wohnungsmarktes“ usw. Die Politik, die natürlich stark international eingestellt war und sich sehr viel mit dem Ausland befaßte, wurde meist in einer politischen Übersicht zusammengefaßt, um mehr Raum für „Gewerkschaftliches“ zu lassen, worin über Tarifabschlüsse, Konferenzen, Arbeitsausschüsse, Konflikte der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum usw. gehandelt wurde, sowie für die oft sehr scharfe innerpolitische Polemik oder die lokalen Mitteilungen, die gleichfalls oft in lokale Polemik ausliefen.

Das Feuilleton war stark politisch eingestellt. Es war, wie überhaupt noch heute bei der gesamten sozialistischen Presse, das Streben bemerkbar, das Feuilleton und damit den Literaturteil der Zeitung in den Dienst der Parteibewegung zu stellen. Es ist ja bekannt, mit welch verfeinerten Stimmungsmitteln das Feuilleton der sozialistischen Presse in diesem Sinne zu arbeiten versteht und verstand, etwa um das Arbeiterelend und ähnliches darzustellen. Als Beispiel dafür ein Stimmungsbild zu „Sylvester 1913“; man könnte fast meinen, es sei erst heute geschrieben.

„Ein Hundewetter. — Die Arbeitslosen stehen philosophierend, mit blaugefrorenen Backen an den Straßenecken und lassen sich resigniert das Wasser in die Schuhe laufen. Das Suchen nach Arbeit gaben sie hoffnungslos dran. Zu Hause grinst die Not, läßt Frauen und Kinder weinen und treibt den Mann zwecklos in die Kälte. —

Die Nacht zieht herauf, doch das Leben nimmt kein Ende. Männer und Frauen in warmen, weichen Kleidern eilen mit Flaschen und Paketen beschwert ihrem Heim zu. Die Kneipen sind von lachenden Menschen überfüllt; die Satten rüsten sich, „würdig“ ins neue Jahr zu treten. Sie trinken Punsch und Wein; schwer sind die genossenen Speisen und schwer die Importen. Sie jubeln ob der eingestrichenen Dividende. Ar-

beitslosigkeit? — Unsinn! — Ein jeder ist seines Glückes Schmied! — — Da — 12 Uhr! — Die Menschen stürzen auf die Straßen, und aus tausend Stimmen tönt es, übermütig jubelnd: „Prosit Neujahr!" — — Und dann wird's still. — Leise rieselt der Schnee. Langsam und träg geht ein einsamer Mann. Dünn ist der Rock und verschlissen die Schuhe. Immer schmutziger und dunkler wird sein Weg, und die Häuser werden wackliger und kleiner. Hier und da ein trüb erleuchtetes Fenster. Stille, bedrückende Stille. Aus der Ferne das Johlen Betrunkener. Ein Hund schlägt an. — Der Mann betritt zögernd ein Haus. Dumpfe, saure Armeleuteluft schlägt ihm entgegen. Die Stiege knarrt. Man hört das Wimmern eines Kindes, die unterdrückten Seufzer ruhender Menschen. Der Mann tritt in ein ärmliches Zimmer. Große Augen starren ihn angstvoll an. „Hast du Arbeit?" — Nein! . . . „Geld?" — Nichts! . . ."

Interessant sind auch die überschriften, die in ihrer packenden Kürze wie Schlaglichter zu wirken vermögen. Der Kriegspsychose entsprachen etwa die folgenden: Wo bleibt das Brotgetreide? — Das teure Schuhwerk. — Die üppig lebenden Kriegerfrauen. — Warum keine Milchkarten? — Die schwarzen Kriegshetzer. — Nieder mit dem Krieg! usw. Eine Rubrik aus dem Felde war lange Zeit einfach mit „Krieg!" überschrieben. Die lakonische Kürze bei furchtbarer Inhaltsschwere konnte unmöglich ihre Wirkung verfehlen. —

Erst nach dem Weltkriege gelang es der sozialistischen Partei, in der heutigen „Freien Presse" ein eigenes, in Osnabrück selbst hergestelltes Parteiorgan zu schaffen. Es sollte das bereits 1919 geschehen. Schon kurz nach dem Kriege hatte man dafür Schuldscheine in Höhe von 5,—, 30,— und 50,— M. an die Parteimitglieder ausgegeben. Doch verzögerte sich der Aufbau der Druckmaschinen bis April 1920. Am 26. jenes Monats erschien die erste in Osnabrück hergestellte Nummer, im selben Format und in der gleichen Art wie bisher die „Abendpost". Mit folgenden Worten „Zum Geleit" trat sie vor ihre Leser: „Die sozialdemokratische Presse ist ein lebenswichtiges Organ im Körper der Arbeiterbewegung. Sie wurde erzeugt, als dieser Körper seiner Eigenkraft bewußt zu werden anfing, und ihr fiel das Amt eines Blutbildners zu, dessen Arbeit das Gedeihen des Körpers zwar keineswegs ausschließlich bedingt, aber doch wesentlich beeinflußt. Sie ist also eine von den Kräften, die von der Arbeiterbewegung aus eigenem Vermögen und zu eigenem Nutzen gewonnen und entfesselt wurden. Die Bewegung spiegelt sich in ihr, indem sie sich mit all ihrem politischen, wirtschaftlichen, sittlichen Denken und Ringen in ihr auslebt. In ihr handelt, aus ihr redet das Wollen einer Gesellschaftsklasse, die sich, ihres Rechtes bewußt, auch dieses Rechtes zu bedienen wünscht". — Weiter ist in jenen Geleitsworten bewußt zum Ausdruck gebracht, daß die Freie Presse sich „von allen übrigen Blättern Osnabrücks" unterscheide. Sie sei „nicht Eigentum privater Personen; aus der Arbeiterschaft herauswachsend, für die Arbeiterschaft wirkend", wüchsen ihre Leser in ihr „zu einer geistigen Gemeinschaft zusammen". — Es mag an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die sozialistische Presse allgemein gesprochen die einzige ist, welche an der Presse, natürlich nur an der bürgerlichen, Kritik zu

üben wagt. Am 3. 1. 1914 hatte es z. B. in der Abendpost geheißen: „Die Presse hat die verschiedensten Aufgaben zu erfüllen. Neben rascher und gewissenhafter Berichterstattung über alle wichtigen Tagesereignisse soll sie ihren Lesern durch geeigneten Stoff Bildung vermitteln, sowie durch Abdruck guter Romane und Erzählungen beste Unterhaltungslektüre bieten. Sie soll ferner, soweit sie politisch ist, die Interessen ihrer Partei wahrnehmen, bei Wahlen ganz besonders aufklärend wirken, und was der Aufgaben mehr sind. Kurz gesagt: sie soll der geistige Berater eines Volkes sein. Wird denn aber die deutsche Presse dieser ihrer Mission gerecht? Von verhältnismäßig geringen Ausnahmen abgesehen, nein! Sensationssucht, Klatsch, widerlicher Byzantinismus, das ist ihr Spiegelbild. Nur die sozialdemokratische und ein kleiner Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich, der oben gekennzeichneten Aufgabe gerecht zu werden. Wie aber durch die übrige Presse das Publikum mit „geistiger Nahrung“ versorgt wird, das ist geradezu eine Gefahr für das Volk, indem jeder Drang nach höheren Zielen erstickt, die kleinlichsten Regungen aber gefördert werden. Und allen voran marschiert die sog. Provinzpresse, deren Stellung zur Sozialdemokratie neben ihrer sonstigen Schreibweise hier wieder einmal erörtert werden soll. Beleuchten wir zunächst den allgemeinen Teil eines Lokalblattes mit mehr oder weniger „nationalem“ Anstrich („national“ sind nämlich alle). Da sind zunächst die Rubriken Lokales und Provinzielles, deren Studium ein wahres Martyrium für den höhere Ansprüche stellenden Leser bedeutet. Neben in behaglicher Breite ausgesponnenen Berichten über Vereinsvergnügungen, verbunden mit Lobhudelei etwaiger Mitwirkender, befinden sich ellenlange Versammlungsberichte der unterschiedlichen Vereinsgebilde, die eigens für die paar Dutzend Mitglieder veröffentlicht werden. Ganz besonders beliebt sind in diesen Berichten viele Namensnennungen, da man sich gar zu gern gedruckt sieht. Dann folgen Theater- und wohl auch Konzert-„Kritiken“, deren Lektüre ein „Genuß“ für sich ist. Ferner wird mitgeteilt, daß: Herr Pastor A. heute seinen 50. Geburtstag feiert, der Kgl. Eisenbahnoberlademeister B. von C. nach D. versetzt wurde, Seine Durchlaucht Fürst zu S. einen Rehbock erlegte, der Dienstknecht E. in G. für Treue in der Arbeit das allgemeine Ehrenzeichen erhielt, der Anspänner H. in K. sein 25jähriges Jubiläum als Leser der . . . Zeitung feiert usw. Alles Nachrichten, die gewöhnlich als Klatsch bezeichnet werden. Es soll zugegeben sein, daß auch mal etwas Wissenswertes veröffentlicht wird, aber nur in verschwindendem Maße. Der übrige Teil, als Vermischtes, Landwirtschaftliches usw. ist gewöhnlich etwas besser, weil hier Kirchturmpolitik und Personenkultus nicht so zur Geltung kommen. Ein trübes Kapitel bildet dann aber wieder „die Geschichte“. Was da alles vorgesetzt und — das ist das schlimmste — auch gelesen wird, muß jeden Freund guter Unterhaltungsliteratur aufs tiefste betrüben. Viele dieser den Geschmack bildenden „Erzählungen“ nähern sich ganz bedenklich der Hintertreppenliteratur, und zwar bieten — was recht bezeichnend ist — gerade die konservativen Zeitungen das Allerminderwertigste. Die sozialdemokratische Presse ist in dieser Beziehung weit, weit voraus, was ja auch schon wiederholt

von bürgerlicher Seite zugegeben worden ist.“ Der Artikel schließt in der bekannten, überall und immer wieder angewandten sozialistischen Selbstpropaganda: „Und darum: Heraus mit der Klatschpresse aus den Arbeiterwohnungen und Ersetzung durch bessere, durch die sozialdemokratische Presse“.

Nach dem Motto aus den 70er Jahren: Heute liest man das Blatt mit Neugier, aber schon morgen — dient es für Käse und Wurst nützlich als Makulatur . . . heißt es in einer etwas späteren Kritik: „Zwischen dem Schulbuch, dem wissenschaftlichen Buch, das den jungen Staatsbürger mit Kenntnissen bereichert, und der philosophischen Schrift, die ihn mit Ideen bereichern soll, müßte als Übergang und Vermittlung die Zeitung liegen. Das tut sie aber leider nicht, denn sie ist ein Sammelsurium von Weltgeschichte, Staatsgeschichte, Kommunalgeschichte, Stadt- und Straßenklatsch, Familien- und Hausklatsch und belletristischem Geschreibsel für Weiber und Kinder. Klatsch und Quatsch, was sich Bierbank, Kaffeetisch und Waschfaß erzählen, Nachrichten, die die Druckerschwärze und das Papier nicht wert sind, finden wir.“ Die Zeitung sollte „ein Bild der Zeit“ sein, heißt es weiter; sie sollte uns sagen, „was die Zeit tut und handelt, was sie denkt, warum sie das alles tut und handelt. Statt dessen wird uns viel berichtet, wie die Zeit geigt und musiziert, wie sie Theater spielt, wie sie sich amüsiert und was sie für Moden in der Kleidung hat, wie sie stiehlt, mordet, betrügt, Kunststücke macht und wie sie klatscht und quatscht . . .“

Wie die Abendpost und die Freie Presse an der bürgerlichen Zeitung im allgemeinen Kritik übten, so auch an der Osnabrücker Presse im einzelnen, überhaupt an der ganzen Nichtsozialdemokratie. Oft geschieht das in sehr origineller, wenn auch oft zu scharfer und bissiger Art, die zuweilen geradezu an 1848 gemahnt. Die lokale Polemik wird meist als Erlebnis des Mitarbeiters Joh. Sonderbar fingiert. Als Beispiel möge ein Neujahrs-Interview des Herrn Sonderbar mit den „Berühmtheiten Osnabrücks“, deren Namen in drastischer Weise verdreht wurden, über die Aussichten Osnabrücks im kommenden Jahre dienen. Die Aussagen der einzelnen Osnabrücker Größen gipfeln in etwa in den folgenden Sätzen. Der erste sagt: „Mein höchster Wunsch ist es deshalb, daß man mich in Ruhe lassen möge“ — der zweite: „Ich trage mich mit der Absicht, Osnabrück in einen einzigen großen Ehren-Friedhof ehemaliger Größen zu verwandeln“ — vom dritten erhält Herr Sonderbar die Antwort: „Ich habe überhaupt keine Meinung mehr“ — vom vierten: „Das Wünschen habe ich mir in Osnabrück schon gründlich abgewöhnt, weil alles zu wünschen übrig läßt“ — der fünfte meint: „Was soll 1950 ein Bauerndorf mit einem Theater anfangen? Geben wir die Zuschüsse lieber der notleidenden Industrie“. Zum Schluß meint Herr Sonderbar dann: „Meine Meinung wollen Sie noch hören? Ich will sie Ihnen sagen: In dieser miserabelsten aller Welten darf man den Humor nicht verlieren . . . Es gilt gegen so viel Dummheit, Borniertheit und Vorurteil zu kämpfen, daß man eine frisch-fröhliche Stärkung braucht, um nicht die Courage zu verlieren. Kopf hoch, wir werden es schon schaffen. Prosit Neujahr! Johannes Sonderbar“.

Das Beispiel wird zeigen, wie in der sozialistischen Presse der Geist der 48er Zeit wie bei keiner anderen Parteipresse wieder zum Durchbruch kommt. 48er Geist atmet nicht selten auch ihre Poesie, wenn auch infolge der zahllos gewordenen Korrespondenzen das allerwenigste Osnabrücker Gewächs sein mag. Unter dem Titel „Zeitgemäße klassische Zitate“ bringt sie z. B. einmal folgende Aphorismen:

Arbeit ist des Bürgers Zierde . . .
(Schiller als klassenbewußter Arbeitsloser.)
Wer zählt die Völker, nennt die Namen . . .
(Schiller über die tschecho-slowakische Nationalversammlung.)
Mit fremden Schätzen reich beladen . . .
(Schiller über unsere aufgehobenen Schieber.)
Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen . . .
(Schiller über die Goldschmuggler.)
So eine Arbeit wird eigentlich nie fertig . . .
(Goethe über die Sachdemobilisierung) usw.

Dieser ohne Frage zugkräftigen Schreibart trat kurz vor dem Kriege die außerordentlich starke Pflege der Karikatur zur Seite, die dann vor allem wieder in den letzten Nachkriegsjahren verwandt wurde.

Als Beiblätter führte die Freie Presse zunächst eine zweiseitige Unterhaltungsbeilage unter dem Titel „Im Strome der Zeit“. Sie sollte nach dem Programm vom 17. Juli 1920 bestimmt sein, „nicht wie die Zeitung nach dem Lesen achtlos beiseite geworfen, sondern als eine Quelle der Ergötzung und Belehrung aufbewahrt zu werden“. Es sollte ihr wie eine Art Zeitschrift am Schluß jedes Jahrganges ein Inhalts- und Schlagwörterverzeichnis beigefügt werden, das tatsächlich jedoch nie erschienen ist. In der Beilage finden sich Artikel über Noske, Rabindranath Tagore, Arbeiterakademien usw., vor allem über die russische Literatur. Ein literarischer Teil gibt besondere Hinweise auf sozialistische Werke. — Zu dem Unterhaltungsblatt traten neuerdings als weitere Beilagen „Die Frau“ — die „Sportwoche“ — „Elternbeirat“ und „Jugend“.

## 10. Kapitel.

# Die übrigen Presseerscheinungen in Osnabrück.

### Der Osnabrücker Sonntagsbote.

Im schroffsten Gegensatz zur sozialistischen Presse Osnabrücks steht der Sonntagsbote, das Blatt der Konservativen Partei in Osnabrück. Es stellt die Alterserscheinung Alexander Lieseckes dar und die einzige von ihnen, die die Stürme der Zeit bis heute auszuhalten vermochte. Aus der Gründungsgeschichte erzählt uns A. Liesecke in seinen Erinnerungen, wie Oberbürgermeister Brünning bei Gelegenheit eines Ausfluges des Verschönerungsvereins nach dem Harderberg gesagt habe, er begreife nicht, „daß L. es ohne Blatt aushält, er muß sich doch von Zeit zu Zeit loslassen“; worauf Liesecke geantwortet haben soll: „Beruhigen Sie sich, Herr Oberbürgermeister, ich verpuste mich nur ein bißchen, bald geht's wieder los.“

Der Sonntagsbote wurde im September 1887, und zwar, wie der Name schon sagt, als Wochenblatt unter Mitwirkung von Justus Liesecke, dem Sohne Alexanders, begründet. Er kostete für das Quartal 0,50 M., stieg vor dem Kriege auf 0,80 M., um nach der Inflation wieder auf 0,50 M. herabgesetzt zu werden. Seine Einstellung mögen einige Sätze aus der „Politischen Wochenschau" vom 9. März 1905 dartun, in der es heißt: „Ich stehe auf dem Standpunkt Gobineaus: Nur in der germanischen Völkerfamilie kann ich das Heil der Welt sehen. Das ist die logische Konsequenz meines unbedingt nationalen Standpunktes. — Die übernationale Objektivität, in der sich ein großer Teil unserer Bildungswelt so gut gefällt, halte ich für einen wahren Krebsschaden, besonders unseres Volkes, und ich glaube, daß die internationale Propaganda der Sozialdemokratie nie mit Erfolg bekämpft werden kann, so lange die geistig herrschenden Kreise jenen Standpunkt nicht aufgeben und sich mit vollem, warmem Herzen auf den Boden des nationalen und damit auch des Rassegedankens stellen".

Der Sonntagsbote stellte sich als konservatives Blatt auch auf religiöse Grundlage, und zwar auf den Boden des orthodoxen Protestantismus.

Auf die Rubrik „Politische Wochenschau", die nach dem Kriege zeitweise auch „Die Lage" genannt wurde, und der oft ein gerade auf die Zeitlage passendes Zitat vorausgeht, folgen „Feiertagsgedanken", Erzählungen, Gedichte usw. Ein bis zwei Spalten sind gewöhnlich der Deutschnationalen Volkspartei gewidmet. Dann folgt die Rubrik „Aus der Sammelmappe" mit Nachrichten aus aller Welt und der lokale Teil unter dem Titel „Stadtnachrichten". Hervorzuheben ist die große Sorgfalt, die jederzeit, vor allem aber unter der Leitung von Justus Liesecke, dem „Stadttheater zu Osnabrück" gewidmet wurde. Als Justus Liesecke im Mai 1922 starb, konnte man von ihm rühmen, „daß außer den eigentlichen Fachleuten niemand in Osnabrück inbezug auf das Theater- und Bühnenwesen so urteilsfähig war" wie er, und daß man in Osnabrück heute wahrscheinlich kein Stadttheater hätte, „wenn nicht Justus Liesecke die weitesten Kreise dafür zu interessieren vermocht hätte". — Die Rubrik „Vermischtes" leitet dann zum Anzeigenteil über, der bis 1900 manchmal kaum eine halbe Quartseite umfaßte, sich in den letzten Jahren aber stark entwickelt hat, ohne natürlich mit dem Anzeigenteil der großen Osnabrücker Tageszeitungen verglichen werden zu können. Der Umfang einer Nummer beträgt etwa 10 bis 16 Quartseiten, von denen meist drei bis sechs Seiten für den Anzeigenteil benötigt wurden; vor Festtagen wuchsen beide entsprechend an.

Charakteristisch ist die Stellungnahme dem früheren Monarchen gegenüber. „Du bist und bleibst der Kaiser," heißt es 1920 einmal, „und wirst sprechen, sobald deine Zeit gekommen ist, und das kann nur sein, wenn dein Volk dich wieder holt, sonst mußt du außerhalb deines Landes dein Leben beschließen. Eine unendliche Schande für das deutsche Volk wäre das."

Bis 1897 hat Alexander Liesecke die Redaktion selbst geleitet, trat dann aber infolge seines hohen Alters zurück; er starb 1905. In der

Folgezeit war Professor Dieckmann ein langjähriger geschätzter Mitarbeiter für den politischen Teil. Als Justus Liesecke 1922 starb, führte seine Schwester Agnes die Redaktion eine Zeitlang weiter, um sie zu Beginn des Jahres 1923 an Dr. Albrecht Liesecke, den heutigen Herausgeber und Redakteur, abzutreten.

1920 nahm der Sonntagsbote den Untertitel „Nationales Wochenblatt für den Regierungsbezirk Osnabrück" an. Seit 1925 führt er als Beilage für Radioliebhaber die „Funkwarte". Sein 25jähriges Bestehen konnte er im September 1923 feiern. — Der Einfluß des Sonntagsboten bei der sehr begrenzten Ausdehnung der Deutschnationalen Volkspartei ist nur ein sehr bedingter. Die Abonnentenzahl ist dementsprechend äußerst gering. Der einst so streitbare Geist seines Gründers hat sich im Sonntagsboten eigentlich nie ausleben können; er ist mit den einstigen Lieseckeschen Tageszeitungen zu Grabe getragen worden. Immerhin kann das Blatt auf eine große Tradition zurückschauen.

### Das Osnabrücker Volksblatt.

Einen ebenfalls konservativen Charakter trug das „Osnabrücker Volksblatt. Stadt- und Landanzeiger" — das Organ der Welfenpartei Osnabrücks. Es wurde am 1. Januar 1888 von B. Wehberg gegründet und erschien jeden Sonnabend in dreispaltigem Doppelfolioformat. Der Bezugspreis betrug vierteljährlich 0,30 M. B. Wehberg war bis zum Untergang seines Blattes im April 1920 alleiniger Redakteur.

Religiös schloß sich das Volksblatt wie die Welfenpartei dem Zentrum an. Seine kulturellen Beiträge waren streng katholisch gehalten. Es war also etwa, wenn man so sagen darf, ein Dissidentenblatt gegenüber der Volkszeitung, für diejenigen katholischen Kreise, deren politische Auffassung von der des Zentrums abwich.

Als Wochenblatt faßte auch das Volksblatt die politischen Ereignisse in einem Wochenrückblick zusammen. Außer sonstigen politischen und kulturellen Aufsätzen hatte es als lokalen Teil die Rubrik „Osnabrücker Lokalrundschau", woran sich die Rubrik „Vermischtes" und der durchschnittlich dreiviertel bis eine Seite umfassende Anzeigenteil schloß. Eine Zeitlang wurde der Zeitung ein vierseitiges, von auswärts bezogenes Unterhaltungsblatt beigelegt.

Auch das Volksblatt hat keinen bestimmenden Einfluß in Osnabrück zu erlangen vermocht. Seine Bezieherzahl schwankte etwa zwischen 800 und 1200. —

Mit dem 1. April 1920 ging das Volksblatt ein. Eine Fortsetzung davon versuchte die Firma Renard u. Wegmann in der „Osnabrücker Landeszeitung", die im Februar 1920 auftauchte. Ihr Titel wurde jedenfalls bewußt der „Hannoverschen Landeszeitung" nachgebildet, dem Zentralblatt der gesamten welfischen Bewegung. Sie erschien jeden Morgen, wurde aber — ein reines Inflationsgebilde — bereits Ende 1921 wieder aufgegeben, kurze Zeit, bevor der mißglückte welfische Antrag auf Volksabstimmung in Hannover eingebracht wurde und die welfische Partei damit erheblich an Boden verlor.

# Rückblick und Ausblick.

Wenn wir auf die Osnabrücker Pressegeschichte seit 1848 zurückblicken, so fällt uns auf, daß die vor 1870 begründeten Blätter fast alle wieder untergegangen sind. Die Gründe dafür mögen folgende sein: Die drei Revolutionserscheinungen, das „Tageblatt von und für jedermann", das „Volksblatt" und die „Beiträge zur Belehrung und Erholung" waren von einer großen Welle der Begeisterung getragen worden. Als diese Welle in sich versank, mußten auch die Blätter, die sie hervorgebracht hatten, wieder untergehen. Die Blätter der Reaktionszeit, der „Geschäfts-Telegraf" und der „Osnabrücker Telegraph", waren bloße Nachwirkungen des Tageblattes gewesen. Hinzu kommt, daß der einfache Mann vor 1870 kaum eine Zeitung zu halten pflegte, ganz einfach schon aus Mangel an Lesebedürfnis. Für die einfache Landbevölkerung spielte die Zeitung vor 1870 überhaupt noch eine ganz unbedeutende Rolle. Als Abonnenten kamen deshalb fast ausschließlich die Stadt- und die bessere Landbevölkerung in Frage, und diese vereinigten sich dazu noch vielfach in Lesezirkeln und Leseklubs, die von mehreren Osnabrücker Buchhändlern unterhalten wurden und in denen vor allem auch auswärtige größere Zeitungen auslagen. Für die einheimischen Osnabrücker Blätter bedeuteten solche Zirkel eine ganz empfindliche Konkurrenz. Kein Wunder, wenn die Abonnentenzahl bei keinem einzigen Blatte in Osnabrück vor 1870 über 1000 gestiegen ist.

Die „Anzeigen", denen doch noch manches Zwangsabonnement der Behörden zur Verfügung stand, hatten in den Jahren 1848 bis 1864 im Durchschnitt etwa 600 Bezieher. Liesecke Osnabrücker Zeitung hätte vielleicht Aussicht auf dauernden Erfolg gehabt, wenn Liesecke über ein größeres Kapital verfügt und wenn er den damals gerade pensionierten Osnabrücker Bürgermeister C. B. Stüve nicht von vornherein zum Feinde gehabt hätte. Dieser hatte den Erinnerungen Lieseckes zufolge alles aufgeboten, „um überhaupt Lieseckes Niederlassung hier zu verhindern". Stüve war eben doch schließlich nicht der Mann, als welcher er oft dargestellt worden ist. Seine Hauptverdienste liegen vor 1848: In der Ablösung von 1831, in dem Zustandekommen des Verfassungsgesetzes vom Jahre 1833 und schließlich in der Begründung des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück. Nachher hat er, vor allem als „Preußenfresser", den Fortschritt zweifellos nur gehemmt. Wohl niemand von seinen Zeitgenossen hat das besser erkannt als Rudolf von Bennigsen, der spätere Begründer des Nationalvereins, der die 48er Zeit zum großen Teile in Osnabrück verlebt hat und Stüve sehr wohl kannte.

In einem Briefe an seine Mutter vom 28. Dezember 1848 schrieb Bennigsen z. B. aus Osnabrück: „Für diesen dicken, dummen deutschen Schädel ist nichts unmöglich, der allerdümmste aber heißt Karl Stüve, Düpe seiner eigenen Preußenfresserei, Franzosenfresserei und der Jesuiten". In einem etwas späteren Briefe vom 31. März 1849 schrieb Bennigsen ähnlich: „Ein solches Maß von Herrschsucht, Eigensinn und Bewunderung eigener Weisheit gehört zu den Krankheiten, gegen welche noch kein Spezifikum gefunden ist." An einer anderen Stelle des gleichen Briefes an seine Mutter findet Stüve, bei aller Anerkennung seiner natürlichen Anlagen, doch schließlich Ablehnung, wenn Bennigsen schreibt: „Große Verehrer selbst dieses merkwürdigen Charakters gelangen mehr und mehr zu der Ansicht, daß er bei den eminentesten Anlagen nichts geworden ist als ein höchst rechtlicher, intelligenter, kenntnisreicher Philister, aber kein Staatsmann. Daß aber eine solche Persönlichkeit in der Studier- und Aktenstube einer kleinen westfälischen Stadt, in einer Umgebung, zu unbedeutend, als daß er sie nicht von jeher mit Füßen getreten, ohne fremde große Staatszustände gesehen zu haben, hat verkümmern müssen, ist ein wahres Unglück. Was hätte ein Mann von solcher Geistesschärfe, Ausdauer und persönlicher Überzeugung für unser Vaterland unter anderen Verhältnissen werden können!" Der Osnabrücker Bankier v. Gülich, der nach Bennigsens Urteil „gescheit genug gewesen, aber viel zu schwankenden Charakters, um Stüve zu imponieren", hat einmal sogar den bitteren Ausspruch getan: „Weit lieber eine Herrschaft Ernst Augusts als Stüves."

Stüve, der für seine populären schriftstellerischen Produkte vor 1848 „in Ermangelung von Zeitungen" in Osnabrück[1]) „den Kalender, der in jedes Haus kommt", gewählt hatte, für politische Aufsätze aber das „Hannoversche Magazin" — derselbe Stüve glaubte nach 1848 der Presse und Öffentlichkeit von Osnabrück dadurch dienen zu können, daß er die „Osnabrücker Blätter gegen Branntwein und Berauschung" begründete und bis zu seinem Tode herausgab (1852—1872). Politisch betätigte er sich nach 1852 kaum noch.

Daß ein solcher Mann trotz seines, wenn auch äußerst gemäßigten Standpunktes während der 48er Bewegung, einer Zeitung wie der Lieseckes, die durchaus preußisch-unitaristisch eingestellt war, nur nachteilig sein konnte, ist leicht einzusehen. Zudem erwuchs Liesecke eine weitere Feindschaft in der Landdrostei, die in dem neuen Blatt eine gefährliche Konkurrenz für ihr eigenes Blatt sah.

Erst die nach 1870/71 entstandenen Blätter vermochten den Stürmen der Zeit zu trotzen. Für sie waren ganz andere Voraussetzungen gegeben. Die 70er Jahre sahen plötzlich zwei starke Parteien in Osnabrück, die katholische und die liberale. Beide waren fähig, einem großen politischen Organe den nötigen Resonanzboden zu verschaffen, während der machtvoll aufstrebende Handel bald die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Anzeigenblatt schuf, das dritte große Blatt Osnabrücks. Liesecke beging damals den Fehler, daß er ein Unternehmen weiterführen zu können glaubte, das als Einrichtung eines anderen Jahr-

---

[1]) s. Allg. D. Biogr. Artikel Stüve.

hunderts längst veraltet war und keine Zugkraft mehr besaß; seiner Morgenzeitung schließlich, dem ersten Versuch einer neudemokratischen Zeitung in Osnabrück, fehlte es an allem, an Kapital sowohl wie an Beziehern und einer starken Parteibewegung. Ähnlichen Gründen mußten das welfische Parteiblatt wie die anderen erwähnten kleineren Gründungen schließlich erliegen, während das Organ der sozialistischen Partei sich durchsetzen konnte; denn seiner Gründung ging die durch die Ausbreitung der Industrie begünstigte Entstehung einer starken Partei voraus.

Aus den schroffen Interessengegensätzen, die sich sowohl auf politischem wie religiösem und wirtschaftlichem Gebiete äußerten, erklärt sich die auffallend große Zahl der seit 1848 in Osnabrück erschienenen und wieder eingegangenen Blätter.[1]) Folgende Zusammenstellung mag ihre Zahl und Entstehungszeit noch einmal im Zusammenhang beleuchten:

| Es wurden | neu begründet | bestanden im ganzen | gingen wieder ein | sind geblieben |
|---|---|---|---|---|
| vor 1848 . . . | 1 | — | — | 1 |
| von 1848—60 . | 5 | 6 | 5 | 1 |
| von 1861—70 . | 4 | 5 | 1 | 4 |
| von 1871—80 . | 1 | 5 | 2 | 3 |
| von 1881—90 . | 5 | 8 | 3 | 5 |
| von 1891—1900 . | — | 5 | — | 5 |
| von 1901—10 . | — | 5 | — | 5 |
| seit 1911 . . . | 5 | 10 | 4 | 6 |
| Im ganzen . . | 21 | — | 15 | 6 |

Die heutigen sechs Zeitungen Osnabrücks haben jede ihre besondere Richtung und damit Berechtigung sowie ihren besonderen Ausbreitungsbezirk. Während das Tageblatt vor allem in der Osnabrücker Handels- und Geschäftswelt beliebt ist, wird die Osnabrücker Zeitung von der in Osnabrück verhältnismäßig starken Volkspartei, die Volkszeitung von der Zentrumspartei gehalten, die außerhalb der Stadt, vor allem im Emsland, Hümmling und Süd-Oldenburg die meisten Wähler besitzt. Die Freie Presse wird außer in dem östlichen und südlichen Stadtviertel vor allem in den industriereichen Gebieten um Georgsmarienhütte, Bramsche und Dissen gelesen. Der Sonntagsbote schließlich ist das Blatt der nur wenig zahlreichen Deutschnationalen Volkspartei Osnabrücks, während sich über das besondere Gebiet der eben erst begründeten Allgemeinen Osnabrücker Zeitung[2]) kaum schon etwas sagen läßt.

Von allen heutigen Tageszeitungen Osnabrücks liegt uns heute bereits eine Jubiläumsschrift oder wenigstens Jubiläums-Zeitungsnummer

[1]) Die Tabellen bei Schlüter, a. a. O., bedürfen bezüglich Osnabrücks einiger Ergänzung, die nachstehend gegeben wird.

[2]) Sie wurde im August 1925 eingeführt und ist ein Kopfblatt (mit nur originalem Lokalteil) der Bergisch-Märkischen Zeitung in Barmen-Elberfeld-Hagen, ebenso wie die ältere Westfälische Landeszeitung in Münster.

vor. Die Osnabrücker Zeitung feierte 1907 in einer großen Festschrift das 200jährige Bestehen ihres Verlages; 1918 gab die Volkszeitung eine Festschrift: „Fünfzig Jahre Osnabrücker Volkszeitung“ heraus; 1924 folgte das Tageblatt mit einer 68seitigen Festnummer anläßlich seines 40jährigen Bestehens, während die Freie Presse im Mai 1925 eine ähnliche Festnummer von 40 Seiten Umfang erscheinen ließ, in der sie das 50jährige Jubiläum der sozialistischen Parteibewegung in Osnabrück beging.

Interessant mag in diesem Zusammenhang eine Zusammenstellung der überschriften in den einzelnen Osnabrücker Zeitungen zu Beginn des Weltkrieges wirken, die zugleich für deren Verschiedenheit wertvoll ist. Sie lauten also:

| am | Osn. Zeitung | Osn. Tageblatt | Osn. Volksztg. | Freie Presse |
|---|---|---|---|---|
| 29. 7. | Die Gesamtlage | Die europäischen Großmächte und der öst.-serb. Krieg | Die Kriegserklärung Österreichs und die Lage | Erbärmliche Hetze |
| 30. 7. | Vor der Entscheidung | Nach der öst. Kriegserklärg. an Serbien | Rußland macht mobil | Österreich im Kriegszustand |
| 31. 7. | In ernster Stunde | Die europäische Krisis drängt auf Entscheid. | Die Entscheidungsstunde | Der Protest des Volkes gegen den Krieg |
| 1. 8. | In letzter Stunde | Die deutsche Antwort auf die russ. Drohung | Vor dem europäischen Kriege | Der Ernst der Lage |
| 2. 8. | Krieg | (Sonderausgabe) | (Sonderausgabe) Mobilmachung | Die Sozialdemokratie und der Krieg |
| 3. 8. | — | — | Der Beginn des Weltkrieges | — |
| 8. 4. | — | — | — | Der Krieg ist da |

Daß der Osnabrücker Presse das größte Verdienst an der allseitigen Entwicklung der Stadt zukommt, ist ohne Frage, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Freie Presse Recht hat, wenn sie die Osnabrücker Presse als eine solche bezeichnet, „die entweder verkalkt ist oder in den Kinderschuhen steckt“, oder auch, wenn sie an einer anderen Stelle des gleichen Aufsatzes (Osnabrück, eine werdende Großstadt) über die gegenwärtige Presse Osnabrücks folgendes Urteil fällt: „Ein Kapitel für sich ist die Presse. Sie ist der berufenste Faktor, die Entwicklung des kulturellen Lebens mit zu fördern. Leider erstickt die Diskussion großer Probleme meist in kleinlichem Alltagskram. Es ist oft schwer, keine Satire darüber zu schreiben, mit welcher Wichtigkeit das dümmste Zeug behandelt wird. Einen großen Teil Schuld an diesen Zuständen trägt die Stadtverwaltung. Sie scheint die Presse als ein notwendiges übel zu betrachten und den Redakteur als einen Tintenkuli, der gerade gut genug ist,

Sitzungsberichte zu schreiben und Lokalnotizen abzudrucken, die im Interesse der Stadt liegen. Jede Diskussion größeren Stils über irgend eine Frage wird als lästige Stänkerei empfunden". — Man kann wohl im Gegenteil sagen, daß sich die Osnabrücker Presse für alle Verbesserungen im Interesse der Öffentlichkeit, oft sogar unter großen und schweren Opfern eingesetzt hat, daß sie anderseits aber auch vor angebrachter Kritik unhaltbarer Zustände nie zurückgewichen ist. Jedes Blatt hat und hatte sein besonderes Wirkungsfeld, wie etwa der Sonntagsbote sich die Förderung des Osnabrücker Theaters zur besonderen Aufgabe gemacht hatte.

Was schließlich die weitere Ausbreitungsmöglichkeit der Osnabrücker Presse betrifft, so ist ihr in den letzten Jahrzehnten durch die zahllosen Kreisblätter und ähnlichen Organe in der Umgegend Osnabrücks eine starke Konkurrenz entstanden, die die weitere Verbreitung der großen Osnabrücker Blätter auf das umliegende Land erheblich erschweren. Der Osnabrücker Bezirk ist darin allen anderen der Provinz weit voraus; kommt doch auf 14 000 Einwohner bereits eine eigene Zeitung, und gibt es sogar Orte in ihm mit wenig mehr als 500 Einwohnern, wo eine eigene Zeitung erscheint.[1]) Vielleicht wird diese auffallend starke Dezentralisation der Presse im Osnabrücker Bezirk, die sich nach dem Kriege höchstens noch verstärkt hat, einmal nach anderswo vorausgegangenen Mustern der schließlichen Konzernbildung oder einem noch weiter um sich greifenden Kopfblattsystem zum Opfer fallen.

Daß ein starker Zukunftswille die Osnabrücker Presse beseelt, mag daraus erhellen, daß noch im Sommer 1926 ein allerdings vorläufig bescheidenes Unterhaltungsblatt — die Osnabrücker Wochenrundschau in Wort und Bild — begründet wurde und daß für die allernächsten Jahre sogar die Gründung einer weiteren parteipolitischen Tageszeitung in Aussicht genommen worden ist.

---

[1]) s. Schlüter a. a. O., Seite 20.

# Lebenslauf.

Geboren wurde ich, Conrad Henke, am 13. Mai 1902 zu Oesede, als Sohn des Werkmeisters Wilhelm Henke und dessen Ehefrau Martha, geb. Kügler. Ich besuchte die Volksschulen zu Oesede und Ingramsdorf b. Breslau; später das humanistische Gymnasium Carolinum in Osnabrück, die humanistische Anstalt in Sittard (Holland) sowie das humanistische Gymnasium Neustadt a. H., wo ich das Reifezeugnis erhielt. Seit Ostern 1924 studierte ich an den Universitäten Münster und München. Meine akademischen Lehrer waren in München die Herren Professoren Buchner, d'Ester, Doeberl, Gerathewohl, Huber, Kehrer, v. Kraus, Lerch, v. Martin, Muncker, H. Oncken, Simon, Spindler, Strich, Voßler, Wells, — in Münster die Herren Professoren Ettlinger, Goldschmidt, Hase, O. Hoffmann, Hübner, Kabitz, Kallen, Magon, Meister, Mettlich, Münzer, Philippi, Rosenmöller, Schmitz-Kallenberg, Schwering, Spannagel, Többen, Wackernagel, Wätjen, Wiese, Wohlers. — Ihnen allen auch an dieser Stelle meinen Dank auszusprechen ist mir eine angenehme Pflicht.